



In dieser Broschüre sollen die von Wissenschaftlern als typisch demokratiefeindlich und rechtsextrem ausgewählten Aussagen näher beleuchtet werden. Natürlich hat man in einer Interviewsituation am Telefon, wenn zwanzig Minuten lang eine Aussage nach der anderen vorgelesen wird und man sagen soll, ob und wie stark man ihr zustimmt oder sie ablehnt, nicht viel Zeit nachzudenken. Man stimmt spontan zu oder lehnt genauso spontan ab. Es sind eher gefühlsmäßige als wohl überlegte Antworten. Aber genau um solche gefühlsbetonten Einstellungen geht es in der Umfrage. Sie prägen das Verhalten. Bei genauerem Überlegen käme man vielleicht zu einem anderen Ergebnis. Es ist ein guter Anlass zum Nachdenken. In dieser Broschüre haben wir die Gelegenheit zum genaueren Überlegen. Jede der zwanzig Aussagen zu Demokratie und Gesellschaft soll aus eigener Erfahrung, aber auch theoretisch gründlich von allen Seiten beleuchtet und erwogen werden. Was ist an ihr stimmig? Welche Überlegungen und Fakten sprechen gegen sie?

ISBN 978-3-931426-94-1

# Einfache Antworten

**Zwanzig Aussagen  
zu Demokratie und Gesellschaft  
im Test**

**Wolf Wagner**



**Wolf Wagner**

# **Einfache Antworten**

**Zwanzig Aussagen  
zu Demokratie und Gesellschaft  
im Test**

Prof. Dr. Wolf Wagner ist Professor an der Fachhochschule in Erfurt.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen  
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt  
2. überarbeitete Auflage 2007  
[www.lzt.thueringen.de](http://www.lzt.thueringen.de)

Satz und Druck: Druckerei Sömmerda GmbH

ISBN: 978-3-931426-94-1

## Gliederung

Einleitung .....	5
Aussage 1: „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht.“ .....	10
Aussage 2: „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.“ .....	13
Aussage 3: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ ...	17
Aussage 4: „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.“ .....	20
Aussage 5: „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.“ .....	25
Aussage 6: „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“ .....	29
Aussage 7: „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“ .....	33
Aussage 8: „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“ .....	38
Aussage 9: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ .....	43

Aussage 10: „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“	51
Aussage 11: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	57
Aussage 12: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	62
Aussage 13: „Was unser Land heute braucht, ist hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	70
Aussage 14: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	76
Aussage 15: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	85
Aussage 16: „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	92
Aussage 17: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	98
Aussage 18: „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	103
Aussage 19: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	116
Aussage 20: „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	125
Zusammenfassung und Fazit:	131

## Einleitung

Es klingelt das Telefon. Du gehst ran und meldest dich: „Meier“. „Sind Sie Herr Ronny Meier?“ sagt eine freundliche, unbekannte Frauenstimme. „Ja, warum?“ antwortest du etwas ungehalten, weil du denkst: „Das ist sicher wieder so eine blöde Werbezicke für Geldanlagen oder Zeitschriften.“ Die nette Stimme sagt: „Hier ist das Meinungsforschungsinstitut ‚Infratest dimap‘. Wir führen im Auftrag des Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen eine Befragung durch. Wir würden Sie gerne zu einigen Themen befragen. Es dauert höchstens eine halbe Stunde. Haben Sie jetzt Zeit für uns? Wir können gerne einen Gesprächstermin ausmachen, wenn Sie jetzt keine Zeit haben.“ Immer noch etwas ungehalten, aber auch schon ein wenig neugierig geworden, lässt du dich auf die gestellte Wahl ein und überlegst schon gar nicht mehr, ob du überhaupt Lust hast mitzumachen. „Jetzt habe ich keine Zeit“ und nach kurzer Überlegung: „Rufen Sie meinewegen morgen Nachmittag um 5 noch einmal an.“

Am nächsten Tag klingelt pünktlich um 5 das Telefon und eine junge, sympathische Frauenstimme stellt sich mit „Junghans“ vor und nennt noch einmal den Namen des Meinungsforschungsinstituts. In Zeitungen und Fernsehen kommen beinahe täglich Meldungen, in denen berichtet wird, dass so und so viel Prozent der Deutschen dies und das ablehnen, mögen, vorhaben oder tun. Jede Woche wird berichtet, wie viele Menschen welche Partei wählen würden, wenn am Sonntag Wahltag wäre, wie viele den Bundeskanzler mögen oder nicht mögen. Dazwischen erfährt man wie viele das Rauchen aufgeben wollen, wie viele sich gestresst fühlen, einen Urlaub im Ausland planen oder täglich mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren. Alle diese Meldungen beruhen auf Befragungen durch Meinungsforschungsinstitute wie diese, über die hier berichtet wird. Wie zuverlässig solche Befragungen sein können, merken wir bei jeder Wahl, wenn um 18 Uhr – kurz nachdem die Wahllokale geschlossen haben – bereits die erste Prognose über den Ausgang

der Wahl verkündet wird. Auch sie ist Ergebnis einer solchen Befragung von Personen. Und häufig weicht das endgültige Wahlergebnis nur um Stellen nach dem Komma von dieser ersten Prognose ab. Befragungen sind also ein bewährtes und zuverlässiges Instrument, um herauszufinden, was die Bevölkerung denkt. Schauen wir, wie es weitergeht:

„Vielen Dank, dass Sie bei unserer Befragung mitmachen. Sie sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählt worden. Wir garantieren Ihnen Ihre Anonymität. Ihre Antworten werden getrennt von Ihrem Namen und Ihrer Telefonnummer eingegeben, sodass niemand Ihre Antworten zu Ihnen zurückverfolgen kann. Sie können also ganz offen und ehrlich antworten. Haben Sie dazu noch Fragen?“ Sie wirkt sehr professionell und sicher. Das beruhigt dich, obwohl du das mit dem „nach Zufallsprinzip ausgewählt“ nicht so richtig verstanden hast. Aber das Trennen von Namen und Adresse hat dich überzeugt. „Fangen Sie ruhig an!“ Darauf die Interviewerin: „Ich werde Ihnen nun nacheinander einige Aussagen vorlesen. Bei jeder Aussage werde ich Sie fragen, wie Sie zu der Aussage stehen. Und ich bitte Sie, mir jeweils mitzuteilen, ob Sie voll und ganz zustimmen, überwiegend zustimmen, Sie eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen. Haben Sie dazu noch Fragen?“

Du hast keine Fragen und es geht los. Die nette junge Frau liest eine ganze Anzahl Aussagen zu den unterschiedlichsten Gebieten vor. Dabei sind Aussagen wie diese: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“

Jedes Mal gibst du spontan und ohne viel zu überlegen an, welche der vier Antwortmöglichkeiten bei der Aussage auf dich zutrifft.

Die junge Frau bleibt immer gleich freundlich, egal wie du dich entscheidest und liest die nächste Aussage vor. Dann sagt sie: „Nun

möchte ich Ihnen noch einige Fragen zu Ihrer persönlichen Situation stellen. Auch hier bleiben Ihre Antworten anonym, weil sie von Ihrem Namen und Ihrer Adresse getrennt bleiben. Es geht darum, dass wir sehen können, wie sich beispielsweise die Meinung der Frauen von denen der Männer unterscheidet.“ Dann fragt sie nach deinem Alter, nach deiner Schulbildung, nach deinem Einkommen, nach deiner Religionszugehörigkeit und deiner Erwerbstätigkeit. Dann bedankt sich die junge Frau noch einmal und legt auf.

Nach Monaten steht in der Tageszeitung, dass der thüringische Ministerpräsident in einer Regierungserklärung dem Landtag die Ergebnisse des diesjährigen „Thüringen-Monitor“ vorgestellt hat. Der erste „Thüringen-Monitor“ wurde vom damaligen Ministerpräsidenten Vogel nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt im Sommer 2000 in Auftrag gegeben. Man wollte herausfinden, wie viele Menschen unter der wahlberechtigten Bevölkerung Thüringens antidemokratischem und antisemitischem Denken anhängen. Der Ministerpräsident berichtet seither jedes Jahr, wie sich die Haltung der Thüringer wahlberechtigten Bevölkerung zu Demokratie und Gesellschaft verändert hat. Wie kann man so etwas herausfinden?

Das geht so. Eine Gruppe von Wissenschaftlern am Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena um den jetzigen Rektor der Universität, Prof. Dr. Klaus Dicke, arbeiteten einen Fragebogen aus. Anhand der Antworten kann man feststellen, ob jemand zu rechtsextremen Positionen neigt. So waren unter den Aussagen, die von der jungen Frau vorgelesen wurden, einige typische rechtsextreme und demokratiefeindliche Meinungen. Wer einer von ihnen zustimmt, hält auch die meisten anderen für richtig. Wer vielen dieser Aussagen – besonders den letzten zehn – zustimmt, gilt für die Meinungsforscher als rechtsextrem und demokratiefeindlich. Diese zwanzig grundsätzlichen Aussagen zu Demokratie und Gesellschaft werden neben einer Reihe von Fragen zu anderen Themen jedes Jahr den Befragten zur Beurteilung vorgelesen. Was macht diese Aussagen repräsentativ?



Dazu wählen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Meinungsforschungsinstituts „Infratest dimap“, die auch an Wahltagen die Hochrechnungen machen, aus dem Verzeichnis der in Thüringen Wahlberechtigten nach einem Zufallsprinzip über tausend Namen aus und suchen sich die dazugehörigen Telefonnummern zusammen. Diese Telefonnummern werden dann mit Hilfe automatischer Anwahlmaschinen nacheinander angerufen bis die Zahl tausend erreicht ist. Entscheidend für die Repräsentativität ist das Zufallsprinzip. Jede Person im Wählerverzeichnis muss die exakt gleiche Chance haben, unter die Ausgewählten zu geraten. Dann befinden sich unter den zufällig Ausgewählten mit großer Wahrscheinlichkeit der gleiche Anteil Frauen, Alleinstehende, Linke und Rechte wie in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung Thüringens. Man erhält ein kleines Abbild der Verhältnisse in ganz Thüringen. Man sagt dann: Die zufällig Ausgewählten sind repräsentativ für alle Wahlberechtigten. Man kann dann von den Aussagen der Interviewten auf die Meinung aller Wahlberechtigten schließen.

In dieser Broschüre sollen die von Wissenschaftlern als typisch demokratiefeindlich und rechtsextrem ausgewählten Aussagen näher beleuchtet werden. Natürlich hat man in einer Interviewsituation am Telefon, wenn zwanzig Minuten lang eine Aussage nach der anderen vorgelesen wird und man sagen soll, ob und wie stark man ihr zustimmt oder sie ablehnt, nicht viel Zeit nachzudenken. Man stimmt spontan zu oder lehnt genauso spontan ab. Es sind eher gefühlsmäßige als wohl überlegte Antworten. Aber genau um solche gefühlsbetonten Einstellungen geht es in der Umfrage. Sie prägen das Verhalten. Bei genauerem Überlegen käme man vielleicht zu einem anderen Ergebnis. Es ist ein guter Anlass zum Nachdenken. In dieser Broschüre haben wir die Gelegenheit zum genaueren Überlegen. Jede der zwanzig Aussagen zu Demokratie und Gesellschaft soll aus eigener Erfahrung, aber auch theoretisch gründlich von allen Seiten beleuchtet und erwogen werden. Was ist an ihr stimmig? Welche Überlegungen und Fakten sprechen gegen sie?

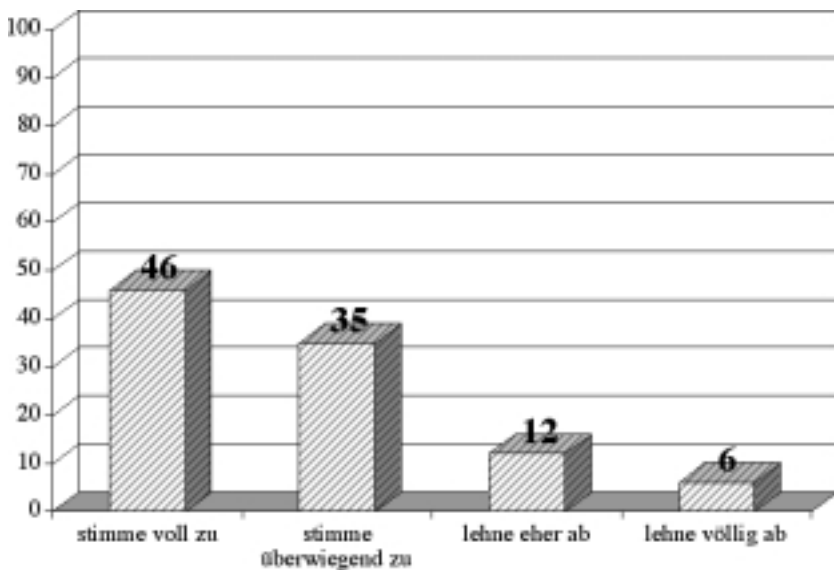
Am Ende jeder Aussage sind die Ergebnisse des letzten Thüringen-Monitors in einem Kasten dargestellt und kurz kommentiert. Man kann diese Kästen überspringen, wenn man keinen Sinn für Zahlen hat.

## **Aussage 1: „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht.“**

Natürlich geht es der Politik vor allem um die Macht. Denn die Macht ist das Mittel, ohne das man Politik nicht machen kann. Es ist, wie wenn man sagen würde, dem Zimmermann geht es nur um den Hammer und nicht um die Sache. Macht ist die Chance, seinen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen. Wenn man also in den Auseinandersetzungen in der Politik seine eigene Meinung durchsetzen will, geht das nur, wenn man die Macht hat, sie auch gegen Widerstand, gegen andere Meinungen durchzusetzen. Wenn man zum Beispiel meint, dass die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos sein sollten, damit die Leute weniger häufig Auto fahren, dann muss man dazu Macht haben. Macht ist das Handwerkszeug der Politik wie die Maschinen in der Produktion. Wählerstimmen sind die Währung, mit denen man sich Macht verschafft. Weil in der Politik ohne Macht nichts geht, geht es der Politik vor allem um die Macht.

Aber so wie ein Hammer zu nichts taugt, wenn man nicht gelernt hat, was man mit einem Hammer sinnvoll anfangen kann, so taugt die Macht nichts, wenn man nicht weiß, wozu man sie einsetzen will. Macht ist nämlich auch das Handeln aus einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft. Meist handeln Politiker und Politikerinnen aus der Überzeugung, dass sie das Beste und das Richtige für die Gesellschaft erreichen wollen. Sie streben nach Macht als der Fähigkeit und Möglichkeit, das durchsetzen zu können, was sie für richtig halten. Allerdings steckt in diesem Satz auch eine wichtige und richtige Warnung. Manchmal müssen Politiker so viel ihrer Zeit und Kraft einsetzen, um die Macht zu erreichen und sie gegen Konkurrenten zu verteidigen. So kommen sie oft gar nicht mehr dazu, sich für die Ziele einzusetzen, wofür sie einst die Macht erkämpft hatten. Der Machterhalt wird dann zur einzigen Sache, um denen es den Politikern geht. In der Geschichte Deutschlands kann man diesen Vorwurf an die demokratische Politik kaum erheben.

Denn in Demokratien wissen die Politiker, die an der Macht sind, dass ihnen diese bei der nächsten Wahl verloren gehen kann. Und wenn sie keine sachlichen Fortschritte machen, die sich gut darstellen lassen, wenn sie sich nicht um die Ansichten der Wähler kümmern, verlieren sie die Macht sehr schnell und nachhaltig. Es waren die diktatorischen, nicht demokratischen Politiker, die an der Macht um der Macht willen klebten und Politik um des Machterhalts willen betrieben. Die Nationalsozialisten rissen bekanntlich ganz Deutschland in den Untergang, nur um ihre Macht zu erhalten. Im Thüringen-Monitor 2005 stellt sich die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in Prozent der Wahlbevölkerung zu dieser Aussage wie folgt dar.



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2005	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 1	Insgesamt	<b>1.000</b>	46	35	12	6	1
Geschlecht	Männer	485	46	34	13	7	1
	Frauen	515	47	36	10	5	2
Alter	18–24 Jahre	112	25	43	20	12	0
	25–34 Jahre	134	32	34	23	10	1
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	247	59	25	10	4	2
	10. Klasse	398	52	33	10	5	1
	Abitur	123	25	48	16	11	1

Über vier von fünf (81 %) Wahlberechtigten in Thüringen stimmen dieser Aussage zu und bringen damit ihr grundsätzliches Misstrauen gegen die Politik zum Ausdruck. Sie halten der tatsächlichen Politik ein unrealistisches Idealbild von Politik entgegen, in dem die Politiker etwas um der Sache willen durchsetzen können, ohne dazu Macht zu brauchen. Nur bei den jungen Wählern zwischen 18 und 24 und bei denen mit Abitur stimmen nur 25 % dieser idealisierenden Aussage voll und ganz zu.

## **Aussage 2: „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.“**

Als Rektor der Fachhochschule Erfurt verbrachte ich viel Zeit bei Terminen, bei denen tatsächlich zuviel geredet wird. Es sind Feiern: Amtseinführungen, Verabschiedungen, Immatrikulationsfeiern, Preisverleihungen, Einweihungen, Richtfeste, Jubiläen, Diplomverleihungen usw. usw. Es kommen jeweils eine Menge hochbezahlter Menschen zusammen, lassen ihre eigentliche Arbeit liegen, schreiben Reden, oder – wenn sie wichtig genug sind – lassen sich ihre Reden schreiben. Sie lassen sich in ihren Dienstwagen aus ganz Thüringen zu der Veranstaltung fahren, einmal Eisenach, dann Gera, dann Nordhausen, Erfurt, Ilmenau oder Jena. Es sind im Durchschnitt zwei solche Termine pro Monat. Bei vielen der langen Reden langweilen sich die meisten und kämpfen mit dem Schlaf. Bei diesen Terminen gilt der Satz voll und ganz „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.“

In der Politik wird tatsächlich auch sonst viel geredet und das ist auch gut so. Denn Politik ist miteinander Reden. Das Reden ist die hauptsächliche Arbeit in der Politik. Und es ist eine schwere Arbeit, denn man muss daran arbeiten, das, was man für die beste machbare Lösung hält, in der Gesellschaft durchzusetzen.

Meist gibt es unterschiedliche Lösungsvorstellungen über die Probleme in unserer Gesellschaft. Eine Partei, die eine Lösung befürwortet, redet zuerst mit den Wählerinnen und Wählern und versucht sie zu überzeugen, dass ihre Lösung der beste Weg ist. Das ist die erste Stunde des Redens und die muss sein. Denn bei diesem Reden wird versucht, die Wähler zu überzeugen. Auch wird dabei festgestellt, ob die Wähler und Wählerinnen bereit sind mitzugehen. Nur ausnahmsweise gelingt es dabei einer Partei, mit ihren Vorstellungen auf Anhieb die absolute Mehrheit der Wähler zu überzeugen.

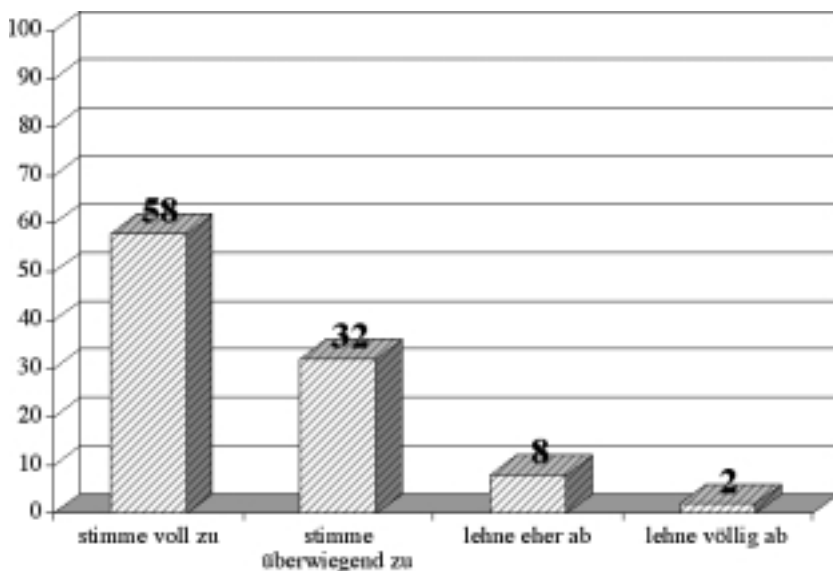
Parteien müssen also nach der Wahl in aller Regel einen Koalitionspartner suchen. Das ist die zweite Stunde des Redens und auch die muss sein. Denn jetzt geht es darum, mit anderen politischen Parteien darüber zu reden, wie man eine gemeinsame Lösung der Probleme finden kann, die von der Mehrheit getragen wird. Das geht nicht ohne Verhandlungen, nicht ohne Reden, denn man muss fordern und nachgeben, überzeugen und überzeugt werden. Es geht darum, sich auf Kompromisse zu einigen, bei denen keine Seite das Gesicht verliert. Das ist ein schwieriges und meist langwieriges Geschäft, bei dem vor allen Dingen geredet wird – und auch das muss sein. Währenddessen sucht die Opposition nach Fehlern in der Lösung. Sie setzt alles daran, die Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, dass ihre Lösung besser ist. Sie redet mit Vereinen und Verbänden, um sie von ihrer Position zu überzeugen und die Position der Regierungskoalition als fehlerhaft darzustellen. Das ist die dritte Stunde des Redens und auch die ist unverzichtbar. Denn nur so können die Wählerinnen und Wähler eine vernünftige Entscheidung treffen, wem sie in Zukunft ihr Schicksal anvertrauen sollen.

Ohne Kommunikation, ohne Reden geht Politik gar nicht. Am Ende dieses Redens und Handelns stehen dann Gesetze, die für alle gelten und die Angelegenheiten so lange regeln, bis es der Opposition gelingt, die Wähler und Wählerinnen davon zu überzeugen, dass sie die bessere Lösung hat. All dieses Reden, all diese Verhandlungen sind harte Arbeit und erfordern sehr viel Erfahrung und Klugheit.

Es ist eine respektable Leistung mit langen und harten Arbeitstagen. Politiker haben in der Regel Arbeitswochen mit weit über 60 Stunden in der Woche. Dabei müssen sie vor allem reden, nicht Reden halten, sondern mit vielen Menschen sehr konzentriert reden. Ohne Reden könnten sie nichts leisten. Darum ist der Satz „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet“ einfach falsch und zeugt von Ahnungslosigkeit. Oder er ist in der bösen Absicht formuliert, eine Politik, bei der viel geredet wird, als eine Politik der Faulen und Unentschlossenen zu denunzieren.

Die Verfechter der nationalsozialistischen Diktatur haben schon zehn Jahre vor der Machtergreifung das Parlament der Weimarer Republik als Quasselbude bezeichnet. Sie meinten, Politik müsse durch einen starken Mann schnell und ohne lange Verhandlungen entschieden werden. Sie glaubten an die eine klare, unumstrittene Lösung, die man nur noch durchsetzen müsse, dann sei alles klar. Solche Vorstellungen von einer einfachen, unumstrittenen Lösung sind nur durchzusetzen, wenn man alle Gegner dieser Lösung wegsperret oder vernichtet. Die Aussage „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet“ läuft auf die Forderung hinaus, die Meinungsvielfalt abzuschaffen und nur noch diejenigen Ansichten zuzulassen, die mit der Regierungsmeinung übereinstimmen.

Im Thüringen-Monitor 2003 stellte sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung zu dieser Aussage in Prozent der Wahlbevölkerung wie folgt dar:





Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2003	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 2	Insgesamt	<b>1.000</b>	58	32	8	2	1
Geschlecht	Männer	481	57	33	9	1	0
	Frauen	519	59	32	7	2	1
Alter	18–24 Jahre	101	42	51	8	0	0
	25–34 Jahre	121	58	36	5	2	0
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	225	65	25	6	3	1
	10. Klasse	439	61	32	5	1	1
	Abitur	111	46	40	13	0	0

Auch hier gibt es wieder eine überwältigende Zustimmung von 90 %. Allein die Befragten mit Abitur stimmen mit vier Prozent weniger als 90 % zu. Dafür gibt es bei ihnen niemand, der die Aussage völlig ablehnt. Hier – wie bei den hohen Zustimmungswerten zu vielen anderen Aussagen des Thüringen-Monitors – zeigt sich dringender Aufklärungsbedarf.

### **Aussage 3: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“**

Auch dieser Satz stimmt und stimmt zugleich nicht. Er stimmt, weil für jede Partei die Anzahl der Stimmen das Entscheidende an der ganzen Politik ist. Denn erst die Mehrheit der Stimmen gibt ihr Zugang zur Macht. Erst wenn sie die Mehrheit hat, kann sie im Parlament Gesetze durchsetzen, kann Ministerposten besetzen und die Wirklichkeit gestalten. Stimmen sind in der Politik, was das Geld in der Wirtschaft ist. Mit Geld kann man erst die Maschinen für eine Fabrik einkaufen, Arbeitskräfte einstellen und eine Produktion anfangen, also gestaltend in die Wirtschaft eingreifen. Erst mit mehr als fünf Prozent der Stimmen hat eine Partei die Chance ins Parlament einzuziehen. Erst wenn man alleine oder zusammen mit einer Koalitionspartei (oder Duldungspartei) über die absolute Mehrheit der Stimmen verfügt, kann man Gesetze machen und damit die Politik nach eigenen Vorstellungen gestalten.

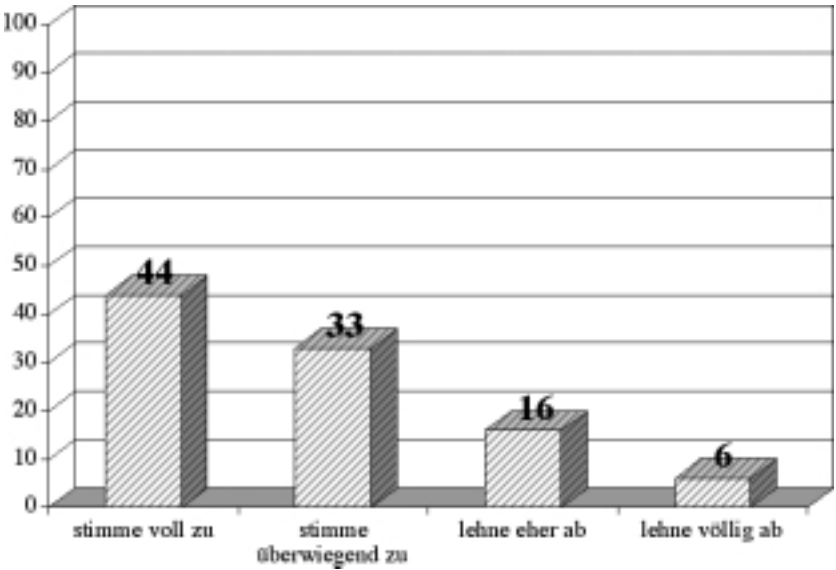
Falsch ist an dem Satz „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“, dass sich die Parteien nicht für die Ansichten der Wähler interessieren. Denn das eine geht nicht ohne das andere. Die Parteien müssen sich intensiv mit den Ansichten der Wähler beschäftigen, wenn sie die Mehrheit der Stimmen erreichen wollen. Sie geben regelmäßig für viel Geld Meinungsumfragen in Auftrag, um herauszufinden, was die Menschen denken, was sie sich wünschen, was sie beschäftigt. Parteien überprüfen ihre Programme regelmäßig darauf, ob sie damit mit den Wünschen und Erwartungen der Wählerinnen und Wähler übereinstimmen, deren Stimmen sie für sich gewinnen wollen.

Häufig ist das Problem sogar das Gegenteil des Satzes „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“. Sie richten sich überhaupt nicht mehr nach einer eigenen Programmatik, sondern schauen nur noch auf die Meinungsumfra-

gen und stellen sich aus den dort ermittelten Mehrheitsmeinungen ein Programm zusammen, mit dem sie dann versuchen, die Mehrheit der Stimmen zu erreichen.

Letztlich drückt die Zustimmung zu dem Satz jedoch eine zur Zeit immer populärere Haltung gegenüber der Politik aus, die vor allem von denen eingenommen wird, die sich kaum um Politik kümmern und – ohne viel nachzudenken – eine Begründung für ihr mangelndes Interesse geben wollen. Tatsächlich kümmern sich die Parteien eher zu viel um die Ansichten der Wähler als zu wenig.

Im Thüringen-Monitor stellt sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung in Prozent der Wahlbevölkerung Thüringens wie folgt dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwie- gend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 3	Insgesamt	<b>1.000</b>	44	33	16	6	2
Geschlecht	Männer	486	43	34	16	6	1
	Frauen	514	44	32	26	5	3
Alter	18–24 Jahre	111	30	40	29	1	0
	25–34 Jahre	137	37	42	16	6	0
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	47	23	15	11	4
	10. Klasse	442	50	31	14	5	1
	Abitur	127	36	44	19	1	1

Auch bei dieser Aussage der Politikverdrossenheit, die an der wirklichen Politik völlig vorbei geht, gibt es in Thüringen eine überwältigende Zustimmung in allen Gruppen von 70 % und mehr der Wahlberechtigten.

#### **Aussage 4: „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.“**

Diese Aussage erscheint auf den ersten Blick richtig. Sie wird auch immer wieder von Politikern aller Parteien und Festrednern aller Richtungen und bei allen möglichen Anlässen wiederholt. Sie wäre auch richtig, wenn man wüsste, was das Allgemeinwohl ist. Aber das ist genau das Problem. Es gibt vermutlich so viele Vorstellungen davon, was das Allgemeinwohl ausmacht, wie es Einzelinteressen gibt.

Natürlich meinen die Gewerkschaften im Streit um die Reform des Arbeitslosengelds, das Allgemeinwohl zu vertreten. Sie formulieren das Verständnis der arbeitenden Bevölkerung vom Allgemeinwohl. Das zeigen unter anderem die Massendemonstrationen. Damit zeigen die Gewerkschaften, dass die Allgemeinheit hinter ihnen steht, dass sie also das Allgemeinwohl vertreten und die Regierung Sonderinteressen vertritt.

Natürlich glaubt auch die SPD, dass sie das Allgemeinwohl vertritt. Denn sie glaubt, durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe erreichen zu können, dass die Leute eine niedriger bezahlte Lohnarbeit annehmen, die sie bei der höheren Arbeitslosenhilfe abgelehnt hätten. Sie glaubt, dass dadurch Unternehmen noch schwarze Zahlen schreiben, die sonst Konkurs anmelden und schließen müssten. Das – so ist die SPD überzeugt – führt zu mehr Arbeitsplätzen, zu mehr Steueraufkommen, zu mehr Sozialversicherung und zum Wirtschaftsaufschwung.

Auch die PDS handelt in der festen Überzeugung, sie vertrete das Allgemeinwohl, wenn sie die Leistungskürzungen kritisiert. Denn – so argumentiert sie überzeugend – wenn die Menschen weniger Einkommen haben, können sie auch weniger ausgeben. Die Folge ist, dass die Kaufhäuser und Unternehmen weniger Umsatz und Ein-

kommen haben und Leute entlassen müssen. Die vermindern dann – sagt die PDS – die Nachfrage noch mehr, sodass das nächste Kaufhaus pleite geht und so fort. Wer die Löhne und Sozialleistungen senkt, erzeugt aus der Sicht der PDS die Krise anstatt sie zu beenden. Die PDS beschuldigt die anderen Parteien, sie würden im Interesse der Unternehmerverbände und gegen das Allgemeinwohl handeln.

Die CDU/CSU sagt dagegen, die SPD gehe nicht weit genug mit den Kürzungen und meint, auch damit das Allgemeinwohl zu vertreten. Im internationalen Vergleich – sagt die CDU/CSU – sei die Arbeit in Deutschland immer noch viel zu teuer. Das habe als Ergebnis, dass mehr und mehr Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlagern, um mit den Produzenten aus den Billiglohnländern konkurrieren zu können. Das Gemeinwohl für Deutschland mache es daher erforderlich, die Löhne und Sozialleistungen noch weiter abzusenken. Wer sie hochhalten wolle, der schade dem Allgemeinwohl und wolle nur sein Sonderinteresse an einem möglichst hohen Lohn zum Schaden der Allgemeinheit durchsetzen.

Das ist das Problem an dem Satz „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.“ Jede Seite meint zu wissen, was das Allgemeinwohl ist. Alle in der Politik Engagierten glauben, dass, was sie tun und fordern gut für das Allgemeinwohl sei. Alle glauben höchstwahrscheinlich selbst, dass ihre politischen Gegner zu den „verschiedenen Interessengruppen“ gehören, die in dem Satz verurteilt werden. Wie wir am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik gesehen haben, gibt es aber zu jedem Politikfeld eine Vielzahl von ernstzunehmenden Vorstellungen davon, was das Allgemeinwohl sein könnte.

Wenn wir jemanden hätten, der für alle anderen glaubhaft behaupten könnte, dass er sicher weiß, was das Allgemeinwohl ist, dann wäre alles einfach. Weil aber jeder von seiner Position behauptet, sie sei das Allgemeinwohl, entsteht der Streit um das Allgemeinwohl,

die Auseinandersetzung der verschiedenen Interessengruppen. Wir können nicht sicher wissen was denn nun das Allgemeinwohl ist. So können wir auch nicht wissen, ob die Auseinandersetzung der verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden oder nicht.

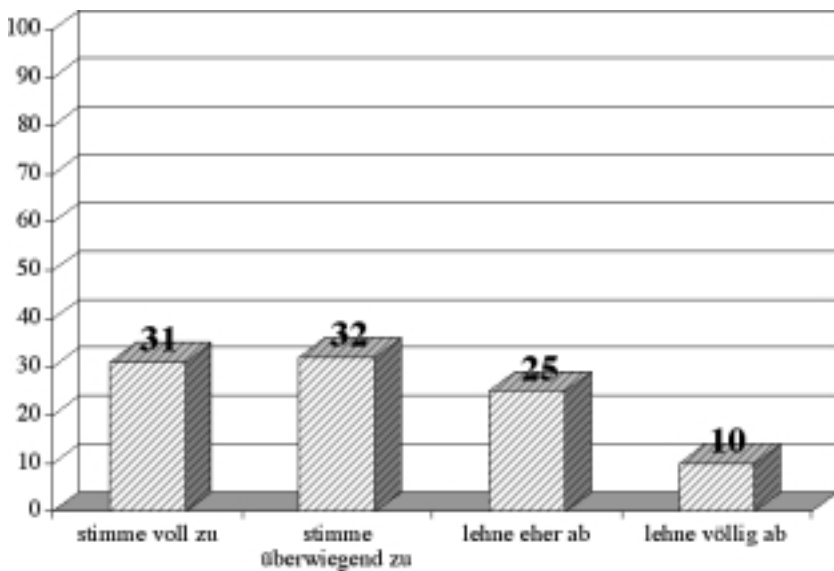
Man kann daraus folgern, dass jede Gruppe, jede Person, die mit der Behauptung auftritt, sie vertrete das Allgemeinwohl, damit bewusst oder in aller Naivität ihre Sicht auf die Welt für die allgemein gültige Weltsicht ausgibt. Damit wird der Satz vom Allgemeinwohl zu einer besonders raffinierten Version, eigene Sonderinteressen durchzusetzen. Darum funktioniert Demokratie so, dass alle ihre Sicht des Allgemeinwohls, also ihre Interessen, versuchen durchzusetzen. Dazu müssen sie sich mit anderen einigen. Sie müssen so lange Kompromisse eingehen, bis sie eine Mehrheit haben. Erst dann können sie ihr Interesse, ihre Sicht des „Allgemeinwohls“, in die Praxis umsetzen. Schon allein deswegen können sich nie die Interessen einer kleinen Gruppe durchsetzen. Jede Gruppe muss sich mit anderen so lange verbünden bis sie eine Mehrheit bilden. Das Resultat muss die Zustimmung der Mehrheit finden und muss von allen anderen als zumutbar empfunden werden. Es mag der „größte Nutzen für die größte Zahl“ sein und damit gerechtfertigt erscheinen. Aber es kann dennoch weit weg sein vom langfristig gesehenen tatsächlichen Allgemeinwohl. Der Beginn des Ersten Weltkrieges war vom breiten Volkswillen getragen.

Die meisten jungen Leute zogen begeistert in den Krieg. Und doch war dieser Krieg eine Tragödie für alle Beteiligten. Auch dieses Beispiel zeigt, wie unmöglich es ist, aus dem politischen Alltagsgeschehen heraus auch nur annäherungsweise sicher bestimmen zu können, was das Allgemeinwohl für eine Gesellschaft ist.

Darum wird der Satz „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl“ als ein Versuch angesehen, den Streit der Interessengruppen, also die Demokratie, zu unterbinden zugunsten einer

einzigsten übermächtigen Position. Hitler und auch Stalin sind angetreten mit der Parole, sie alleine würden für das Land das Allgemeinwohl bringen. Und darum müssten alle anderen Interessen zurücktreten oder verboten und unterdrückt werden. So stellt sich der Satz, der anfangs so gut geklungen hat, bei näherem Hinsehen als ein häufiger und willkommener Rechtfertigungsversuch für Diktatur heraus.

Im Thüringen-Monitor 2003 stellt sich die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung dieser Aussage in der Thüringer Wahlbevölkerung wie folgt dar:





Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2003	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 4	Insgesamt	<b>1.000</b>	31	32	25	10	2
Geschlecht	Männer	481	33	27	28	10	2
	Frauen	519	29	37	23	9	3
Alter	18–24 Jahre	101	21	34	39	5	1
	25–34 Jahre	121	31	31	25	12	3
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	225	39	27	20	11	4
	10. Klasse	439	34	36	20	8	2
	Abitur	111	14	32	39	12	3

Beinahe zwei Drittel (63 %) der Wahlberechtigten stimmen dieser im Kern demokratiefeindlichen Aussage zu. Nur zehn Prozent lehnen sie völlig ab. Bei Frauen gibt es noch mehr Zustimmung als bei den Männern. Die jüngste Gruppe und die Befragten mit Abitur stimmen dieser verführerischen, aber für das Verständnis von Demokratie höchst bedenklichen Aussage am wenigsten zu. Aber auch hier ist es jeder Zweite, der an ein feststellbares Allgemeinwohl glaubt und darum meint, die pluralistische Demokratie verurteilen zu können.

**Aussage 5: „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.“**

Selbstverständlich muss sich in einer Demokratie die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen. Politik muss Konflikte entscheiden. Und in der Demokratie werden Konflikte durch Mehrheitsentscheidungen entschieden. In der Demokratie hat also die Mehrheit die Macht. Der Satz „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind“ scheint demnach völlig unproblematisch. Dies gilt um so mehr, weil in Rechtsstaaten die Mehrheit ihre Entscheidungen nicht einfach als Beschluss, sondern als Gesetz festlegt.

Die Entscheidungen des Parlaments, die für alle Bürgerinnen und Bürger gelten sollen, haben immer die Form eines allgemeinen Gesetzes, das für alle gilt, auch für diejenigen, die dagegen gestimmt haben. Wer sich nicht daran hält, wird bestraft. Insofern ist der Satz „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind“ eine Selbstverständlichkeit. Der Satz gilt in dem Sinne, dass sich alle dem Recht zu beugen haben. Sich dem Recht zu beugen ist jedoch etwas Anderes als sich den Mehrheitsentscheidungen zu beugen, die zu dem Gesetz geführt haben. Das ist in der großen Politik wie im Kleinen: Wenn sich in der Klasse vor der Klassenfahrt die Mehrheit dafür entschieden hat, statt einer Busfahrt auf den Kyffhäuser lieber eine lange Wanderung im Thüringer Wald zu machen, dann muss man zwar bei der Wanderung mitgehen. Man kann aber trotz der Mehrheitsentscheidung während der Wanderung meckern und schimpfen und vom Kyffhäuser schwärmen. Besonders, wenn es dann regnet und alle nass werden, kann man von den Vorzügen einer Busfahrt schwärmen und nach und nach alle

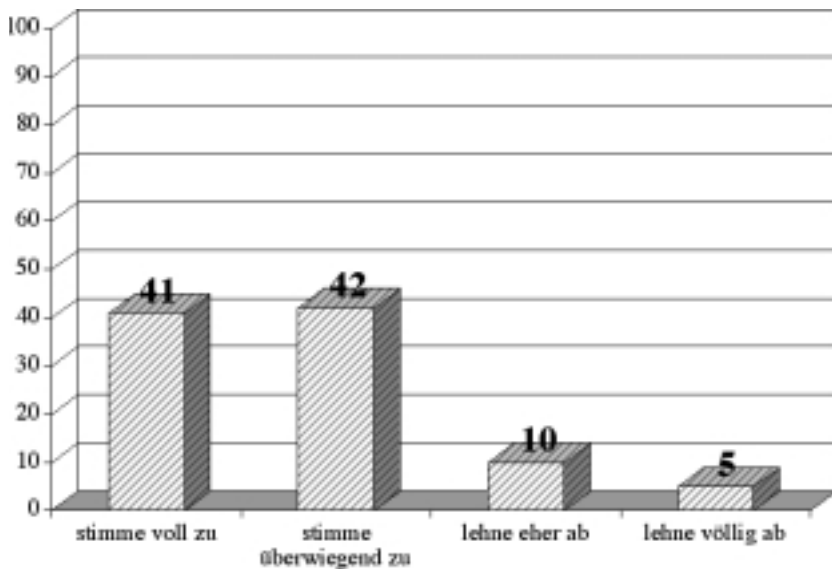
herumkriegen, dass sie das nächste Mal für die Busfahrt auf den Kyffhäuser stimmen. Wenn das nicht möglich oder erlaubt wäre, könnte sich nach einer einmal getroffenen Entscheidung nie wieder etwas ändern, es sei denn, die Mehrheit selbst würde merken, dass sie eine falsche Entscheidung getroffen hat. Das ist so im Kleinen wie im Großen.

Es ist die Aufgabe der Opposition, der Mehrheit immer wieder neu die Nachteile ihrer Entscheidung vorzuführen. Nur so können sich die Mehrheiten ändern. Nur so kann etwas Neues entstehen. Die Minderheit muss sich zwar an das Gesetz halten, sie kann es aber weiterhin kritisieren und alles daran setzen, dass die Entscheidung so bald als möglich verändert wird.

Dieses Recht gehört zu den grundlegendsten Rechten der Demokratie. Wenn man das Recht auf Kritik zu den grundlegenden Rechten in der Demokratie zählt, ist der Satz „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind“ korrekt. Spricht man aber der Minderheit dieses Recht ab, erweist sich der Satz als ein Versuch, den demokratischen Prozess zugunsten derjenigen einzuschränken, die sowieso schon die Macht haben.

Die Bolschewiki unter Lenin und Stalin haben nach ihrer erfolgreichen Revolution in ihrer Partei ein Fraktionsverbot erlassen und durchgesetzt. Wenn die Partei in ihrer Mehrheit einmal einen Beschluss gefasst hatte, dann sollte sich die unterlegene Minderheit diesem Beschluss vorbehaltlos unterwerfen und keine Kritik mehr daran üben. Damit war die Demokratie abgeschafft. Denn Demokratie kann nur funktionieren, wenn man diejenigen stärkt, die nicht an der Macht sind. Sie müssen ein Gegengewicht bilden. Wenn man sie einschränken würde, könnten die Mächtigen ungehindert und ohne sich rechtfertigen zu müssen tun und lassen, was sie wollen. Das Recht der Minderheit auf Kritik an der Mehrheitsmeinung ist daher das wichtigste Recht der Demokratie.

Im Thüringen-Monitor stellt sich die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in Prozent der wahlberechtigten Thüringer Bevölkerung so dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 5	Insgesamt	<b>1.000</b>	41	42	10	5	3
Geschlecht	Männer	486	51	35	9	3	2
	Frauen	514	32	48	11	6	4
Alter	18–24 Jahre	111	39	48	9	4	0
	25–34 Jahre	137	35	48	9	5	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	39	32	15	7	7
	10. Klasse	442	36	45	11	5	3
	Abitur	127	49	41	8	2	0

Über vier fünftel (83 %) der Wahlberechtigten – bei den Befragten mit Abitur sogar 90 % – stimmen dieser im Kern demokratiefeindlichen Aussage zu. Nur fünf Prozent lehnen sie völlig ab. Bei Frauen gibt es noch mehr Zustimmung als bei den Männern.

**Aussage 6: „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“**

Ich war Rektor einer Fachhochschule. Damit war ich in der Hochschule die Regierung. Natürlich hatte ich als Rektor ganz bestimmte Ziele, die ich in der Hochschule erreichen wollte. Zum Beispiel meine ich, dass die Hochschule in zu kleine Einheiten gegliedert ist, die in zu vielen und zu langen Sitzungen über ihre Angelegenheiten diskutieren. Selbstverständlich gibt es an der Hochschule viele Kolleginnen und Kollegen, die ganz anderer Meinung sind, die also in der politischen Opposition zu mir als Rektor standen. Sie kritisierten mich. Sie legten mir Hindernisse in den Weg. Sie fanden Geschäftsordnungs- oder Finanzierungsgründe, warum das, was ich will, nicht geht. Sie suchten sich Verbündete, und sie machten mir mit all dem das Leben so schwer, dass ich manchmal versucht war zu sagen: „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, mich zu kritisieren, sondern mich in meiner Arbeit zu unterstützen!“ Aus der Sicht meiner Kolleginnen und Kollegen sieht das vermutlich völlig anders aus. Sie meinen wahrscheinlich, ich wollte die Macht auf mich konzentrieren und ihnen ihre demokratischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten beschneiden.

Die Aussage „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen“ ist wie die Aussage zu den Einzelinteressen, die angeblich dem Allgemeinwohl schaden, zunächst einleuchtend. Aber nur dann, wenn wir eine Regierung annehmen, die weiß, was das Beste für das Land ist und das auch immer konsequent in die Praxis umsetzt. Dann wäre es wirklich vernünftiger, wenn die Opposition die Regierung in ihrer Arbeit unterstützen würde, anstatt sie zu kritisieren. Wer diese Aussage unterstützt, unterstellt damit also, dass die Regierung immer weiß, was gut ist für das Land. Es ist eine typische obrigkeitsstaatliche Aussage, die ausdrückt, dass alles, was von oben kommt, schon alleine deswegen richtig ist. Wer diese Aussage

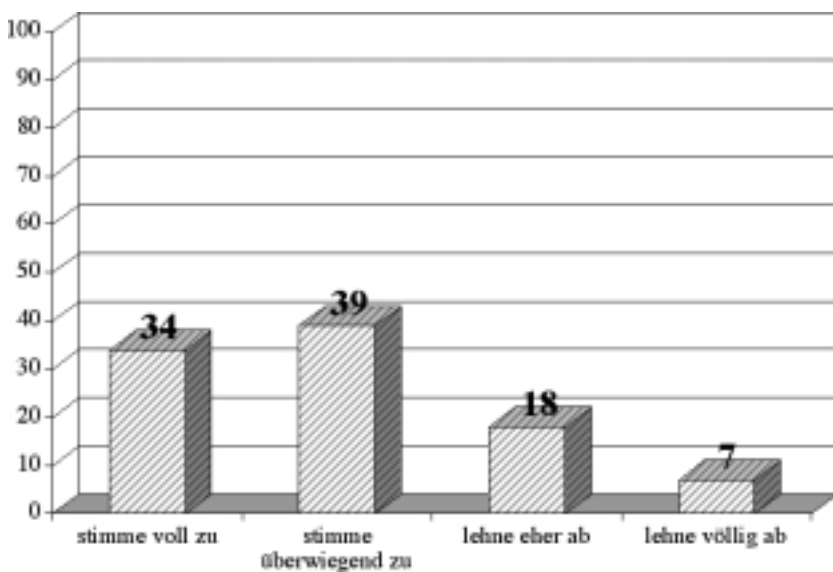
unterstützt, verzichtet damit aber von vornherein darauf, eine eigene Meinung zu haben, die vielleicht von der Regierungsmeinung abweichen könnte.

In einer ausgeprägten Unterwerfungshaltung verzichtet man auf genau das, was eigentlich Demokratie ausmacht: die Auseinandersetzung, der Streit der unterschiedlichen Meinungen. Denn wer weiß denn, ob die Regierung tatsächlich das Beste tut für das Land. Sie mag die besten Absichten haben, aber den falschen Weg einschlagen, von falschen Beratern geleitet sein oder schlicht zu dumm sein, um die guten Absichten umzusetzen.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum es die Aufgabe der Opposition ist, die Regierung zu kritisieren. Sie soll Machtmissbrauch verhindern. Sie soll dafür sorgen, dass die Regierung nicht zu arrogant wird. Sie soll darauf achten, dass die Regierung nicht nur ihren Anhängern Jobs und Aufträge zuschiebt. Sie soll ständig prüfen, ob es nicht noch eine bessere Lösung für die anstehenden Probleme gibt. Sie soll in der Öffentlichkeit und vor der Presse Fehlverhalten der Regierung und Missstände aufdecken. Die Opposition will selbst die Macht erringen. Dafür wirbt sie um Zustimmung. Sie zeigt dabei, welche anderen Möglichkeiten es in der Politik zur Lösung eines anstehenden Problems gibt. Die Opposition gibt der Öffentlichkeit kritische Informationen, die sie sonst nicht erhalten würde. Sie hat insofern einen Aufklärungsauftrag. Denn sie zeigt all das, was die Regierung eher verbergen möchte. Die Opposition zeigt mit ihrer Kritik, wo die Regierung ihre Schwächen hat und treibt sie so zu besseren Leistungen. Die Opposition möchte bei der nächsten Wahl in einem unblutigen Machtwechsel die neue Regierung stellen. Wenn sie die Regierung nur unterstützen, ihr keine Fehler nachweisen und ihr keine Alternative entgegensetzen würde, gebe es keinen Grund sie statt der Regierung zu wählen. Es gebe keinen Machtwechsel in der Demokratie.

Wer also der Aussage zustimmt „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen“ hat vom Wesen der Demokratie nichts ver-

standen. Wer diese Aussage unterstützt mag sich zwar für Demokratie aussprechen. Aber es ist eine autoritäre Vorstellung von Demokratie, in der die Regierung als eine privilegierte Elite im Namen des Volkes für ein Volk von gehorsamen Untertanen handelt. Demokratie ist aber in Wirklichkeit gedacht als die Versammlung gleichwertiger, freier und selbstbewusster Menschen, die um die richtige Lösung streiten und keine Angst davor haben zu kritisieren oder kritisiert zu werden. Erst dann kann sich im Streit die beste Lösung herausbilden und so die beste Regierung gefunden werden. Im Thüringen-Monitor 2004 stellt sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung in der Thüringer Wahlbevölkerung so dar:





Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2004	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 6	Insgesamt	<b>1.000</b>	34	39	18	7	3
Geschlecht	Männer	484	29	39	22	9	1
	Frauen	516	38	38	13	5	5
Alter	18–24 Jahre	112	24	43	21	9	3
	25–34 Jahre	137	22	48	23	6	1
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	201	49	30	5	10	6
	10. Klasse	395	31	42	18	7	2
	Abitur	117	29	48	18	3	3

73 % der Wahlbevölkerung stimmt dieser antidemokratischen Aussage zu. Das ist außerordentlich beunruhigend. Eigentlich müssten alle diese Aussage ablehnen. In keiner Gruppe sinkt die Zustimmung unter die erschreckende Marke von zwei Dritteln. Nicht einmal die Jüngsten und die Befragten mit Abitur bieten hier einen Lichtblick. Auch sie stimmen der Aussage mit 67 % bzw. 77 % überwältigend zu. Hier zeigt sich, wie dringend notwendig weitere politische Bildung in Thüringen auf allen Ebenen ist.

## **Aussage 7: „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“**

In einer „richtigen Demokratie“ sollte eigentlich jeder Mensch die gleiche Stimme haben. Wenn das eine wichtige Voraussetzung für Demokratie ist, dann dürfen Menschen nicht unterschiedlichen Einfluss auf die Politik haben. Das ist die richtige Grundlage für den Satz: „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“ Wer in der Bundesrepublik Deutschland über sehr viel Geld verfügt, hat auch ein Vielfaches an Einfluss in der Politik. Politiker aller Parteien bemühen sich um ihn, um ihn zu Investitionen in ihrem Land oder ihrer Stadt zu veranlassen. Dafür werden ihm alle möglichen Zugeständnisse und Versprechungen gemacht, für die sich ein Normalverdiener noch so quer legen könnte, sie würden ihm nie zugestanden. Es werden Stadtgebiete mit öffentlichen Mitteln erschlossen, Leitungen gelegt, Zugangsstraßen, Eisenbahnanschlüsse erbaut. Der Unternehmer hat jederzeit Zugang zum Bürgermeister.

In einigen Demokratien in der Welt gibt es Familien in denen politische Macht, wirtschaftlicher Einfluss und öffentliches Ansehen vererbt werden. Das sehen wir, wenn ein Kind oder ein Enkel eines wichtigen Politikers wieder in der Politik aufsteigt, oder wenn Industrielle mit bekannten Namen wieder an die Spitze von Industrieunternehmen gelangen. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Söhne und Töchter der bekannten Familien dank Erziehung und Bekanntenkreis Vorteile haben. Sie steigen leichter auf, als die Söhne und Töchter, die aus Familien kommen, die nicht einen entsprechenden Hintergrund haben.

Wenn man dies alles bedenkt, wird die Zustimmung zu dem Satz verständlich: „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“ Doch auch hier zeigt der zweite Blick erst die Probleme des Satzes.

In der DDR war das höchste Einkommen zum Beispiel das eines Kombinateleiters oder eines privaten Handwerkers, das man sich durch Arbeit verdienen konnte, fünfmal so hoch wie das niedrigste Einkommen. Zu DDR-Zeiten hatten auch Minister und Mitglieder des Zentralkomitees zwar viele Privilegien, aber kein besonders hohes Einkommen. Ihre Häuser in Wandlitz waren besonders bewacht und sie erhielten Westwaren so viel sie wollten. Aber die Häuser in dem Prominentenghetto waren deutlich schlichter als ein Haus, das in Westdeutschland von einem durchschnittlichen Metzgermeister bewohnt wird. In der DDR gab es also eine soziale Gleichheit wie vermutlich nie zuvor oder danach in der deutschen Geschichte. Aber eine „richtige Demokratie“ war die DDR trotzdem nicht. Es gab keine freien und geheimen Wahlen. Es gab keine Meinungs- und Pressefreiheit. Es gab keine Reisefreiheit. Alle Freiheiten, die Voraussetzung für eine „richtige Demokratie“ sind, waren in der DDR eingeschränkt. Der Einfluss eines höheren Parteikaders war um ein Vielfaches größer und unbestrittener als der Einfluss eines Multimillionärs in der alten Bundesrepublik.

Die soziale Gleichheit alleine bringt also noch lange keine Demokratie. Es gibt im Gegenteil eine Austauschbeziehung zwischen Freiheit und Gleichheit. Ein Zuwachs an Freiheit führt in der Regel zu einem Verlust an Gleichheit, weil die neue Freiheit dazu führt, dass Menschen sich unterschiedlich entwickeln. Die einen haben mehr Erfolg als die anderen. Umgekehrt ist ein Zuwachs an Gleichheit in der Regel nur mit einem Verlust an Freiheit durchzusetzen. Denn man muss den Menschen die Möglichkeiten nehmen, sich zu entwickeln und in der Folge zu unterscheiden, wenn man die Gleichheit erhalten will. In manchen Stämmen wird die Gleichheit immer wieder neu durch ein großes Fest hergestellt, in dem aller seit dem letzten Fest erworbene Reichtum verzehrt wird. Darum muss eine Gesellschaft eine Balance zwischen Gleichheit und Freiheit finden und sie immer wieder neu überprüfen und durchsetzen. Es wird in jeder Gesellschaft sehr unterschiedliche Vorstellungen davon geben, was das richtige Verhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit ist. Wohlhabende und solche, die sich Chancen ausrech-

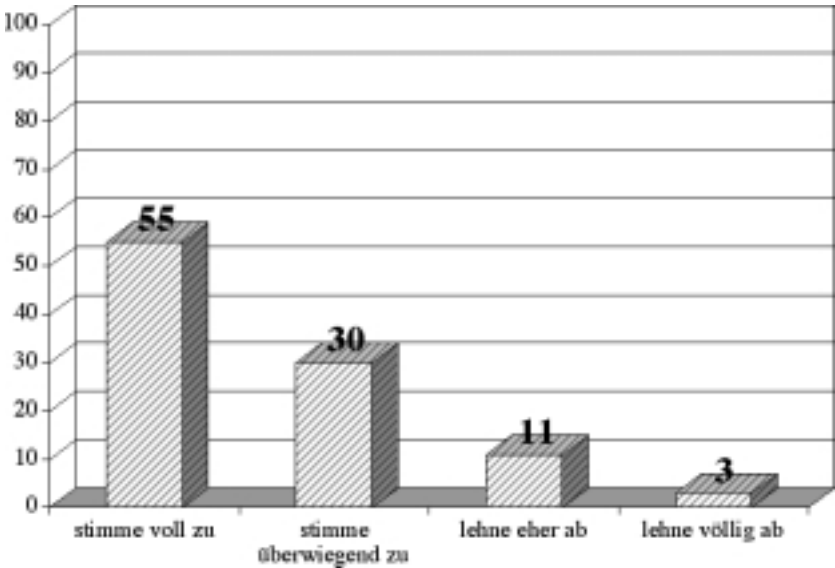
nen, im Wettkampf zu gewinnen, werden sich mehr auf die Seite der Freiheit schlagen. Politiker, die sich für die Rechte der Benachteiligten, Behinderten und Armen einsetzen, etwa Gewerkschafter, Sozialisten und Sozialdemokraten werden sich mehr für die Gleichheit einsetzen. Formale Demokratie hängt von der Gleichheit der Stimmen nicht von der wirtschaftlichen Gleichheit ab. Nur wenn jede Wahlstimme gleich viel zählt wie jede andere und das gleiche Gewicht hat, kann man von einer „richtigen“ Demokratie sprechen. Und da ist es nur logisch, dass ein solches gleiches Gewicht der Stimmen viel leichter zu erreichen und zu halten ist, wenn die Menschen sozial und wirtschaftlich etwa gleich gestellt sind. Je größer die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft ist, desto mehr Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit jede Stimme weiterhin gleich zählt. Man muss zum Beispiel verhindern, dass die Stimmen der Armen von Reichen gekauft werden, die sich damit Vorteile verschaffen könnten.

Deshalb wurde in nahezu allen Parlamenten der Welt dafür gesorgt, dass die Abgeordneten so viel Geld für ihre Tätigkeit bekommen, dass sie wirtschaftlich unabhängig sein können und sich nicht für ihr Überleben an mächtige Geldgeber verdingen müssen. Darüber hinaus sind sie beinahe überall dazu verpflichtet, größere Spenden und Einkommensquellen öffentlich zu machen.

Eine „richtige Demokratie“ kann eine Gesellschaft auch bei großer sozialer Ungleichheit sein, doch es ist ungleich schwieriger, sie gegen Missbrauch zu sichern, als in einer Gesellschaft mit großer sozialer Gleichheit. Die Frage, ob „richtige Demokratie“ herrscht oder nicht, hängt davon ab, dass die Regeln der Entscheidung durch gleiches Gewicht der Stimmen bei Wahlen und Abstimmungen eingehalten werden und dass niemand durch Geld Mehrheitsentscheidungen bestimmen oder kippen kann. Es hat immer Versuche gegeben und wird sie auch immer wieder geben, diese Regeln zu unterlaufen. Doch die Tatsache, dass solche Versuche ans Licht kommen und gerichtlich und parlamentarisch verfolgt werden, spricht dafür, dass die Regeln der Demokratie in Deutschland auch

bei der gegebenen sozialen Ungleichheit recht gut funktionieren. Wieder sind es die Befragten mit Abitur, die der Aussage die geringste, aber immer noch überwältigende Zustimmung geben.

Im Thüringen-Monitor 2003 stellten sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung dieser Aussage für die Thüringer Wahlbevölkerung wie folgt dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2003	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwie- gend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 7	Insgesamt	<b>1.000</b>	55	30	11	3	2
Geschlecht	Männer	481	55	29	12	2	1
	Frauen	519	56	30	9	3	3
Alter	18–24 Jahre	101	44	41	14	1	0
	25–34 Jahre	121	43	39	14	3	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	225	53	31	8	4	5
	10. Klasse	439	58	29	9	3	2
	Abitur	111	46	33	19	2	0

85 % der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, über die Hälfte voll und ganz. Frauen stimmen etwas stärker zu als Männer. Wieder sind es die Befragten mit Abitur, die der Aussage die geringste, aber immer noch überwältigende Zustimmung geben.

## **Aussage 8: „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“**

Ich habe Glück gehabt. Ich bin in meinem Leben noch nie Opfer eines schweren Verbrechens geworden. Es waren immer nur Lapalien. Einmal stieg ich in Tunis in die U-Bahn und bevor ich mich versah, hatte jemand im Gedränge meine Geldbörse mit Führerschein, Personalausweis und anderen Papieren aus meiner Hosentasche gefischt. Ich merkte es daran, dass plötzlich die Hose sich an der Seite so leicht anfühlte. Ich wusste, der Dieb musste noch irgendwo im U-Bahn-Wagen sein. Am liebsten hätte ich alle Mitfahrer durchsucht. In ohnmächtiger Wut stellte ich mir vor, was ich mit dem Dieb anstellen würde. Doch ich wusste auch, dass der Dieb die Beute sofort an einen Komplizen weitergereicht hatte, der sie gut versteckt hatte. Würde ich die Polizei holen, würde er den Geldbeutel auslehren und dann wegwerfen. Ich hatte keine Chance. In meiner ohnmächtigen Wut hätte ich mit den Taschendieben die schlimmsten Dinge angestellt, hätte ich ihrer habhaft werden können.

Um wie viel größer muss die Wut derjenigen sein, die Opfer eines schweren Gewaltverbrechens geworden sind. Der Fall der Mutter, deren achtjährige Tochter von einem Wiederholungstäter, einem überführten Sexualstraftäter, vergewaltigt und ermordet worden war, ist dafür ein bekannt gewordenes Beispiel. Sie war zutiefst enttäuscht über das Versagen der Justiz. Der Täter war wegen guter Führung vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden und hatte – kaum eine Woche in Freiheit – wieder angefangen, kleinen Mädchen aufzulauern. Schließlich war er ihrer Tochter begegnet und hatte sie missbraucht und ermordet. Die Mutter wollte Rache. Auf keinen Fall sollte er wieder für einige Jahre ins Gefängnis kommen und dann wieder sein Unwesen treiben können. Deshalb besorgte sie sich eine Pistole und erschoss den Täter im Gerichtssaal. In ihrer Trauer, Enttäuschung und Wut und dem Schmerz über den Verlust ihrer Tochter war für sie der Satz eine unbestreitbare Wahrheit: „Ein

Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“ Sie hielt einzig die Todesstrafe für angemessen, und sie vollstreckte sie eigenmächtig.

Es würde jedoch den Zusammenbruch unserer Zivilisation bedeuten, wenn das Opfer über den Täter zu Gericht sitzen dürfte. Das Opfer hat jede Distanz zur Tat und zum Täter verloren. Das Opfer ist von Emotionen überwältigt und kann nicht kühl abwägen. Das Opfer möchte seine in ihm brennende Wut und seine würgende Trauer lindern und wird nur in Ausnahmefällen zu einem gerechten Urteil kommen. Ein gerechtes Urteil ist dann gegeben, wenn auch alles erwogen worden ist, was für die Unschuld des Angeklagten spricht. Dazu ist das Opfer nur selten fähig. Darum hat sich in der Geschichte der europäischen Zivilisation die Institution Gericht herausgebildet: Gut ausgebildete Spezialisten, die ohne eigenes Interesse an der Sache nach festgelegten Regeln ein völlig unbeeinflusstes und unabhängiges Urteil sprechen sollen.

Das Gericht hat die Aufgabe, zuerst einmal festzustellen, ob der Angeklagte tatsächlich ein Schwerverbrecher ist. In dem Satz „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen“ wird das Ergebnis, das vom Gericht erst mühsam ermittelt werden muss, schon vorausgesetzt. Aber so wie niemand sicher und allgemeinverbindlich wissen kann, was das Allgemeinwohl, das richtige Ergebnis oder die gute Regierung ist, so kann auch niemand beanspruchen, vor der Gerichtsverhandlung schon zu wissen, wer ein Schwerverbrecher und wer ein Unschuldiger ist. Auch der mehrfach verurteilte Sittlichkeitstäter, gegen den alle Indizien sprechen und der bereits gestanden hat, kann dennoch unschuldig sein. Dafür gibt es viele Beispiele in der Rechtsgeschichte. Die Mutter der missbrauchten und ermordeten Tochter hat in ihrer Überzeugung zu wissen, wer ihrer Tochter diese Ungeheuerlichkeit angetan hat, nach dem Satz gehandelt: „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“ Wer ein Verbrecher ist und wer nicht, soll das Gericht erst herausfinden.



Vor Gericht geht es um Wahrheit und Irrtum. Die Geschichte der Justiz ist begleitet von Justizirrtümern: verurteilte Mörder, Verräter, Spione, bei denen es sich später herausgestellt hat, dass die Verurteilten unschuldig waren. Manchmal hatten sie sogar selbst gestanden und waren dennoch unschuldig. Sie hielten den Druck nicht mehr aus und legten lieber ein falsches Geständnis ab, um ihre Ruhe zu bekommen. Besonders häufig gibt es Fehlurteile gegen bereits mehrfach für schwere Verbrechen Vorbestrafte. Denn wenn jemand schon überführter Schwerverbrecher ist, neigt man allgemein dazu, diesem Menschen auch ein weiteres Verbrechen zuzutrauen. Das genau darf aber nicht geschehen. In jedem Gerichtsverfahren geht es wieder neu um Wahrheit und Irrtum. In jedem neuen Gerichtsverfahren ist der Angeklagte oder die Angeklagte unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils und der Zweifel muss für den oder die Angeklagte sprechen, gleichgültig was er oder sie zuvor schon an Wohl- oder Untaten getan hat. Denn die Tatsache, dass jemand zuvor Unheil angerichtet hat, beweist noch nicht, dass er es in dem zur Verhandlung anstehenden Fall auch wieder getan hat.

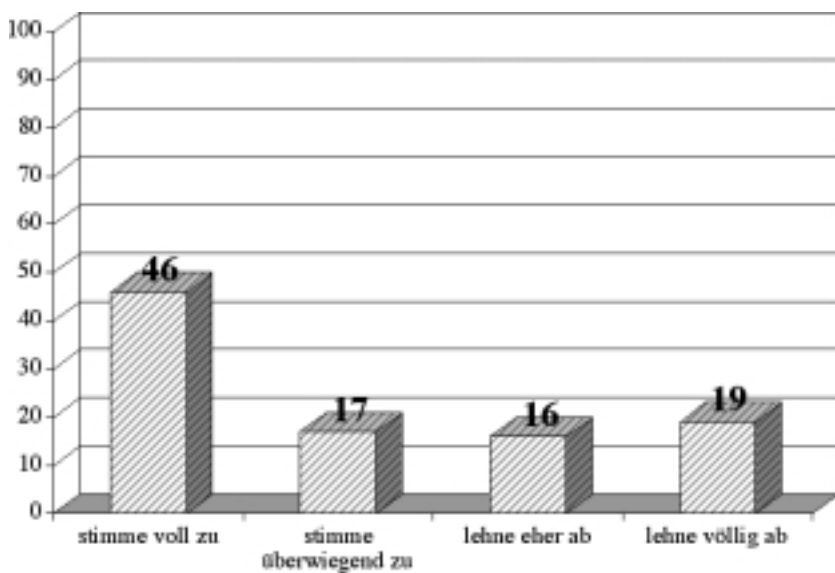
Im frühen Mittelalter haben die Opfer über die angeblichen Täter Gericht gesprochen. In manchen Stämmen liefert man auch heute noch die vermuteten Täter an die Opfer zur Rechtsprechung und Bestrafung aus. Man will damit den Frieden wieder herstellen. Das Opfer soll einen angemessenen, auch emotionalen Ausgleich für seinen erlittenen Schaden und seine Verletzungen erleben und so wieder ins Reine mit sich kommen. Doch es hat sich bald gezeigt, dass dadurch besonders häufig auch noch besonders krasse Fehlurteile zustande kamen. Argumente, die den vermuteten Täter hätten entlasten können, wurden erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Darum hat sich früh in der Geschichte Europas der unabhängige, unparteiische Richter als Institution durchgesetzt.

Wenn das Gericht das Urteil gesprochen und den Angeklagten einer schweren Straftat für schuldig befunden hat, dann bekommt der Satz „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen“ eine andere Bedeutung. Denn

jetzt weiß man, dass er ein Schwerverbrecher ist. Jetzt muss die Allgemeinheit vor ihm geschützt werden. Jetzt kann ein Gericht für nachgewiesen gemeingefährliche Kriminelle Sicherheitsverwahrung auch nach der abgelaufenen Gefängnisstrafe anordnen. Oder wenn ein Gericht eine gefährliche psychische Krankheit festgestellt hat, mit der die Person sich selbst und anderen zur dauerhaften Gefahr wird, ist die auch dauerhafte Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus möglich.

Überführte Schwerverbrecher erhalten bei Wiederholungstaten ein viel höheres Strafmaß als Angeklagte, die zum ersten Mal vor Gericht stehen. Demnach hat der Satz „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen“ hier seine demokratische Gültigkeit. Doch bei Ermittlung, ob jemand eine Straftat begangen hat oder nicht, muss die Unschuldsvermutung für alle, ob vorbestraft oder nicht, gleichermaßen gelten und Vorbestrafte müssen behandelt werden wie alle anderen Menschen. Erst dann handelt es sich um einen Rechtsstaat und eine Demokratie, in der das Gesetz und nicht Willkür und Rache herrschen.

Im Thüringen-Monitor stellen sich Zustimmung und Ablehnung zu der Aussage für die Thüringer Wahlbevölkerung wie folgt dar: Die jüngsten Befragten sind viel stärker auf der Seite des Rechtsstaates als alle anderen Gruppen und lehnen die Aussage zu zwei Dritteln (66 %) ab, mehr als selbst die Befragten mit Abitur.



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2005	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 8	Insgesamt	1.000	46	17	16	19	2
Geschlecht	Männer	486	43	18	17	20	2
	Frauen	514	49	16	15	17	2
Alter	18–24 Jahre	111	24	31	18	27	0
	25–34 Jahre	137	40	17	22	21	1
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	61	18	10	8	3
	10. Klasse	442	53	16	15	14	2
	Abitur	127	26	15	26	32	1

Bei dieser Aussage, die eine eklatante Absage an den Rechtsstaat ist, stimmt die deutliche Mehrheit (63 %) der Wahlbevölkerung zu. Wieder stimmen Frauen stärker zu und lehnen in geringerem Ausmaß völlig ab als die Männer. Einen Lichtblick bieten lediglich die Jungen und Gebildeten, die der Aussage nur zu einem Viertel voll und ganz zustimmen.

**Aussage 9: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“**

Ich bin 1944, noch im Zweiten Weltkrieg, geboren. Als ich ein kleiner Junge war, wurde ich voll und ganz nach der Regel erzogen: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ Es gab damals noch andere, ähnliche Sätze: „Gelobt sei, was hart macht“ und „Was uns nicht umbringt, macht uns stark“ und „Nicht gemeckert ist Lob genug“. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was solche Sätze bedeuten. Zuhause durften wir Kinder nicht ungefragt sprechen, wenn Besuch da war. Meine Mutter pflegte zu sagen, wenn Erwachsene sprechen, haben Kinder zu schweigen. Wurden wir aus Langeweile unruhig, gab es kurze, strenge Blicke, die klar machten, was einem drohte, wenn man sich nicht zusammennahm, sobald der Besuch gegangen war. So lange er noch da war, mussten wir in unseren Besuchskleidern aufrecht sitzen auf den viel zu hohen Stühlen. Beim Essen mussten die Ellenbogen eng am Körper anliegen und die „linke Hand zierlich auf des Tisches Rand“ liegen, wie es uns unsere Mutter eingetrichtert hatte. Die Besucher fanden uns süß und meine Mutter und Großmutter waren ganz stolz, wenn der Besuch meinte, wir seien gut erzogen. Gut erzogen hieß damals: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“

Daheim hing an der Wand des Zimmers, in dem der Alltag stattfand (das gute Zimmer war für Besuch vorbehalten), eine „Klopfpeitsche“. Es war ein Holzstiel, an dem eine Schlaufe befestigt war, an dem man den Stiel an einem Nagel an der Wand aufhängen konnte. Am anderen Ende des Stiels waren fünf etwa fünfzig Zentimeter lange Lederriemen befestigt. Wenn die „Klopfpeitsche“ an der Wand hing, sah sie wie der Schwanz eines Nilpferdes aus. Es war aber kein Nilpferdsschwanz, sondern das Instrument, mit der wir

Kinder von unserer Mutter geschlagen wurden, wenn wir mangelnden „Gehorsam und Disziplin“ zeigten.

Vermutlich waren die Lederriemen aus Wildleder, denn ich erinnere mich nicht an große Schmerzen oder Striemen wie sie harte Lederriemen, wie von einem Gürtel, hinterlassen würden. Aber ich erinnere mich an die Drohung, die von diesem Instrument ausging und wie hilflos und ausgeliefert ich mich fühlte, wenn von dem Instrument Gebrauch gemacht wurde, gleichgültig ob gegen mich oder meine Geschwister. Vielleicht hatten Mutter und Großmutter sich ein solches Instrument zugelegt, weil sie sich überfordert fühlten. Der Großvater war im Krieg im Jahr meiner Geburt verstorben. Der Vater war kurz nach dem Krieg in russischer Gefangenschaft gestorben. Es gab keinen Mann im Haus. Die Männer um sie her drängten sie zur Härte gegen uns Kinder, sonst würden aus uns Jungs keine richtigen Männer werden. Wenn der Onkel zu Besuch kam, nahm er uns ran, um uns zur Stärke zu erziehen. Er hackte zum Beispiel Holz und zwang uns, zwischen den vom Hacken umherfliegenden Scheiten das herabgefallene Holz aufzulesen und beschimpfte uns, wenn wir Angst zeigten. Dann erzählte er, wie er im Krieg zwischen Granaten und Maschinengewehrbeschuss vorwärts stürmen musste. Er trieb uns bei den Gartenarbeiten auch dann weiter, wenn wir blutende Blasen an den Händen hatten. Und bei Bergwanderungen lachte er uns aus, wenn wir an steilen Stellen Angst zeigten. Ich fürchtete und hasste ihn. Ich wollte niemals werden wie er.

Die Lehrer waren ganz ähnlich. Sie stammten aus derselben Kriegsgeneration. Sie schlugen mit Stock und Hand. Sie zogen an den Haaren, gaben „Kopfnüsse“. Das waren kurze, harte Schläge mit den Fingerknöcheln auf den Kopf. Oder sie nahmen die Ohrmuscheln zwischen zwei Finger und zogen daran, sodass man dem Zug folgen musste, oder verdrehten den Knorpel bis man schrie. Die körperlichen Attacken waren begleitet von verbalen Attacken. Die Lehrer und die wenigen Lehrerinnen machten sich über jede Schwäche, jeden Fehler, jede Eigenart lustig und gaben die Schüler der Lächerlichkeit und der johlenden Schadenfreude der Mitschüler

preis. Wenn ich weinend nach Hause kam und mich über die Bösartigkeit und Ungerechtigkeit meiner Lehrer beschwerte, wies mich meine Mutter schroff mit den Worten zurück: „Du wirst es verdient haben. Und wenn du nicht aufhörst zu weinen, bekommst du von mir auch noch Hiebe, damit du weißt, warum du weinst!“ Ich fühlte mich damals sehr allein gelassen und der Willkür böser Menschen ausgeliefert.

Und selbstverständlich rächte ich mich an Schwächeren. Die Schüler mit körperlichen Fehlern oder solche, die sich besonders empfindsam zeigten oder die nicht ganz so gut waren im Sport, wurden unbarmherzig gehänselt, geschlagen und unterdrückt. Aber auch die schwächeren Lehrer dienten zur Befriedigung der Rachegelüste, zum Erleben einer Stärke, die immer auf Kosten anderer ging. Wenn ein neuer Lehrer oder Referendar Schwäche zeigte und nicht so hart durchgriff, dann brach die Hölle los. Wir schwatzten, schossen mit Gummiflitzen, brüllten dazwischen und prügelten uns untereinander solange, bis auch er zu den harten Mitteln griff und uns Disziplin und Gehorsam beibrachte. Es war ein Erziehungssystem, das sich durch seine Folgen bei den Erzogenen selbst seine Notwendigkeit bewies und jeden in die Reihen zurück zwang, der sich ihm zu widersetzen suchte. Erzogen wurde vor allem durch Tadel, Zurechtweisung, Strafe. Ganz selten gab es Lob. „Nicht kritisiert ist Lob genug“, war die Devise. Es war keine schöne Zeit.

Dann kam ich mit sechzehn Jahren für ein Jahr nach Amerika. Dort war alles anders. In der Schule wurde nicht geschlagen. In der Schule wie zuhause wurde viel gelobt. Ich wurde ermutigt, meine Meinung zu sagen, meine Sichtweise einzubringen. Man diskutierte mit mir, wie mit einem gleichwertigen Menschen. Man war neugierig auf mich und behandelte mich, als ob ich etwas zu erzählen hätte. Ich wurde eingeladen, Vorträge zu halten. Und weil ich so viel Beifall und Anerkennung bekam, begann ich, mich immer besser auf die Vorträge vorzubereiten. Ich entwickelte einen Ehrgeiz, das Lob auch zu verdienen. Bald zählte ich zu den besten Schülern der Schule.

Dann kam ich zurück nach Deutschland und es war alles wie zuvor. Der Rektor der deutschen Schule sagte, ich müsse das Schuljahr wiederholen, denn in Amerika hätte ich sicher nichts Richtiges gelernt. Ich zeigte aber in einer Prüfung, dass ich durchaus etwas gelernt hatte. Es ging weiter mit Tadel, Heruntermachen, Untergraben und Erziehung zu Disziplin und Gehorsam. Ich wartete nur darauf, an die Universität zu kommen, von der ich mir Freiheit erhoffte.

Doch auch dort gab es nur selten Lob und Förderung. Kritisches Denken hieß, den Fehler beim anderen zu finden. Wer andere mit geschliffener Rede des fehlerhaften Denkens oder einer unvollständigen Lektüre der zum Thema bereits geschriebenen Literatur überführen konnte, galt als intelligent und genoss von den Lehrenden einen gewissen Respekt.

Dann kam die Studentenrevolte. Ich studierte zu der Zeit in West-Berlin und bekam mit, wie die Wortführer der Studentenrevolte für mich in allen Diskussionen auch mit Professoren die besseren, bestechenderen Argumente hatten. Sie sagten, der Nationalsozialismus, Krieg und Judenvernichtung seien nur möglich gewesen, weil die Kriegsgeneration nach dem Satz erzogen worden sei: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ Nur weil sie jedem Befehl, der von oben kam, diszipliniert Gehorsam geleistet hätten, sei es den Nationalsozialisten möglich gewesen, beinahe ganz Europa zu erobern und dort ihr menschenverachtendes Terrorregime auszuüben. Frauen, Kinder und Greise in brennende Kirchen zu treiben oder sie am Rande von Massengräbern zu erschießen, sie in Konzentrationslagern zu vergasen oder im Ghetto verhungern zu lassen, all das sei von ganz normalen Familienvätern verübt worden, die nach der Devise erzogen worden seien: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ Sie nannten das autoritäre Erziehung und forderten das Gegenteil. Zu einer demokratischen Gesellschaft passe keine autoritäre Erziehung. Sie nannten sich „antiautoritäre Studentenbewegung“ und forderten eine „antiautoritäre Erziehung“.

All das passte ganz hervorragend zu allem, was ich in Deutschland und Amerika erlebt hatte und so wurde ich schnell zu einem begeisterten Anhänger dieser Bewegung. Wir zogen in Wohngemeinschaften, mieteten Läden an, in denen wir unsere eigenen antiautoritären Kindergärten gründeten, demonstrierten gegen Krieg und Aufrüstung und entlarvten unsere Väter und Professoren als diejenigen, die mit ihrem autoritären Auftreten damals den Nationalsozialismus ermöglicht hatten und ihn auch wieder neu herbeiführen würden, wenn wir sie machen ließen wie sie wollten. Es waren erbitterte Wortgefechte.

Damals wollten wir keine Regeln und Institutionen gelten lassen. In den Wohngemeinschaften herrschte totales Chaos, weil Ordnung als autoritär und faschistisch galt. Den Kindern wurde alles erlaubt außer, was sie selbst gefährden könnte. Sie sollten selbst herausfinden, was gut für sie ist und keiner Autorität glauben. Es war das Gegenteil von dem Satz: „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“

Aber vieles störte mich damals auch. Man konnte sich auf keinen verlassen. Absprachen wurden nicht gehalten. Was man nicht selbst machte, blieb in der Regel ungetan. Denn Diskussionen führten zu nichts. Es genügte zu sagen, dass man keine Lust hatte, keinen „Bock“ hatte, dies oder jenes zu tun, und es blieb ungetan. Es ist frustrierend, wie man damals sagte, um zu sagen, dass es keinen Spaß machte. Was angefangen hatte als eine Bewegung der scharfen Diskussion zerfiel in ein chaotisches Gebilde, in dem Argumente ersetzt wurden durch Äußerungen von Lust und Unlust.

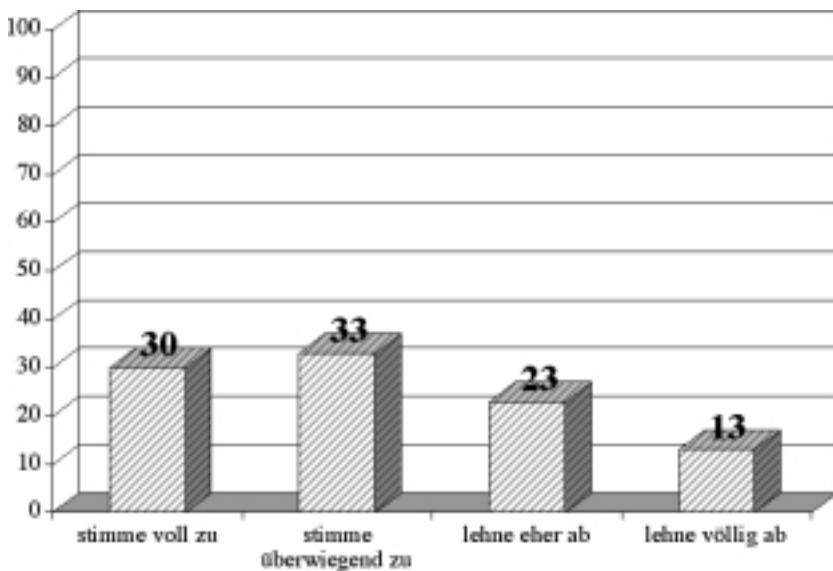
Als ich später selbst Professor und dann Rektor wurde, musste ich mich auf Leute verlassen können. Ich forderte von meinen Studentinnen und Studenten Leistungen und gab ihnen schlechte Noten, oder ließ sie durchfallen, wenn die Leistungen nicht genügten. Ich forderte von meinen Kollegen und Kolleginnen Zuarbeit und war aufgeschmissen als Rektor, wenn sie nicht kam. Heute weiß ich,



dass beides falsch ist, der Satz „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ und sein Gegenteil. Was man statt Gehorsam braucht, ist freiwillige und vernünftige Einsicht. Wenn man Anweisungen oder Befehle gibt, die nicht einleuchten, wäre es Unsinn, Gehorsam zu fordern. Statt Gehorsam zu fordern, muss man überzeugen. Die Menschen müssen die freie Wahl haben zwischen Gehorsam und Verweigerung. Sie müssen den Gehorsam aus frei gewählter Einsicht wählen.

Wenn den Menschen die Anweisung einleuchtet, dann üben sie nicht mehr Gehorsam, sondern sie tun etwas, was ihnen selbst als richtig erscheint, handeln also aus eigenem Antrieb. Dann üben sie auch nicht mehr Disziplin, sondern sie halten sich an Absprachen und zeigen Zuverlässigkeit. Damit verwandelt sich der Satz „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen“ in den Satz: „Wer seine Kinder zu geachteten Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem die Zivilcourage, nur das zu tun, was einleuchtet, und Zuverlässigkeit im Einhalten von getroffenen Vereinbarungen verlangen.“

Im Thüringen-Monitor stellt sich die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in der Wahlbevölkerung Thüringens so dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 9	Insgesamt	<b>1.000</b>	30	33	23	13	1
Geschlecht	Männer	486	28	37	22	12	1
	Frauen	514	32	30	24	14	1
Alter	18–24 Jahre	111	15	43	33	19	0
	25–34 Jahre	137	14	37	28	20	1
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	59	21	12	7	1
	10. Klasse	442	29	35	23	12	1
	Abitur	127	9	32	32	18	0

Beinahe zwei Drittel (63 %) stimmen dieser Aussage aus der Motenkiste der Kriegsgeneration zu, Männer (65 %) ein wenig stärker als die Frauen (62 %). Dass es tatsächlich eine Frage des Lebensalters ist, zeigt sich daran, dass die völlige Zustimmung bei der jungen Befragtengruppe etwa die Hälfte der Gesamtgruppe ist. Aber die Zustimmung ist nicht nur eine Frage des Alters, sondern auch eine Frage der Bildung. Bei den Befragten mit dem niedrigsten Bildungsabschluss (unterhalb der 10. Klasse) liegt die Zustimmung bei 80 Prozent. Bei den Befragten mit Abitur geben unter der Hälfte der Befragten (41 %) dieser Aussage ihre Zustimmung.

## **Aussage 10: „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“**

Ein Mensch sitzt an einem Pult und schwitzt. Vor ihm 30 Schieber. An jedem Schieber steht eine Voltzahl von 15 bis 450. Darüber Beschriftungen, mit denen die Schieber in vier Gruppen eingeteilt sind: „Leichter Schock“, „Mittlerer Schock“, „Schwerer Schock“ und „XXX“. Von dem Pult führen Starkstromkabel zu einem elektrischen Stuhl im Nebenraum. Dort ist ein anderer Mensch angeschnallt, den der Schwitzende vor wenigen Minuten zum ersten Mal getroffen hat. Beide nehmen an einem Versuch über Lernen und Gedächtnis teil. Beide haben in der Lokalzeitung eine Anzeige gelesen. Für einen durchschnittlichen Stundenlohn wurden Teilnehmer gesucht. Beide haben sich gemeldet und nun sitzt der eine da und schwitzt. Und der andere sitzt dort und schreit.

Man hatte den beiden gesagt, es gehe darum zu testen, ob das Erinnerungsvermögen und die Lernfähigkeit von Menschen durch Strafen besser würden. Der „Lehrer“ sollte dem „Schüler“ Wortpaare vorlesen wie „Wind“ und „Norden“, „Grill“ und „Wurst“. Die sollte der „Schüler“ sich merken. Dann – so hatte der Versuchsleiter aufgetragen – sollte der „Lehrer“ nur den ersten Teil des Wortpaares sagen und der „Schüler“ den zweiten Teil ergänzen. Schaffte er das nicht, sollte der „Lehrer“ den ersten Schieber betätigen und damit dem „Schüler“ einen Stromschlag versetzen und ihm dann die richtige Lösung sagen. Machte er wieder einen Fehler, sollte der nächste Schieber hochgeschoben werden bis an den Anschlag, damit ein höherer Stromschlag den „Schüler“ zu einer verbesserten Gedächtnisleistung motiviere. Auch wenn der Schüler zu lange wartet oder überhaupt nicht auf die Frage reagiert, sollte das wie ein Fehler behandelt und jedes Mal mit einem stärkeren Stromstoß geahndet werden.

Dann hatte das Experiment wirklich begonnen. Der „Schüler“ war anfangs sehr lernfähig. Dann gab es die ersten Fehler. Die Strom-

stärke erhöhte sich Schritt für Schritt. Dem „Lehrer“ kamen erste Bedenken, denn aus dem Nebenraum war ein sich verstärkendes Gurren zu hören. Beim fünften Schock (75 V) hat der „Schüler“ begonnen zu stöhnen. Bei 150 Volt bat er erstmals darum, das Experiment abubrechen. Da wandte sich der „Lehrer“ an den Versuchsleiter und fragte, ob man jetzt abbrechen könne. Doch der saß ruhig da und sagte: „Das Experiment macht es erforderlich, dass Sie weitermachen.“ Der „Lehrer“ machte weiter. Bei 165 Volt kam der erste Schrei. Bei 180 Volt brüllte der „Schüler“ aus dem Nebenraum: „Ich halte diese Schmerzen nicht mehr aus! Aufhören!“ Jetzt ist der „Lehrer“ schon bei über 200 Volt. Er schwitzt und schaut immer wieder zu dem Versuchsleiter hinüber. Er schwitzt immer stärker. Er möchte den Versuch gerne abbrechen. Der Versuchsleiter antwortet ernst und beinahe unbeteiligt: „Die Versuchsanordnung macht es notwendig, dass Sie weitermachen.“ Der Schwitzende fragt die nächsten Wörter ab. Der „Schüler“ antwortet nur noch mit schwacher Stimme. Einige Male sind die Antworten richtig. Doch dann macht er wieder einen Fehler. Jetzt ist der nächste Schieber dran. Der Schwitzende fürchtet sich vor dem nächsten Schrei. Er schaut wieder zum Versuchsleiter hinüber. Der sitzt immer noch in seinem Stuhl wie unbeteiligt, beinahe gelangweilt und schaut ins Leere. Der Schwitzende schreit jetzt auch: „Das ist doch unmenschlich. Ich höre jetzt auf.“ Der Versuchsleiter sagt ruhig, ohne den Schwitzenden anzusehen: „Sie haben keine Wahl. Sie müssen weitermachen.“

Wird der Schwitzende den nächsten Schieber betätigen? Es ist klar, Stromschläge über 300 Volt können tödlich sein. Wie weit wird der zufällig ausgewählte Lehrer unter dem Einfluss der „starken Hand“ des Versuchsleiters gehen? Die Antwort ist: Zwei Drittel der ganz normalen Menschen betätigten auch noch den letzten Schieber, an dem XXX und 450 Volt stand, nur weil es ihnen der Versuchsleiter mit bestimmter Stimme befohlen hatte. Zwei Drittel gingen bis zur sicherlich tödlichen Dosis, handelten also in dem Bewusstsein, dass sie vermutlich einen Menschen töten würden, nur weil er ihnen eine „feste Hand“ befohlen hatte.

Natürlich wurden in dem Experiment keine Menschen getötet und keine realen Stromstöße ausgelöst. Das Experiment, das in den Sechzigerjahren eine Gruppe um Stanley Milgram in den Vereinigten Staaten durchführte, war vielmehr eine geschickte Täuschung. Weder ging es ums Lernen noch wurden die Rollen von „Lehrer“ und „Schüler“ durch Los bestimmt. Die Lose am Anfang waren getrickst. Die Schreie kamen vom Tonband und in Wirklichkeit ging es in dem Experiment um die Bereitschaft von Menschen, brave Folterer zu sein. Man wollte herausfinden, wie weit normale Menschen gehen würden, wenn man ihnen ohne Zwang nur unter der Autorität des weißen Labormantels und der universitären Wissenschaft Anweisungen zum Foltern gab.

Der Versuch ist in vielen Kulturen wiederholt worden. Auch in Deutschland. Man nahm fest an, dass die Deutschen besonders gehorsam sein würden. Weil der Versuch anfangs immer nur mit Männern durchgeführt worden war, wiederholte man ihn mit Frauen. Man nahm fest an, dass sie viel seltener bereit wären, andere Menschen zu quälen. Ob Deutsche, Amerikaner, Australier oder Frauen, überall machten über zwei Drittel aller Versuchspersonen mit bis zum Schluss, bis zu den tödlichen Stromstößen, nachdem das Opfer aus dem Nebenraum schon lange keinen Laut mehr von sich gegeben hatte, und sie annehmen mussten, dass es ohnmächtig oder tot sein müsse. Es gab keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Kulturen oder Geschlechtern. Die Deutschen waren nicht schlimmer und die Frauen nicht besser als die Männer. Alle waren sie bereit, ihnen völlig unbekannte Menschen in einer völlig undramatischen Situation zu foltern ohne jeden Anlass zu Rache, Hass oder sonstigen negativen Einstellungen gegen ihre Opfer – einfach so, weil es eine „starke Hand“ gab. Man muss das Milgram-Experiment daraufhin befragen, ob es Bedingungen gibt, unter denen möglichst viele Menschen sich weigern, brave Folterer zu sein. Tatsächlich hat Milgram die Versuchsbedingungen immer wieder verändert, um das herauszufinden: Dazu setzte Milgram zwei Leiter ein, die sich gegenseitig widersprachen. Ab 150 Volt forderte der eine von ihnen, den Versuch abubrechen, während der andere dar-

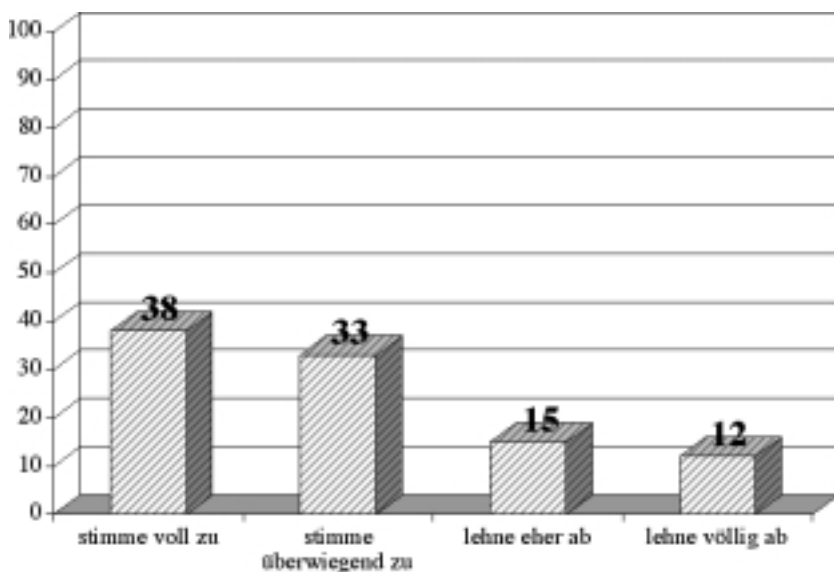
auf bestand, weiterzumachen. Es ist das genaue Gegenteil einer „starken Hand“. Jetzt, in der Abwesenheit einer „starken Hand“, unter den Bedingungen der Demokratie, in der sich die Autoritäten über den richtigen Kurs streiten, trat das Wunder ein: Von 20 Versuchspersonen brach einer den Versuch sofort ab. 18 gingen noch eine Stufe weiter, brachen dann aber bei 165 Volt ab. Nur einer ging auch noch eine Stufe weiter und brach den Versuch bei 180 Volt ab, obwohl ihn der eine Versuchsleiter immer noch anherrschte: „Sie haben keine Wahl. Sie müssen weitermachen!“ Keine einzige der Versuchspersonen zog den Versuch bis zu den 450 Volt durch, die zuvor unter der „starken Hand“ mitgemacht hatten.

England und Amerika haben nicht deshalb die stabileren Zivilgesellschaften, weil es dort mehr mutige Menschen gibt. Die Ergebnisse der Milgram-Experimente waren dort nicht günstiger als in Deutschland. Sie sind auch in schwersten Zeiten eine streitbare Gesellschaft mit Opposition und Meinungsfreiheit geblieben, weil es dort seit Jahrhunderten Gewaltenteilung und eine parlamentarische Demokratie gibt. In ihr widersprechen sich die Autoritäten. In ihr wird gestritten. Die Regierungen werden durch die Opposition abgelöst. Es entsteht eine neue Regierung und eine neue Opposition, die sich in neuen Rollen wieder heftig widersprechen. Die Bürger und Bürgerinnen werden dadurch gezwungen, sich selbst ein Bild von richtig und falsch zu machen und sich selbst für das Richtige zu entscheiden.

In diesen wie in allen anderen Zeiten brauchen wir keine „starke Hand“. Wir würden uns von ihr nur in die Irre führen lassen, wie das zu Zeiten des Nationalsozialismus geschehen ist. In diesen wie in allen Zeiten brauchen wir statt dessen unbedingt die Demokratie mit mehreren, sich widersprechenden „starken Händen“, die unterschiedliche und gegensätzliche Lösungen anbieten und durchzusetzen versuchen. Wir brauchen Politiker, die für ihre Lösungen leidenschaftlich eintreten und sie dann auch entschlossen durchsetzen, wenn sie dafür die Mehrheit gewinnen. Aber wir brauchen auch eine fähige und ebenso leidenschaftlich werbende Opposition, die auf-

zeigt, wie es anders geht, und die mit aller Klarheit und Schärfe die Regierung kritisiert. Erst dann sind wir fähig, selbst zu denken und unseren eigenen Willen herauszufinden. Eine „starke Hand“ bietet offensichtlich eine zu starke Versuchung, das Denken aufzugeben und gegen das eigene Gefühl und gegen besseres Wissen deren Befehlen zu gehorchen bis zur bitteren Konsequenz.

Im Thüringen-Monitor 2006 stellt sich die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in der wahlberechtigten Thüringer Bevölkerung wie folgt dar:





Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 10	Insgesamt	<b>1.000</b>	38	33	15	12	2
Geschlecht	Männer	486	35	33	17	12	2
	Frauen	514	41	34	13	11	1
Alter	18–24 Jahre	111	43	38	13	6	0
	25–34 Jahre	137	33	44	16	6	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	52	30	8	7	3
	10. Klasse	442	41	34	15	9	1
	Abitur	127	29	42	18	11	0

Beinahe drei Viertel (71 %) der Thüringer Wahlbevölkerung stimmt der zutiefst antidemokratischen Aussage zu. Nur jeder Zehnte (12 %) lehnt sie völlig ab. Frauen stimmen deutlich häufiger (75 %) als Männer (68 %) zu.

Wer dieser Aussage zustimmt, drückt damit die Sehnsucht nach einer unbestrittenen Autorität aus. Eigentlich müsste die Gruppe der 18–24 Jährigen, die der Aussage von der Notwendigkeit von Disziplin und Gehorsam die geringste Zustimmung gegeben haben, auch hier ihre Zustimmung verweigern. Aber sie stehen an zweiter Stelle im Ausmaß der vollen Zustimmung. Am stärksten ist die Zustimmung mit 82 Prozent bei den Befragten mit einem höchsten Schulabschluss unter der 10. Klasse. Die Befragten mit Abitur zeigen die niedrigste volle Zustimmung, liegen aber mit 71 Prozent Gesamtzustimmung genau im Trend der Gesamtbevölkerung.

## **Aussage 11: „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“**

In Griechenland lebte ich mal einige Zeit auf einer kleinen Insel. Es gab dort keine Autos. Etwa 200 Menschen lebten auf dieser Insel, darunter eine Frau, die perfekt deutsch sprach und für die Touristen im Dorfzentrum eine Kneipe betrieb. Sie arbeitete wirklich beinahe rund um die Uhr für ihre Kneipe. Früh morgens los zum Einkaufen der frischen Waren auf der Nachbarinsel. Mittags Kochen für die Mittagstouristen. Abends bis spät in die Nacht für die Abendtouristen, die nicht nach Hause finden wollten. Es war ein hartes Leben. Sie hatte sich das Geld für die Kneipe in Deutschland verdient. Irgendwo bei Hannover hatte sie jahrelang im Schichtbetrieb am Band geackert. Immer in untergeordneter Position mit einem geringen Verdienst. Aber weil sie so sparsam und genügsam war, hatte sie genug zurückgelegt für das Grundstück und das Haus darauf, für die Einrichtung und die Küchenausstattung, um jetzt die Kneipe betreiben zu können.

Ich wusste, wie schlecht auch in Westdeutschland Ausländer behandelt werden und fürchtete mich eher davor, was sie wohl über Deutschland und die Deutschen sagen würde. Sie schwärmte jedoch von Deutschland: „Es hat mir gut gefallen in Deutschland. Die Leute sind ein wenig kühl und zurückhaltend, aber zuverlässig. Was sie dir sagen, das halten sie auch. Alles was versprochen ist, kommt auch, ohne dass man Schmiergeld zahlen muss wie hier. Gut verdient habe ich. Die Arbeit war schwer, aber gut verdient habe ich. Viel mehr als ich irgendwo in Griechenland hätte verdienen können. Am Besten aber ist der Sozialstaat, besonders die Krankenversicherung. Hier bekommst du nichts für deine Krankenversicherung. Dem Arzt musst du hier immer noch etwas zustecken, sonst bekommst du nie, was du brauchst. Und hier auf den Inseln da kommen nur die jungen Ärzte her zum Praktikum, die noch nichts richtig können. Die guten Ärzte sind alle in Athen und so teuer, dass man sie sich nicht leisten kann.“ Immer wieder lobte sie die Kran-

kenversicherung. Und gelegentlich musste ich ihr Briefe schreiben für die Rentenversicherungsanstalt in Deutschland, denn sie hatte sich in ihrer jahrlangen Arbeit in Deutschland den Anspruch auf eine kleine Rente erworben, die sie nach Griechenland ausgezahlt bekommen sollte. Dafür forderte die deutsche Anstalt Unterlagen. Während wir in ihrem Papierkram suchten, sagte sie immer wieder: „Ja wegen der Krankenversicherung würde ich immer wieder nach Deutschland ziehen, obwohl es hier schöner und wärmer ist. Aber wegen der Krankenversicherung, da ist Deutschland wirklich besser.“

Es gibt also durchaus Ausländer, für die das relativ bessere Versorgungsniveau des deutschen Sozialstaats ein wichtiger Grund ist, nach Deutschland zu kommen. Aber kommen sie nur deswegen nach Deutschland? Wenn überhaupt, dann sind das nur ganz wenige. Denn es lohnt sich nicht. Die meisten Ausländer, die nicht als Touristen nach Deutschland kommen, um sich Heidelberg, Weimar und Schloss Neuschwanstein anzuschauen, kommen hierher um zu arbeiten. Denn Deutschland bietet vergleichsweise hohe Verdienste. Zwar sind Arbeitstempo und Anforderungen an die Qualität der Arbeit hoch, aber die Arbeitsplätze sind technisch gut ausgestattet und lange nicht so gefährlich wie in den meisten ärmeren Ländern. Der gute Verdienst und die guten Arbeitsbedingungen sind es, was die Leute aus anderen, ärmeren Ländern lockt. Die Sozialleistungen sind nur dann lohnend, wenn man vorher gut verdient hat. Hat man wenig, sind die Sozialleistungen noch niedriger. Hat man vorher gar nichts verdient, hat man keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Nur wegen des Sozialstaats hierher zu kommen lohnt sich nicht.

Gut, von Indien oder Nigeria aus gesehen mögen die Leistungen für Asylbewerber wie viel Geld aussehen. Doch alles in Deutschland ist so viel teurer, dass man Hungerkünstler sein muss, um etwas für die Familie daheim abzweigen zu können. Einige Wenige werden möglicherweise von Schleppern, die damit ihr Geld verdienen, mit falschen Versprechungen verführt, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen und Beträge zu bezahlen, die sich die wirklich

Armen gar nicht leisten können. Doch auch sie investieren all das Geld in der Hoffnung auf Arbeit und Einkommen. Für die Sozialhilfe lohnt sich das nicht. Beinahe alle Ausländer, die für längere Zeit nach Deutschland kommen, tun dies also um zu arbeiten. Sie kommen meist auf Arbeitsplätze, für die sich kein Deutscher findet. Und selbst wenn Einzelne Deutschen Konkurrenz machen, können 2 % Ausländer nicht für 16 % Arbeitslosigkeit verantwortlich sein.

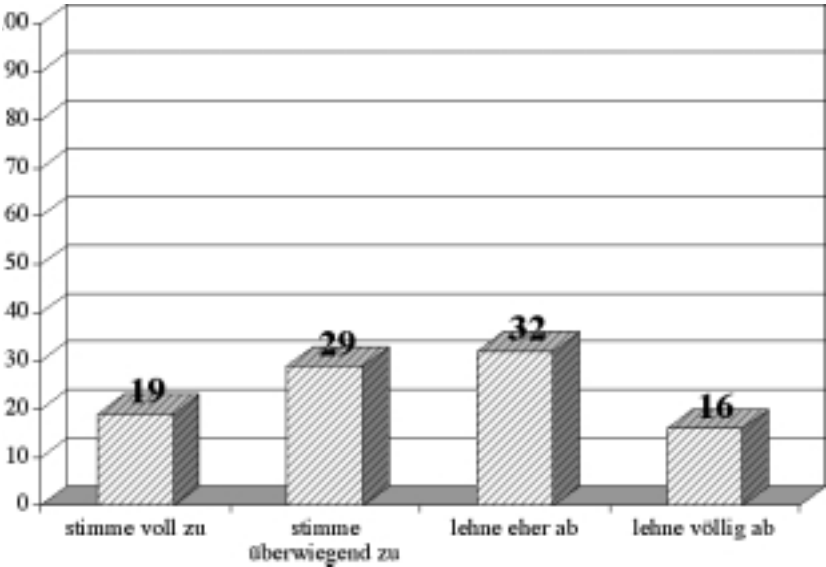
Wenn sie einer legalen, versicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, tragen sie selbst zum deutschen Sozialstaat bei. Sie zahlen Beiträge zur Krankenversicherung, zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung. Die Renten, die heute in Deutschland ausbezahlt werden, stammen zu einem großen Teil aus den Beiträgen, die ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen heute bezahlen. Es ist sogar so, dass Deutschland in Zukunft die gewohnten Renten nicht mehr auszahlen kann, wenn nicht immer mehr junge Ausländer hierher zum Arbeiten kommen und Beiträge in die Rentenversicherung zahlen.

Wie kann es angesichts dieser tatsächlichen Verhältnisse dazu kommen, dass in Thüringen im September 2006 19 Prozent dieser Aussage voll und 29 Prozent überwiegend zustimmen? In Thüringen fühlen sich heute sehr viele Menschen bedroht durch das, was während der Jahre seit der Vereinigung mit ihrer sozialen Sicherung geschehen ist. Zu DDR-Zeiten waren sie zwar auf niedrigem Niveau, aber zuverlässig abgesichert. Beinahe alle arbeiteten bis zur gesetzlichen Altersgrenze und erreichten so die höchstmöglichen Renten. Nach der Wende verschwand die Masse der Arbeitsplätze in der DDR-Industrie. Neue Arbeitsplätze gab es kaum. Wer in die Rente abgeschoben werden konnte, wurde zur Frühverrentung aufgefordert. Die Wenigen, die ihren Arbeitsplatz behalten hatten, mussten um diesen beständig Angst haben. Sie sahen an ihren Nachbarn, was einem passieren würde, wenn man auf den deutschen Sozialstaat angewiesen sein sollte. Seit Neuestem wird dieser Sozialstaat an allen Ecken gekürzt. Die Menschen haben Angst um ihre blanke Existenz. Sie fürchten in die Armut abzustürzen. Und dabei ist jede

nur mögliche oder denkbare Konkurrenz eine unerträgliche Bedrohung. Deshalb ist es einfacher, den Ausländern die Schuld an Arbeitslosigkeit, steigenden Mieten, Kriminalität, Wirtschaftsproblemen usw. zu geben, als über komplizierte Zusammenhänge in Wirtschaft und Politik nachzudenken.

So kommt es erneut zu einer Wahrnehmungsverschiebung wie bei Menschen mit Spinnenangst oder einer anderen neurotischen Angst. Sie sehen jedes Spinnennetz, das normale Menschen übersehen. Sie nehmen auch noch die kleinste Spinne wahr und sehen sie auch dort, wo es gar keine gibt. Man sieht überall Ausländer, die von dem wenigen Geld, das es vom Staat noch gibt, den letzten Rest angeblich wegschmarotzen.

So kommt das Ergebnis des Thüringen-Monitors 2006 zu dieser Aussage zustande:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwie- gend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 11	Insgesamt	<b>1.000</b>	19	29	32	16	3
Geschlecht	Männer	486	21	26	34	18	2
	Frauen	514	18	32	31	15	4
Alter	18–24 Jahre	111	25	16	36	22	1
	25–34 Jahre	137	17	34	37	10	2
Höchster Schulabschluss	unter 10.Klasse	215	29	30	22	14	4
	10. Klasse	442	24	31	30	12	3
	Abitur	127	5	16	52	17	1

Auch hier stimmen knapp die Hälfte (48 %) der Thüringer zu, wieder die Männer (47 %) ein wenig weniger stark als die Frauen (50%): Wieder stimmen die Befragten mit Abitur (21 %) deutlich weniger häufig zu. Auch hier zeigt sich, dass Wissen und Nachdenken die Fehlwahrnehmung häufig als solche erkennen lässt.

## **Aussage 12: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“**

Der Schriftsteller Hans-Magnus Enzensberger hat folgende Geschichte aus einem Zugabteil erzählt: Du steigst in einen Zug, einen Zug mit Abteilen. Du gehst die Reihe der Abteile ab bis du eines findest, in dem noch niemand sitzt. Du setzt dich auf den Fensterplatz mit dem Gesicht in Fahrtrichtung. Dann breitest du dich aus. Du legst deine Tasche auf den Sitz neben dir, auf den Sitz gegenüber legst du die Beine, nachdem du wohligh die Schuhe abgestreift hast. Der Zug fährt an. Du hast das ganze Abteil für dich. Toll. Da fehlt nur noch etwas zum Trinken. Dann hält der Zug an der nächsten Station. Leute steigen ein und du hörst ihre Schritte auf dein Abteil zukommen. Ein Moment lang möchtest du aufspringen und die Vorhänge zuziehen, damit niemand in dein Abteil kommt. Aber dazu ist es zu spät. Statt dessen blickst du böse und abweisend. Und tatsächlich, es wirkt. Einige Leute blicken kurz durch die Scheiben und gehen weiter.

Aber offensichtlich haben auch sie zuerst nach einem leeren Abteil gesucht. Denn nun kommen die Schritte zurück. Und wenig später: Ein junger Mann zieht die Schiebetür auf, steckt den Kopf herein und fragt: „Ist hier noch etwas frei?“ Du nickst feindselig und enttäuscht, dass deine Ruhe vorbei ist und du dein Abteil mit einem Fremden teilen musst. Der breitet sich auf seiner Seite des Abteils genauso aus wie du zuvor. Er schaut dabei nie zu dir herüber. Er setzt sich mit dem Rücken zur Fahrtrichtung auf den Sitz an der Tür und blickt hinaus auf die andere Seite des Zuges. Er stellt seine Tasche auf den Sitz neben sich, holt eine Zeitung heraus, von der er den Innenteil mit den Anzeigen herausnimmt und auf den Sitz gegenüber legt. Darauf legt er dann seine Füße mit angezogenen Schuhen. Den Rest der Zeitung faltet er auf und beginnt darin zu lesen. Erst nach einer Weile schaut er auch mal auf deiner Seite zum Fenster hinaus. Beide vermeidet ihr es, euch direkt anzublicken.

Wieder hält der Zug. Wieder steigen Leute ein und du hörst ihre Schritte auf euer Abteil zukommen. Nun blickt ihr beide böse und abweisend auf die Neuankömmlinge. Wieder gehen alle am Abteil vorbei. Fast alle. Der letzte, ein älterer Herr mit Hut, zieht gleich die Türe auf und sagt: „Aha, hier ist ja noch eine Menge frei! Wenn Sie erlauben!“ und schiebt sich schon ins Abteil. Der Mitfahrer zieht erschrocken die Füße vom Sitz. Doch der ältere Herr hat Absichten auf den noch freien Fensterplatz und sagt noch einmal sehr bestimmt „Wenn Sie erlauben!“ und deutet auf den Sitz, auf dem du deine Füße liegen hast. Grunzend und grummelnd nimmst du die Füße herunter und steckst sie wieder in deine Schuhe. Du rückst dich auf deinem Sitz zurecht während der Herr sein Gepäck, seinen Mantel und Hut auf der Gepäckablage über seinem Sitz verstaut. Dabei wendet er dir den Rücken zu und geradezu automatisch tauschst du mit deinem Abteilpartner Blicke aus. Ihr seid euch plötzlich einig. Ihr findet den Alten unmöglich. Er ist ein Eindringling in eurem Reich. Er ist ein Störenfried, der eure bisherige Idylle in gefährlicher Weise überfremdet. Der Fremde setzt sich, schafft Platz für seine Tasche auf dem Platz zwischen euch und stellt seine Aktentasche dorthin mit einem erneuten „Wenn Sie erlauben!“ Er holt ein Buch heraus und schlägt es an der durch ein Buchzeichen markierten Stelle auf. Er beugt sich über das Buch und beginnt zu lesen. Und wieder hält der Zug. Wieder nähern sich Schritte. Zu deiner Überraschung siehst du, dass nun auch der ältere Herr voller Abwehr zum Flur hin schaut. Obwohl noch Plätze frei sind in dem Abteil, habt ihr alle das Gefühl: Das Boot ist voll. Hier passt keiner mehr rein. Dann müsstet ihr räumen. Man müsste Taschen, die jetzt auf den leeren Zwischensitzen liegen in die Gepäckablage verstauen. Man müsste sich aufrechter setzen, die Ellbogen einziehen. Es würde eng. Der Junge an der Tür müsste endgültig seine Füße vom Gegensatz nehmen. Da schaut der Junge an der Tür kurz herüber zu euch. Sieht eure abweisenden zur Tür gerichteten Gesichter und zieht mit einer raschen Bewegung die Vorhänge vor die Flurfenster und die Tür. Keiner sagt ein Wort. Und tatsächlich die Schritte gehen draußen vorbei. Keiner bleibt stehen. Keiner kommt zurück. Das Boot ist voll. Sicher hast du das auch schon so erlebt.



Als ich ein Junge war und zur Schule ging, konnte ich nur schwäbisch. Alle um mich herum sprachen schwäbisch, außer einigen Leuten, die man Flüchtlinge nannte. Es klang feindlich, ablehnend, geringschätzig, wenn die schwäbischen Erwachsenen von den Flüchtlingen sprachen. Die redeten anders. Die kamen aus Thüringen, aus Schlesien, aus Sachsen oder aus dem, was einmal Sudeten-deutschland geheißen hatte. Ihr Akzent war schwer und beinahe erdig. Sie sprachen alles mit breitem Mund und das A wie ein O und das O wie ein A. Sie sprachen so langsam wie wir Schwaben. Dennoch war es schwer, sie zu verstehen.

Dann waren da die Flüchtlinge aus dem Norden: aus Brandenburg und Berlin, aus Mecklenburg-Vorpommern und Pommern. Sie sprachen in unseren Ohren eine Art Hochdeutsch: sehr schnell, sehr spitz und besserwisserisch. Wir hatten keine Chance gegen sie. Wir Schwaben mit unserer langsamen, schweren Sprache konnten ihnen nie Paroli bieten. Wir konnten sie nur mit Schweigen ausbremsen. Die Flüchtlinge waren vertrieben worden aus ihrer bisherigen Heimat oder hatten sich vor der Internierung und Gefangenschaft durch die Rote Armee in den Westen gerettet. Sie alle hatten gute, sehr gute Gründe, dass sie nicht dort geblieben waren, wo sie herkamen. Und doch machten ihnen die Erwachsenen in Schwaben hinter ihrem Rücken Vorwürfe dafür, dass sie nicht dort geblieben waren, wo sie herkamen. Sie wurden in Wohnungen bei den Schwaben einquartiert und dort gehasst und gequält, wo es ging. Sie bekamen die ersten Neubauwohnungen und wurden dafür beneidet und noch mehr gehasst. Sie wurden bevorzugt auf frei werdende Stellen vermittelt und von den Schwaben beschuldigt, ihnen alle Chancen zu nehmen. Der Witz ging um: „Warum haben Flüchtlinge keine Haare unter den Achseln?“ „Weil ihnen ständig unter die Arme gegriffen wird!“ (Unter die Arme greifen war damals ein Ausdruck für jemandem Helfen).

In der Sichtweise der Schwaben war damals das Boot voll. Man hatte den Krieg knapp überlebt. Die Hungersnot in der Nachkriegszeit war schrecklich genug. Und nun kamen diese Fremden noch

dazu. Keiner mochte sie. Man zeigte es ihnen, wo es ging. Man schloss sie aus. Man grüßte sie kaum. Man ließ sie spüren, dass sie nicht willkommen waren.

Das Beispiel des Zugabteils zeigt, dass das Boot aus der Sicht der Insassen immer voll ist. Jeder Neue ist ein feindlicher Fremder, der dazu zwingt lieb gewordene Gewohnheiten und Platz-Ansprüche aufzugeben. Diese Wahrnehmung hat überhaupt nichts mit der Person zu tun, die dazu kommt. Das zeigt das Beispiel der Flüchtlinge in Schwaben. Sie waren keine Ausländer. Sie waren außer in der Sprache nicht anders als die Schwaben, kamen großteils auch vom Land oder waren Arbeiter wie die Schwaben auch. Sie waren genauso wie diese. Und dennoch wurden sie als Feinde und Fremde wahrgenommen und behandelt. Es ist die eigene Angst vor der Umstellung, vor der Veränderung, die zur ablehnenden, feindlichen Wahrnehmung führt. Da kann der Fremde noch so nett, noch so gewinnend, noch so freundlich sein.

Dass diese Fremdenfeindlichkeit nichts mit der Wirklichkeit und viel mit der Angst vor Veränderung zu tun hat, zeigt sich daran, dass die Menschen regelmäßig die Anzahl der Fremden weit überschätzen. Schätze einfach mal, wie viele Ausländer es in Thüringen gibt. Wenn alle Einwohner Thüringens hundert Prozent sind, wie viele Prozent Ausländer gibt es dann in Thüringen? Unter 5 Prozent, 5 bis 10 Prozent, 10 bis 15 Prozent, 15 bis 20 Prozent, 20 bis 25 Prozent, 25 bis 30 Prozent, 30 bis 35 Prozent, 35 bis 40 Prozent, über 40 Prozent? Was schätzt du? Bei den letzten Umfragen schätzten die Thüringer den Ausländeranteil um das fünf- bis zehnfache höher ein als er wirklich war.

Tatsächlich lag der Ausländeranteil am 31. Dezember 2005 bei 2,0 Prozent.

Ausländer sind übrigens nicht alle, die wie Ausländer aussehen. Ich habe einen Freund mit schwarzer Hautfarbe, der in Deutschland geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist. Sein Vater ist

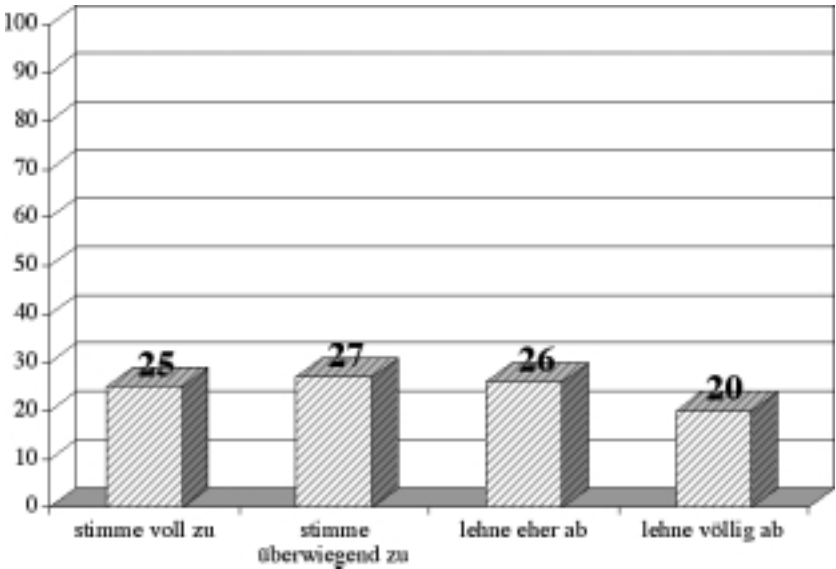
ein amerikanischer Soldat, der sich nach dem Krieg hier in Deutschland niedergelassen, hier geheiratet und die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat. Er ist schrecklich genervt von den ewigen Fragen, wo er denn herkomme und von den ewigen Komplimenten, wie gut er doch deutsch spreche. Bei seinem Anblick stellt sich bei den meisten sofort die Klischeevorstellung vom gerade aus Afrika eingeflogenen Asylbewerber ein, und oft wird er auf Englisch, dazu noch mit einem Englisch für Kinder oder Vollidioten, angesprochen.

Umgekehrt sind nicht alle, die aussehen wie Deutsche, tatsächlich Deutsche. Ausländer oder Ausländerin ist jemand allein dadurch, dass er oder sie keinen deutschen Pass hat. Meine Schwester zum Beispiel ist Engländerin. Sie hat vor über vierzig Jahren einen Engländer geheiratet und die englische Staatsbürgerschaft angenommen. Sie hat keinen deutschen Pass mehr. Sie ist in Deutschland Ausländerin samt ihrer beiden Söhne. Von vielen Menschen in England wird sie aber auch heute noch als „die Deutsche“ wahrgenommen, obwohl sie hervorragend Englisch spricht, aber mit einem leichten deutschen Akzent. Ihre Kinder, die in England aufgewachsen sind, gelten dagegen überall, in Deutschland wie in England, als Engländer, weil sie ein durch und durch britisches Englisch sprechen.

Rechtlich hat die Einordnung als Ausländer nichts mit Abstammung, Aussehen oder sonst etwas zu tun. Rechtlich ist es alleine eine Frage des Passes. In der Wahrnehmung der Menschen ist man Ausländer oder Inländer aufgrund von Zuschreibungen und Klischees. So erscheint dem Klischeedenken ein blonder, hellhäutiger Amerikaner als Inländer und wird auch so behandelt. Ein dunkelhäutiger Bayer, Sohn eines afroamerikanischen Soldaten und einer deutschen Mutter, ist viel weniger amerikanisch als der blonde Amerikaner, wird aber oft als Amerikaner oder Afrikaner wahrgenommen und behandelt. Es sind unsere inneren Vorstellungen davon, wie ein „typischer Deutscher“ aussieht, die unsere Erwartungen an das Aussehen von Inländern und Ausländern prägen. Mit rechtlichen Positionen und Argumenten kommt man diesen Vorurteilen, Urteilen vor jedem persönlichen Kontakt, nicht bei.

Das ist wie bei der Spinnenangst. Ich hatte mal eine Freundin, die hatte panische Angst vor Spinnen. Sie konnte das nicht erklären. Aber das war ihr auch egal. Sie fand Spinnen das Ekligste, was es auf der Welt gab und alles was auch nur im Entferntesten mit Spinnen zu tun hatte, führte bei ihr zu Schweißausbrüchen, Herzjagen und Atemnot. Als ich mit ihr zusammen war, lernte ich die Welt mit anderen Augen sehen. Überall, beinahe überall, gab es Spinnweben, gab es kleine und kleinste Spinnen, hangelten sich kleine und große Spinnen von irgendwelchen Gegenständen herunter. Es war unglaublich, wie sich ihre Welt mit Spinnen und Spinnennetzen anfüllte. Und so ist das auch bei denjenigen, die der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“ voll oder überwiegend zustimmen. Sie haben ein Wahrnehmungsproblem wie die Menschen mit Spinnenangst oder die Leute im Zugabteil oder die Schwaben meiner Kindheit. Sie sehen überall Ausländer, fühlen sich von ihnen bedroht und bedrängt, obwohl die Menschen aus dem Ausland in Wirklichkeit weder eine Bedrängnis noch einen Grund zur Angst darstellen.

So entstand das Ergebnis des Thüringen-Monitors 2006 bei dieser Aussage:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 12	Insgesamt	1000	25	27	26	20	3
Geschlecht	Männer	486	24	25	27	23	1
	Frauen	514	25	29	25	17	4
Alter	18 – 24 Jahre	111	22	29	31	17	1
	25 – 34 Jahre	137	19	40	21	18	1
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	38	28	18	12	5
	10. Klasse	442	30	31	23	13	3
	Abitur	127	4	26	40	30	0

Über die Hälfte (52 %) der Wahlberechtigten in Thüringen stimmen dieser Aussage zu, Frauen (54 %) etwas mehr als die Männer (49 %). Sie ist aber gerade in Thüringen völlig unsinnig, denn der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung liegt unter 2 %. Die Zustimmung nimmt mit dem Grad der Bildung radikal ab (von 66 % auf 30 %). Offensichtlich hängt die Zustimmung zu dieser Aussage nicht mit der wirklichen Anzahl der ausländischen Menschen zusammen, sondern mit dem Grad des Bedrohungsgefühls und dem Wissen um Tatsachen.

### **Aussage 13: „Was unser Land heute braucht, ist hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“**

Wer dieser Aussage zustimmt, findet sich in bester Gesellschaft. Wenn die Bild-Zeitung über Politik schreibt, geht es oft um diesen Satz. Aber auch die sonstige Presse und das Fernsehen misst die Regierung an diesem Satz. Schafft sie es, deutsche Interessen gegenüber dem Ausland durchzusetzen, bekommt sie gute Noten. Schafft sie es nicht, wird sie kritisiert. Besonders wenn es um die Wirtschaft geht, wird hemmungslos davon geredet, dass die deutsche Wirtschaft der ausländischen Wirtschaft überlegen sein muss.

Die Geschichte Europas ist geprägt von diesem Denken. Ende des 19. Jahrhunderts war es Ansporn für jedes auch noch so kleine Land, sich in der Welt Kolonien zu suchen. Man wollte seine Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen. Man wollte nicht abhängig sein von anderen Ländern. Darum versuchte man, sich Kolonien zu verschaffen, die man selbst ausbeuten konnte. Das kleine Belgien zum Beispiel holte sich in Afrika das Kongo-Becken, mehrfach so groß wie das eigene Land und schleppte dort alles heraus, was für Belgien nützlich sein könnte, ohne selbst viel hineinzustecken. Als der Kongo 1960 seine Unabhängigkeit von Belgien erkämpfte, gab es im ganzen Land kaum akademisch gebildete Einheimische. Während der ganzen Zeit der Herrschaft Belgiens über den Kongo verarmte das Land immer mehr und ist heute noch eines der ärmsten Länder der Welt. Aber auch Belgien hat dabei kaum an Wohlstand und Bedeutung gewonnen. Es blieb ein kleines Land am Rande Europas. Erst der europäische Einigungsprozess mit seiner Integration der nationalen Wirtschaften verschaffte Belgien wachsenden Wohlstand und politische Bedeutung. Also erst als Belgien aufhörte, seine Interessen hart und energisch gegenüber dem Ausland durchzusetzen und statt dessen mit dem Ausland kooperierte, geht es dem Land besser.

Dieser Wettkampf im 19. Jahrhundert zwischen den Nationen um eine möglichst harte und energische Durchsetzung der eigenen Interessen gegenüber dem Ausland führte zu einem immer schärfer werdenden Kampf um die Vorherrschaft in der Welt. Er gipfelte letztlich im Ersten Weltkrieg. In ihm lagen sich die jungen Soldaten der Welt in Schützengräben gegenüber und starben zu Tausenden für ein paar hundert Meter Bodengewinn, der am nächsten Tag wieder unter gleichen Verlusten zurückerobert wurde. Die Folge war Armut und Niedergang für alle Beteiligten. Wirtschaftlicher Aufschwung gelingt durch Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, nicht durch ausschließende und verdrängende Konkurrenz. Dennoch wird immer wieder „hartes und energisches Durchsetzen“ von Wirtschaftsinteressen gefordert.

Zu kolonialistischen Zeiten dachte man noch, man könne die deutschen Wirtschaftsinteressen mit militärischer Macht durchsetzen. Inzwischen hat man am Beispiel der Kolonialmächte Belgien und Portugal gelernt, die trotz riesiger Kolonien und militärischer Überlegenheit keine wirtschaftliche Überlegenheit in der Welt erreichen konnten. Für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes spielen heute sehr viele Faktoren eine Rolle. Nicht nur der Preis der Arbeitskraft, auch die Infrastruktur (Straßen, Flughäfen, Telefonverbindungen) sind wichtig. Aber selbst Faktoren wie politische Stabilität und die Unbestechlichkeit von Beamten, das guten Funktionieren der Gerichte und eine stabile Währung können zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen. Heute kann kaum noch ein Land allein wirtschaftlich überleben. Einzelne Staaten haben sich regelrecht auf Produkte spezialisiert, die sie in die ganze Welt exportieren. Deutschland zum Beispiel exportiert viele Autos und importiert dafür Spielzeug und Computer. Ohne diesen Austausch wären wir alle viel schlechter dran, da wir niemanden hätten, der unsere Autos kauft und wir selbst teuer Computer herstellen müssten. Der Austausch dient also allen. Deshalb ist es unsinnig, allein auf die deutschen Interessen zu schauen, ohne zu einem Ausgleich mit anderen Ländern zu finden.



Was also macht die Aussage „Was unser Land heute braucht, ist hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ zu einer, mit der die Sozialwissenschaftler die Zugehörigkeit zum Rechtsextremismus messen wollen?

Das Fachwort für die Haltung, die mit dieser Aussage gemessen wird, ist „Chauvinismus“ (sprich: Schowinismus). Es steht für übertriebenen Nationalismus und entstand so: In einem ansonsten unbedeutenden französischen Theaterstück, das 1831 uraufgeführt wurde, kam ein Rekrut vor mit dem Namen Nicolas Chauvin, der so übertrieben begeisterte Sprüche für den Ruhm der französischen Nation zu sprechen hatte, dass man sich darüber nur noch belustigen konnte. Sein Nachname wurde bald zum Inbegriff eines übertriebenen Nationalismus: „Der redet ja wie der Chauvin aus dem Stück!“ Und irgendwann wurde daraus Chauvinismus. Als Chauvinisten oder „Chauvis“ werden heute auch Männer bezeichnet, die der Anschauung anhängen oder sie praktizieren, es gebe eine natürliche Vorherrschaft der Männer über die Frauen. Chauvinismus steht heute also für alle verzerrten und übersteigerten Vormachtsansprüche einer Gruppe über andere.

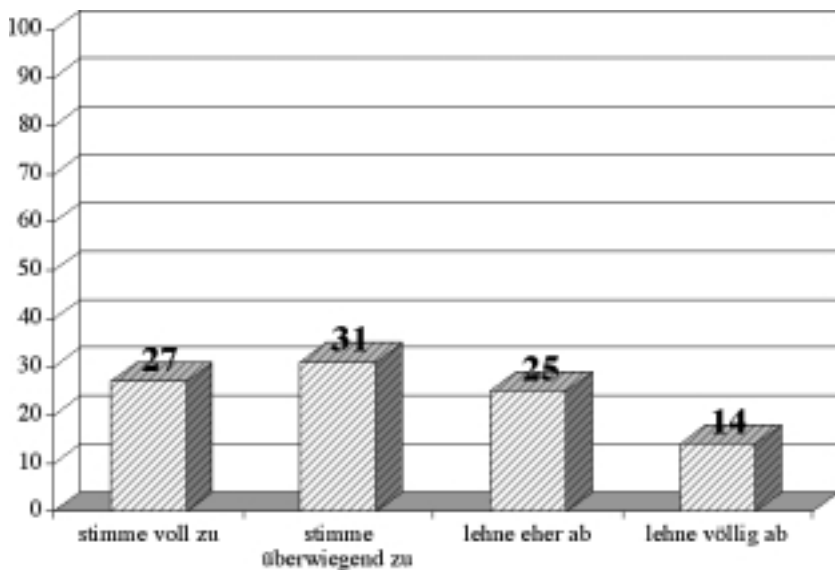
Seit dreihundert Jahren wissen wir, welche Folgen das „harte und energische Durchsetzen“ nationaler Interessen, also der übersteigerte Nationalismus hat: Ein Krieg folgte dem anderen mit immer verheerenderen Folgen, gigantischeren Kosten und immer mehr Opfern unter den Soldaten beider Seiten und in der Zivilbevölkerung. Einmal siegte die eine, dann die andere Seite. Die Zentralstaaten Deutschland und Italien entstanden durch solche Kriege. Kleinere Länder wurden zwischen den Großen zerrieben, aufgelöst und wieder neu gegründet wie Polen oder Belgien. Aber letztlich blieb alles beim Alten. Auf die Dauer hatte niemand gewonnen. Wurde eine Nation zu stark, haben die anderen sich zusammengetan und die zu groß gewordene Nation wieder auf ihr Normalmaß zurechtgestutzt. Die Kriege haben zwar die Rüstungswirtschaft und das Militär stark gemacht, aber die sonstige Wirtschaft in die tiefsten Krisen gestürzt. Denn die Wirtschaft lebt vom Handel. Und der Handel braucht den Frieden.

Das mächtigste Land der Welt, die USA, hat seine Macht seinem Reichtum zu verdanken. Reichtum entsteht durch Handel mit Ländern, die auch reich sind, und nicht durch energisches Durchsetzen nationaler Interessen gegenüber dem Ausland. Denn Handel treiben kann man nur mit Ländern, die selbst über genügend Reichtum verfügen, sodass sie einem das abkaufen können, was man ihnen verkaufen will. Man kann jemandem nur etwas verkaufen, der selbst etwas verkaufen kann.

Das scheint so einfach und selbstverständlich, und doch wird dieses Grundgesetz des Wirtschaftens immer wieder vergessen. Zum Beispiel dachte ich, als die Mauer gefallen war, jetzt werde die Wirtschaft überall aufblühen. Es öffnete sich der riesige, viele Millionen Konsumenten zählende Markt im Osten mit Russland bis hin zu China. Es stimmte zwar, dass es da über zwei Milliarden Menschen gab, die alle gerne die Waren aus dem Westen gekauft hätten. Aber sie konnten nichts kaufen, weil sie selbst nichts zu verkaufen hatten. Sie konnten nichts verkaufen, weil sie keine Waren zu vergleichbarer Qualität und vergleichbaren Kosten produzieren konnten, wie sie der Westen produzierte. Obwohl die Welt voller billiger Waren war, litten die Menschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion unter Mangel bis hin zur Unterernährung. Statt eines Wirtschaftsaufschwunges – wie ich ihn erwartet hatte – erlebten wir eine Krise. Ich hatte vergessen, dass man nur jemandem etwas verkaufen kann, der selbst etwas verkauft. Das ist das Geheimnis der Weltwirtschaft. Die reichen Länder kaufen von anderen reichen Ländern, die von dem Erlös wieder bei den Einkäufern selbst einkaufen. Darum wird der Anteil der reichen Länder am Weltmarkt immer größer. Die armen Länder, die nur Kaffee, Bananen und Bodenschätze zu verkaufen haben, haben einen immer geringeren Anteil am Welthandel, weil sich die Nachfrage nach ihren Produkten kaum steigert und durch die wachsende Konkurrenz unter den armen Staaten die Preise immer mehr verfallen. Der Preis für Kaffee ist in Deutschland trotz allgemeiner Preissteigerungen seit Jahrzehnten beinahe konstant geblieben. Das zeigt wie sehr die Kaffee produzierenden Länder vom Wachstum ausgeschlossen sind.

Chauvinismus, energisches Durchsetzen nationaler Interessen gegenüber dem Ausland, zwischen den großen Nationen würde der Wirtschaft nur schaden. Die Länder Europas, die sich jahrhundertlang in einem Krieg nach dem anderen gegenseitig abschlachteten, haben aus der Tragödie des Zweiten Weltkrieges gelernt. Seit den Fünfzigerjahren schließen sie sich immer enger zusammen. Zuerst bildeten sie die EWG, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und heute die EU, die Europäische Union. Statt sich gegenseitig umzubringen, treiben sie miteinander Handel. Statt deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchzusetzen, beschließen die Länder der EU gemeinsame Richtlinien, verfolgen ihre gemeinsamen Interessen und erreichen damit einen nie da gewesenen Wohlstand für ganz Europa und auch für Deutschland. Wenn wir zurückfallen sollten in eine Politik von „Was unser Land heute braucht, ist hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“, dann wäre es bald vorbei mit diesem Wohlstand und auf die Handelskriege würden bald richtige Kriege folgen.

Die chauvinistischen Sprüche in der Politik haben im Thüringen-Monitor folgende Verteilung der Meinungen erzeugt:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 13	Insgesamt	<b>1.000</b>	27	31	25	14	3
Geschlecht	Männer	486	24	31	28	15	1
	Frauen	514	29	31	22	13	5
Alter	18–24 Jahre	111	19	38	26	16	1
	25–34 Jahre	137	20	37	32	7	3
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	41	36	7	7	9
	10. Klasse	442	33	33	23	10	1
	Abitur	127	11	26	43	18	2

Über die Hälfte (58 %) der Thüringer halten den Chauvinismus für richtig, Frauen (60 %) ein wenig mehr als Männer (55 %). Beim Bildungsgrad zeigt sich wieder: Je niedriger der Schulabschluss, desto höher die Zustimmung. Mit über drei Viertel Zustimmung (77 %) zeigen die Befragten mit dem geringsten Bildungsabschluss beinahe doppelt so viel Zustimmung wie die Befragten mit Abitur (37 %) als Abschluss.

## **Aussage 14: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“**

Ich gehe gerne ins Gebirge zum Bergwandern. In Europa ist es die einzige Möglichkeit, nahezu unberührte Landschaften zu erleben. Die Stille da oben und die weiten Blicke reizen mich. Und die Angst. Wenn ich über einen schmalen Grat soll, wo es links und rechts hundert und mehr Meter steil nach unten geht, oder wenn ich über die Bergkante komme und sehe, dass ich auf dem Weg in die Steilwand geführt werde auf schwindelerregend schmale Steige an tiefen Abgründen, dann spüre ich die Angst und mit ihr das Adrenalin, die Aufregung und eine Lebendigkeit wie sonst selten.

Einmal ging ich mit einer Gruppe Freunde ins Gebirge zum Bergwandern über hohe und schwierige Steige. Wir waren alle etwa gleich erfahren und hatten vorher das Programm gemeinsam ausgearbeitet. Beim Führen wechselten wir uns ab. Und wenn es darum ging, herauszufinden, wo es lang ging, hielten wir auch unter schwierigen Bedingungen kleine Konferenzen ab. Es ging sehr demokratisch zu. So bewältigten wir den Aufstieg ins Hochgebirge. Manchmal mussten wir uns anseilen und uns gegenseitig sichern. Wir waren gerade auf einem langgezogenen, schmalen Grat zwischen zwei Gipfeln, als sich der Himmel sehr schnell zuzog und sich eine gewaltige Gewitterwolke aufbaute. Gewitter im Gebirge sind außerordentlich gefährlich, denn man wirkt wie ein lebendiger Blitzableiter. Wir mussten also möglichst schnell herunter von dem Grat. Aber auf unserem Grat gab es keine Abstiegsmöglichkeiten. Einige wollten zurück zur Hütte über den Weg, den wir gekommen waren. Den kannten wir, meinten sie, der wird schneller gehen. Andere wollten weiter, weil es bis zum nächsten Gipfel näher war als zurück. Wir würden es schon schaffen. Da fing es schon an zu regnen, und die ersten Donnerschläge rollten laut und nah. Der Abstand zwischen den Blitzen und dem Donner wurde schnell kürzer. Das Gewitter war über uns. Es würde weder zurück noch nach

vorne reichen. Der Angstkitzel, den ich sonst so genossen hatte, steigerte sich zur Panik.

Da rief eine junge Frau aus der Gruppe, die wir zuvor kaum beachtet hatten: „Hört mal her! Ich habe beim Alpenverein einen Kurs über richtiges Verhalten im Gebirge mitgemacht. Da ist uns auch gesagt worden, wie man sich bei Gewitter verhält. Am gefährlichsten ist der Grat. Wir müssen vom Grat runter. Sofort alle anseilen. Schnell, schnell. Bildet eine Kette. Bringt das Seil unterhalb des Herzens an. Das nasse Seil kann zum Blitzleiter werden. Aber ohne Seil geht es nicht. Seilt euch nach beiden Seiten gleichzeitig ab, so dass ihr euch gegenseitig haltet und sichert. Das Seil muss über den Grat gehen. Das hält. Los, schnell! Runter mit euch vom Grat! Ihr müsst so weit wie möglich runter. Mindestens sieben, acht Meter bis ihr ein Felsenband oder einen Absatz findet, wo ihr von der Wand wegkönnt. Sucht euch eine möglichst breite Stelle. Haltet die Füße zusammen und bleibt von der Wand weg. Der Abstand zwischen den Füßen, oder das Klammern an der Wand kann zu einer gefährlichen elektrischen Entladung führen, die wie ein Blitz wirkt. Also weg von der Wand und den Rucksack zwischen euch und die Wand bringen.“ Sie wartete gar nicht lange auf unsere Antworten oder Kommentare, sondern schlang das Seil, das zwischen ihr und dem Nächsten hing, in der Mitte um ein Stück Fels und begann, sich vom Grat abzuseilen. Sofort machten wir alle es ihr nach. Wir hingen oder standen auf unterschiedlicher Höhe unterhalb des Grates, als oben endgültig die Hölle losbrach. Immer wieder schlug der Blitz ganz nahe ein. Gleichzeitig brach ein kalter Sturm los, der immer kälteren und schwereren Regen gegen den Grat peitschte. Ich war schnell völlig durchnässt. Denn in der Eile auf dem Grat waren weder Raum noch Zeit gewesen, die schweren Rucksäcke abzunehmen und die Regensachen herauszuholen und anzuziehen. So hingen wir links und rechts des Grates, wurden durch und durch nass und fingen an zu frieren. Nach kurzer Zeit war das Gewitter so schnell weitergezogen wie es gekommen war. Aber die Welt hinter dem Gewitter war eine völlig andere als die vor dem Gewitter. Es war kalt und wurde schnell kälter. Zuerst jagten Wolkenfetzen über

den Grat. Als wir uns mühsam und zitternd vor Kälte wieder hochgezogen hatten auf den Grat, fegte der kalte Wind eine Nebelwand aus dem Tal herauf. Ich wusste: Das Gewitter hatten wir überstanden. Jetzt aber kam die eigentliche Gefahr. Jetzt konnte es sehr schnell sehr kalt werden mit Schnee und dichtem Nebel. Wir waren bereits unterkühlt vom Hängen und Stehen in Wind und Wetter. Wir würden schnell an Kraft verlieren und würden Schwierigkeiten haben, unseren Weg zu finden in Nebel und Schneegestöber.

Die junge Frau ließ uns keine Zeit zum Nachdenken. Sie übernahm, ohne zu fragen, die Führung. Sie befahl uns, Paare zu bilden. Einer sollte den anderen sichern beim Umziehen in trockene Kleidung auf dem Grat. Sie sagte: „Wärme ist das Wichtigste. Wenn ihr auskühlt, seid ihr verloren!“ Dann führte sie uns über den Grat zurück zur Hütte: Wir bildeten angeseilt eine Kette als wir den Grat verlassen hatten. Einer musste an der letzten Markierung bleiben bis die Spitze der Kette die nächste Markierung gefunden hatte. Manchmal ging das sehr schnell und beinahe routinemäßig, weil die Markierungen eng beieinander waren. Dann wieder war es beinahe aussichtslos und schwierig und dauerte ewig, weil der Weg undeutlich und die Markierung verblasst war. Selbst als es weit vor der Zeit dunkel wurde und der Schnee dichter fiel, funktionierte die Methode, weil die meisten Taschenlampen hatten. Weiter unten wurde der Schnee wieder zu Regen und die Markierungen waren besser zu erkennen. Dann kam Gras und man erkannte den Weg auch nachts ohne Markierung. Wir waren gerettet. Wenig später erreichten wir die Hütte.

Der Hüttenwirt meinte, es sei ein Wunder, dass wir überlebt hätten. Es war aber kein Wunder. Unsere Rettung war ein Ergebnis der Tatsache, dass die junge Frau einen Sicherheitskurs der Bergwacht besucht hatte und dass sie das Gelernte umsetzen konnte.

Ihr Wissen hatte sie offensichtlich so sicher gemacht, dass sie sich auch gegen die sonstigen Platzhirsche hatte durchsetzen können.

Auf eine Art hatte sie in dieser einfachen und eindeutigen Situation das gemacht, was in dem Satz gefordert wird: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ Zuvor hatten wir alles ausgehandelt, aber unter den besonderen Umständen des Gewitters und des Temperatursturzes hatte sie im Interesse der ganzen Gruppe eine Diktatur ausgeübt, die auf ihrem überlegenen Wissen beruhte.

Überhaupt ist Demokratie nicht immer und überall das geeignete oder gar beste Verfahren, um Entscheidungen zu treffen. In allen Situationen, in denen eindeutig und unbestritten klar ist, dass man für eine Entscheidung das richtige Wissen und die richtige Methode braucht und dass es nur ein richtiges Ergebnis gibt, dann ist Demokratie fehl am Platz. Mathematik wird nicht durch Abstimmung entschieden. Eine durchgebrannte Motorkopfdichtung wird nicht nach einem demokratisch ermittelten Verfahren repariert. Da gibt es einen festgelegten Ablaufplan, der durch seine Logik überzeugt.

Die Beispiele vom Gewitter im Gebirge oder aus der Mathematik oder bei der Autoreparatur sind jedoch nicht auf die Probleme übertragbar, die in einer Gesellschaft gelöst werden müssen. Da sind die Probleme so vielfältig und verstrickt, dass es niemanden gibt, der einfach die Wahrheit hat und sie deswegen gegen alle anderen durchsetzen dürfte. Bei einer Gesellschaft gibt es das nicht. Bei einer Gesellschaft geht es nicht einfach darum, das richtige Wissen anzuwenden, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Meist sind sich die Menschen nicht einmal über das Ziel einig, geschweige denn über den richtigen Weg dorthin.

Das ist das erste Problem an dem Satz „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“. Es ist meist sehr umstritten, was „im nationalen Interesse“ ist. Wäre das so klar wie das Vorgehen bei einer Autoreparatur oder bei einem Gewitter im Gebirge, dann brauchte man keine Politik und keine Parlamente. Derjenige, der den Satz spricht, hat möglicherweise



klare Vorstellungen davon, was „im nationalen Interesse“ notwendig sei. Aber schon der nächste, genauso „national“ Denkende hat ganz andere Vorstellungen. Auf den ersten Blick mögen sie sich einig sein. Sie sagen zum Beispiel beide, dass sie eine gerechte Gesellschaft haben wollen und weil sie „national“ sind, sollen nur die Deutschen dabei bedacht werden – und denen soll es möglichst gut gehen.

Schaut man genauer hin, stellt sich heraus: beide verstehen sehr Unterschiedliches unter Gerechtigkeit. Einer meint, gerecht gehe es dann zu, wenn alle etwa gleich viel haben. Man müsse dafür sorgen, dass diejenigen, die sehr viel haben, über höhere Steuern und Abgaben an diejenigen abtreten, die sehr wenig haben. Erst dann sei eine Gesellschaft gerecht. Der andere „national“ Denkende meint, gerecht gehe es in einer Gesellschaft nur dann zu, wenn man entsprechend seiner Leistung am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt wird. Wer viel leistet, der soll auch viel bekommen. Eine Dritte weist darauf hin, dass ihr Ziel, den Deutschen soll es möglichst gut gehen, nicht zu erreichen sei, wenn sie das Ausland und alle Ausländer von der Teilhabe an deutschem Vermögen ausschließt. Denn die alte Regel, wer nichts verkaufen kann, der kann auch nicht kaufen, gilt auch hier. Wollte man an deutschem Vermögen nur Deutsche teilhaben lassen, kämen keine Investitionen nach Deutschland und Deutschland würde zu einer drittrangigen Wirtschaftsmacht. Wollte man nur Deutsche am Einkommen beteiligen, dann dürfte man nichts im Ausland einkaufen, denn dafür müsste ja deutsches Einkommen ausgegeben werden. Wenn man aber nichts im Ausland einkaufen darf, kann man auch nichts ans Ausland verkaufen. Deutschland müsste aus sich selbst heraus wirtschaften. Das geht schon allein deswegen nicht, weil es in Deutschland nicht alle Rohstoffe gibt, die man zum Wirtschaften braucht.

Das „nationale Interesse“ ist keineswegs klar und eindeutig. Auch die „national“ Denkenden brauchen Politik, um zu entscheiden, was denn nun „im nationalen Interesse“ ist. Eine Diktatur würde nur bedeuten, dass sich eine Richtung innerhalb der „national“ Den-

kenden über die anderen hinwegsetzt. Die würden sich wehren. Und schon wäre es aus mit der schönen „nationalen“ Einigkeit, die in dem Satz vorausgesetzt wird.

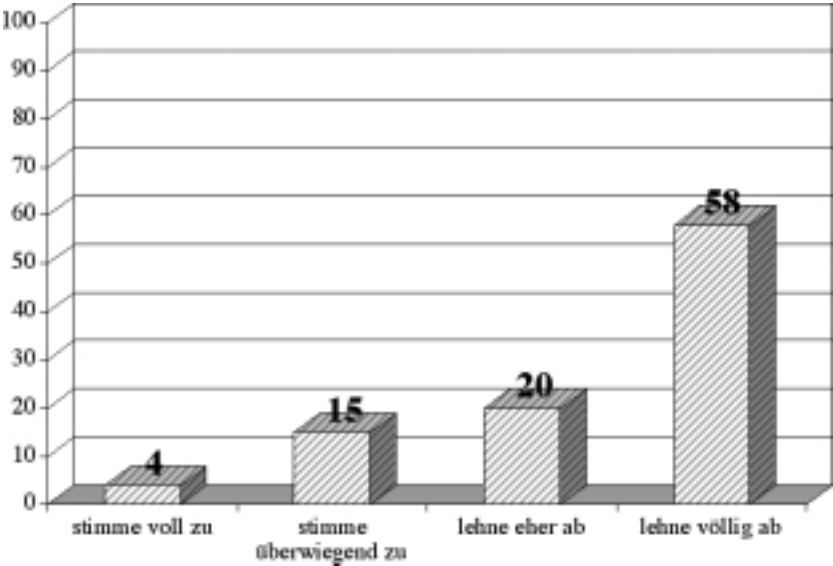
Das zweite Problem in dem Satz „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ sind die „bestimmten Umstände“. Wann sind die „bestimmten Umstände“ gegeben, und wer entscheidet das? Klar, wenn – wie bei unserem missglückten Ausflug ins Gebirge – Gefahr für Leib und Leben droht, dann müssen alle notwendigen Maßnahmen zur Rettung unternommen werden und zwar von denjenigen, die das Ausmaß der Gefahr erkennen und die rettenden Maßnahmen einleiten können. In einer Gesellschaft ist das komplizierter. Es besteht immer die Gefahr, dass diejenigen, die dann die angeblich rettende Diktatur ausüben, die Gefahr übertreiben, um die Diktatur im eigenen und nicht im „nationalen“ Interesse auszuüben. Die Nationalsozialisten haben zum Beispiel 1933 den Reichstagsbrand benutzt, um so zu tun, als ob eine kommunistische Revolution im ganzen Lande unmittelbar bevorstünde. Deshalb sei es zur Rettung der Nation unverzichtbar, die Verfassung mit allen Grundrechten und gesetzlichen Garantien außer Kraft zu setzen. Die Diktatur war errichtet mit all den schlimmen Folgen, die im Kapitel über die angeblich guten Seiten des Nationalsozialismus dargestellt werden.

Schon oft in der Geschichte haben die späteren Diktatoren das Problem, vor dem sie die Gesellschaft retten wollten, selbst erzeugt. Man sendet die eigenen Anhänger aus und lässt sie Bomben legen, Gegner entführen, Demonstrationen mit Massenprügeleien organisieren, Attentate und allgemeine Unruhe stiften. So haben es die Faschisten um Mussolini im Italien der Zwanzigerjahre getan. Und dann haben sie „zur Rettung der Nation“ ihren Marsch auf Rom organisiert, wo sie dann eine Diktatur errichtet haben. Die konnte dann sehr leicht Ruhe und Ordnung herstellen. Die Opfer ihrer Überfälle wurden verhaftet. Wer sich gewehrt hatte, wurde umgebracht oder in Verbannung geschickt. Die Unruhestifter saßen an den Hebeln der Macht und hörten auf, Unruhe zu stiften. Sie hatten

erreicht, was sie wollten. Damit kehrte Ruhe ein. Die Faschisten hatten Italien vor sich selbst gerettet.

Die Gefahr bei dem Satz „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ ist, dass eine solche Diktatur gar nicht im „nationalen Interesse“, also im Interesse der ganzen Gesellschaft, eingerichtet wird, sondern um die Interessen einer Minderheit gegen die Interessen der Mehrheit durchzusetzen. Die Gefahr ist, dass eine Gruppe, der es mit demokratischen Mitteln nicht gelingen kann, die Macht im Staat zu erlangen, ihre besonderen Interessen mit Hilfe einer Notstands-diktatur zur angeblichen Rettung der Nation gegen den Mehrheitswillen durchsetzt. So eine Diktatur ist selbstverständlich keineswegs die „bessere Staatsform“. Denn sie muss zur Aufrechterhaltung ihrer Macht, die Mehrheit der Bevölkerung unterdrücken und jeden Widerstand mit brutalen Mitteln im Keim ersticken. Sie muss einen Unterdrückungsapparat nach innen aufbauen. Und anstatt die Menschen für gemeinsame Ziele zu gewinnen, muss sie diese unter den eigenen Minderheitenwillen zwingen. Dazu kommt, dass sie jeden Widerspruch in den eigenen Reihen sofort brechen muss, weil er die Diktatur schwächen würde. Die Gruppe derjenigen, in deren Interesse die Diktatur tatsächlich ausgeübt wird, wird also immer kleiner, die Diktatur immer extremer.

Der Thüringen-Monitor zeigt die folgende Verteilung von Zustimmung und Ablehnung zu dieser Aussage:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 14	Insgesamt	1.000	4	15	20	58	3
Geschlecht	Männer	486	4	13	20	62	1
	Frauen	514	5	16	20	54	5
Alter	18–24 Jahre	111	0	22	19	58	1
	25–34 Jahre	137	3	11	28	56	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	4	22	21	46	7
	10. Klasse	442	6	15	21	55	3
	Abitur	127	0	13	18	67	2

Beinahe jeder Fünfte (19 %) stimmt dieser höchst problematischen Aussage zu, Männer mit 17 % etwas geringer als Frauen (21 %). Außer bei den Befragten mit dem niedrigsten Schulabschluss, bei denen nur 46 % die Aussage völlig ablehnen und über ein Viertel (26 %) zustimmen, lehnen mehr als die Hälfte der Befragten die Aussage jedoch völlig ab. Das ist ein sehr gutes Zeichen für die Stärke der Demokratie in Thüringen.

**Aussage 15: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“**

Jedes Mal bei der Fußballweltmeisterschaft oder den Olympischen Spielen wünsche ich mir, dieser Satz wäre wahr. Dann würden die deutschen Fußballer die Weltmeisterschaft souverän gewinnen und nicht gegen Bulgarien oder Brasilien verlieren. Dann würde Deutschland vor den USA und Russland im Medaillenspiegel stehen. Es stellt sich jedoch heraus, dass der Satz nicht stimmt. Und dennoch zittere und schwitze und juble ich für die deutschen Fußballer und für die deutschen Athletinnen und Athleten bei Olympia. Ich finde es toll, wenn sie gewinnen und traure mit ihnen, wenn sie verlieren.

Es gibt Fans, für die ist nie die eigene Mannschaft schuld, wenn sie verlieren. Es lag am Schiedsrichter, am schlechten Rasen, an den heimlichen Fouls der Gegner, nie aber daran, dass die Eigenen schlechter gespielt haben als die Auswärtigen. Für solche Fans gilt der Satz von der grundsätzlichen Überlegenheit der Eigenen ohne Wenn und Aber. Sie sind echte Chauvis nicht nur im Fußball. Sie müssen ihren Chauvinismus auch auf die Politik übertragen.

Natürlich ist der Satz „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran“ bei einzelnen Leistungen, vielleicht sogar bei sehr vielen Leistungen, wahr. Wenn sich deutsche Autos weltweit bei allen Herrscherhäusern und Superreichen seit vielen Jahren gut verkaufen, dann mag es daran liegen, dass sie unter den Personenautos der Luxusklasse die besten Autos sind. Die Weltwirtschaft funktioniert aber nur – das haben wir im vorangegangenen Abschnitt gesehen –, wenn wir mit anderen Ländern Handel treiben. Das geht aber nur, wenn diese anderen Länder bei anderen Waren besser sind als wir. Denn wenn sie nicht besser wären, hätten wir keinen Grund, sie bei Fremden zu kaufen. Wir würden statt dessen unsere eigenen Waren konsumie-

ren. Exportieren können wir also nur in Länder, die auch auf irgendeinem Gebiet die Besten sind. Wenn wir überall die Besten wären, dann wären wir zwar toll, aber einsam und arm. Wie kommt es also, dass Leute dem Satz von der allseitigen deutschen Überlegenheit zustimmen, obwohl er so offensichtlicher Unsinn ist? Ist es wie bei den Fans in der Fankurve? Die fühlen sich nur richtig wohl, wenn ihre Mannschaft siegt und sie zusammen mit ihr das Gefühl von Unangreifbarkeit und Überlegenheit haben. Natürlich ist es toll, toll zu sein.

Wenn ich einschlafen will, stelle ich mir vor, dass ich fliegen kann. Es ist kein so richtiges Fliegen, sondern ein Schweben wie auf dem Mond mit verminderter Schwerkraft. Ich muss mich nur abstoßen und hoch springen an eine Hauswand, kann mich von ihr abstoßen und schwebe dann langsam an die nächste Hauswand, wo ich mich wieder abstoßen und noch höher aufsteigen kann. Es ist ein wunderbares Gefühl. Ich bin allmächtig und beinahe schwerelos.

Als ich mit siebzehn von einem Jahr Schule in Amerika zurückgekommen war, lebte ich in einem solchen Gefühl des unverwundbaren, unfehlbaren Schwebens. Wie bereits bei der Aussage zur Erziehung berichtet, hatte ich in Amerika einen Erfolg nach dem anderen erlebt. Ich fühlte mich unverwundbar. Was ich auch anpackte, es schien zu gelingen und ich triumphierte. Andere mochten zwar auch Wichtiges leisten, aber an meine Leistungen kam nichts heran. Doch dann passierte etwas, was mein Gefühl von Unfehlbarkeit, Unverwundbarkeit und Heldentum zerstörte.

Nachdem ich den Führerschein, den ich in Amerika in der Schule gemacht hatte, in Deutschland übertragen und anerkannt bekommen hatte, wollte ich unbedingt Auto fahren. Mein Bruder hatte einen VW-Käfer. Ich bedrängte ihn, mich sein Auto fahren zu lassen.

Aber ich hatte meinen Führerschein in Amerika mit siebzehn auf einem Auto mit Automatik gemacht und noch nie ein Auto mit Kupplung und Schalthebel gefahren. Zudem floss der Verkehr in

Amerika auf den dortigen breiten Straßen viel ruhiger und in klareren Bahnen als in den engen, kurvigen und überlasteten Straßen in Deutschland. So kam es, wie es kommen musste. Auf einer engen Kopfsteinstraße musste ich mich rechts einordnen, zurückschalten und nach hinten schauen. Da stockte der Verkehr vor mir. Als ich wieder nach vorne schaute, war es zu spät. Ich krachte in das Auto vor mir. Ich war entsetzt und wollte nicht glauben, was gerade geschehen war. Der VW-Käfer meines Bruders war 20 Zentimeter kürzer. Die Stoßstange des Lieferwagens, auf den ich aufgefahren war, hatte eine Delle mehr. Wir tauschten die Adressen aus.

Ich wollte den Unfall unbedingt ungeschehen machen und – anstatt nach Hause zu fahren und mich zuerst zu beruhigen – fuhr ich zur nächsten Werkstatt. Ich wollte, dass die Automechaniker den Schaden beheben bevor mein Bruder heimkäme. Sie sagten, sie hätten zu tun und ließen sich durch nichts erweichen. Völlig verzweifelt machte ich mich auf den Weg nach Hause.

Auf der Straße, in der ich wohnte, passierte es dann. Ich musste links abbiegen und ordnete mich auf der engen Straße zu weit links ein. Dabei verschaltete ich mich und würgte den Motor ab. Ich stand so, dass ich den Verkehr in beide Richtungen blockierte und die Fahrer aus beiden Richtungen begannen zu hupen. Kalter Schweiß brach mir aus allen Poren.

Meine Panik steigerte sich. Als der Motor schließlich ansprang, vergaß ich, die Kupplung zu treten. Ich hatte auf Automatik gelernt und in der Panik war ich zu überlegtem Handeln nicht mehr fähig. Ich schaltete auf Grundprogramm, einfache, schnelle Handlungen. Kaum war das Auto angesprungen übertrug sich die ganze Kraft gleich auf die Räder. In meiner Panik hatte ich viel zu viel Gas gegeben, das Auto machte einen Riesensprung, schoss von der Kreuzung weg in die Nebenstraße und knallte auf ein dort geparktes Auto. Diesmal war der Schaden an beiden Autos groß. Bei mir war der vordere rechte Radkasten abgerissen und an dem geparkten Auto war der hintere Kotflügel eingedrückt.



Ich hatte innerhalb von zwanzig Minuten zwei Unfälle verschuldet. Ich war am Boden zerstört. Ich stürzte mit diesen eigentlich harmlosen Unfällen aus meiner Unfehlbarkeit, aus meiner Unverwundbarkeit und meiner Überlegenheit in einen Abgrund der Selbstzweifel, der Unsicherheit und der Minderwertigkeitsgefühle. Plötzlich traute ich mir nichts mehr zu. Ich fuhr noch ein paar Mal mit dem Auto eines Freundes, war aber so verunsichert und machte so viele Fehler, die auch wieder zu einem Unfall hätten führen können, dass ich das Fahren ganz aufgab. Wenn ich bei anderen im Auto saß, wallte in mir Panik auf, wenn der Fahrer eng auffuhr oder vorne jemand bremste. Ich zweifelte an allem, was ich zuvor ohne nachzudenken einfach getan hatte. Selbst das Öffnen einer Tür, die Türklinke zu finden und herunterzudrücken, schien eine hochkomplizierte Tätigkeit zu sein, durch die ich mich überfordert sah: Da musste das Auge, das Hirn und viele Muskeln und Nerven in Arm und Hand perfekt zusammenspielen, und es gab so viele Möglichkeiten für Fehler. Ich verfiel in eine tiefe Depression, ging nicht mehr aus, redete kaum noch mit jemandem, saß nur daheim und las und lernte.

Ich schätzte mich so schlecht ein, dass ich viel intensiver und härter studierte als je zuvor, in der Hoffnung dadurch wenigstens den Anschluss zu schaffen. Zu meiner eigenen Überraschung bestand ich die Zwischenprüfung als zweitbester des Jahrgangs. Erst dadurch merkte ich wieder, dass ich doch etwas konnte, wenn ich hart daran arbeitete. Ich gewann wieder an Selbstvertrauen und kam aus der Depression heraus.

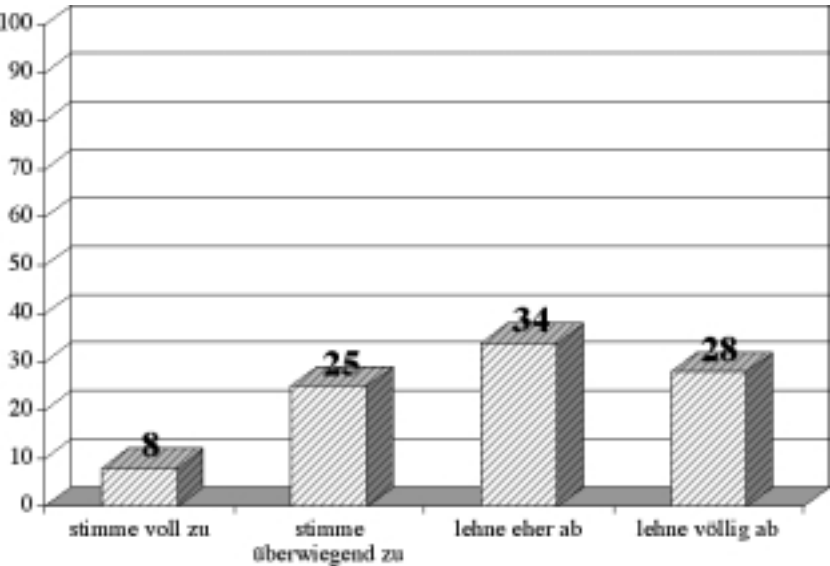
Ich denke, die Geschichte erklärt, weshalb Menschen das Bedürfnis verspüren, unverwundbar, unfehlbar und überlegen zu sein. Wenn man sich immer vor Augen führen würde, dass man sterblich und fehlbar ist, würde man Vieles gar nicht hinkriegen. Wenn man sich selbst nicht sicher ist, hilft es, wenn man sich mit einer Sache eins weiß, die überlegen, unfehlbar und einzigartig ist. Das kann ein Fußballverein sein oder das eigene Land.

Gerade wenn man sich tief im Inneren nicht ganz so sicher ist, ob man toll ist oder doch nicht so ganz, plustert man sich gerne innerlich zu einer Größe auf, die vor den Selbstzweifeln schützt. Dann phantasiert man sich gerne zum Supermann so wie ich das getan hatte vor meinen Unfällen. Man meint, das Gefühl der Unfehlbarkeit, der Unverwundbarkeit und der Überlegenheit zu brauchen.

Wirkliche Profis im Sport, in der Unterhaltungsindustrie oder in der Wirtschaft kennen ihre eigenen Schwächen und Stärken. Sie vermeiden jede Selbstüberschätzung und sehen sie als eine der größten Gefahren für einen dauerhaften Erfolg. Ein Profifußballer, der vor Tausenden fanatisierter Zuschauer, Fans und Gegenfans spielen soll, muss zwar ein sicheres Selbstbewusstsein haben, er darf sich aber auf keinen Fall überschätzen. Er muss wissen, wie der entscheidende Elfmeter anzusetzen ist und darf nicht im blinden Selbstvertrauen auf den Ball hauen. Er muss die Nerven behalten und seine Stärken und Schwächen genau kennen, sodass er weiß, wann er die Führung übernehmen und wann er sich besser zurückhalten sollte.

Der Satz „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran“ ist ein Satz, den vor allem solche Menschen nötig haben, die sich ihres Könnens nicht sicher sind, die ihre Fähigkeiten nicht aus Erfahrung einschätzen können. Sie machen sich statt dessen – wie ich vor meinem Unfall – mit Phantasievorstellungen groß und unfehlbar überlegen. In der Pubertät oder kurz danach – wie ich damals – neigt man besonders häufig zu solchen Größenphantasien. Und wie bei mir gilt dann der Spruch: Hochmut kommt vor dem Fall.

Je aufgeblasener die Blase, desto leichter und plötzlicher platzt sie.  
 Der Thüringen-Monitor ermittelte für diese Aussage folgende Prozentsätze von Zustimmung und Ablehnung:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht/ keine Angaben %
Aussage 15	Insgesamt	1.000	8	25	34	28	5
Geschlecht	Männer	486	7	21	39	30	3
	Frauen	514	8	28	30	27	8
Alter	18–24 Jahre	111	4	19	47	27	3
	25–34 Jahre	137	5	23	37	33	3
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	15	34	26	16	9
	10. Klasse	442	9	28	34	22	6
	Abitur	127	0	11	43	44	2

Ein Drittel (33 %) der wahlberechtigten Thüringer stimmen der chauvinistischen Aussage zu. Aber die Skepsis und Ablehnung ist mit zwei Dritteln (62 %) sehr viel stärker. Bei den Männern (69 %), den jungen Menschen (74 %) und ganz besonders bei Befragten mit Gymnasialabschluss (87 %) ist dies ausgeprägter als bei den Frauen (57 %). Am stolzesten und chauvinistischsten sind diejenigen, die einen niedrigen Schulabschluss haben. Bei ihnen stimmen beinahe die Hälfte (49 %) der Aussage zu. Sie haben – so scheint es – das ausgeprägteste Bedürfnis, eigene vermutete oder wirkliche Mängel durch besonders starkes Auftreten und ein herbeigeredetes Überlegenheitsgefühl der Nation auszugleichen.

**Aussage 16: „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“**

Wenn ich im Urlaub auf dem Dorf zur Kirmes ging, erlebte ich immer wieder ein typisches Drama wie in einem Theaterstück. Die jungen Männer aus den Nachbarorten kamen in kleinen Gruppen in den Ort und standen am Rande des Festes, rauchten, trugen kleine Kabbeleien untereinander aus und schauten. Die jungen Mädchen und Männer des Ortes saßen in Gruppen zwischen den Erwachsenen und taten so, als ob sie die am Rand gar nicht wahrnehmen würden. Aber immer wieder blickten sie aus den Augenwinkeln doch hinüber, besonders die Mädchen. Nach und nach trauten sich die von außen auch an die Tische, bestellten ein, zwei Bier und wurden waghalsiger. Die Jungs des Ortes rückten zusammen, diskutierten aufgeregt untereinander und schirmten die Mädchen des Ortes gegen Fremde ab. Zugleich trauten sie sich aber selbst nicht so recht, mit den Mädchen zu tanzen und knufften lieber untereinander herum, sodass die Mädchen meist miteinander tanzten. Doch wenn die Mädchen miteinander tanzten, dann flirteten die mutigeren unter ihnen ganz offen mit den tollsten und waghalsigsten Jungs von draußen. Denn die waren viel interessanter als die eigenen, die man schon seit Ewigkeiten kannte. Ermutigt forderten die Jungs von draußen die Mädchen zum Tanzen auf. Sie wurden sofort von einheimischen Jungs abgeklatscht, denn man durfte durch ein Händeklatschen jeden Tanz unterbrechen und an die Stelle des „abgeklatschten“ Tänzers treten. Bald kam es zwischen den fremden und den einheimischen Jungs zu kleinen Rempelen, dann zu bösen Blicken und Geschubse. Eine allgemeine Schlägerei hing in der Luft. Da brach der erfahrene Bürgermeister die Musik ab und hielt seine jährliche Ehrenrede, vergab die Preise an verdiente Feuerwehrleute und Vorgartengestalter. Es wurde so langweilig, dass sich alles beruhigte. Und als die Musik wieder einsetzte waren die Jungs von draußen wie die vom Dorf schon so betrunken, dass sich die Mädchen nicht weiter für sie interessierten. Die Kirmes war gelaun-

fen und gerettet. Ähnliche Geschichten geschehen täglich auf der ganzen Welt in Gemeinschaften, in denen noch die Regeln aus einer Zeit gelten als sich Frauen und Männer noch nicht ihre Heirats- und Geschlechtspartner frei wählen konnten. In solchen vormodernen Gesellschaften sind die Möglichkeiten, seinen Partner oder seine Partnerin frei wählen zu können, durch die Familie, insbesondere das Familienoberhaupt, aber auch durch die ständige Bewachung durch Gleichaltrige, durch die Gruppe, das Dorf, die Nachbarn oder einfach durch die Jungs des Dorfes eingeschränkt. Es ist genau festgelegt, wer wen heiraten darf und wer nicht. Es sind Regeln der Ehre, des Besitzes und der Macht und nicht Regeln der Zuneigung oder gar der Liebe. Wir haben solche Regeln in Deutschland schon vor über hundert Jahren abgelegt. Zuerst geschah es bei den Arbeiterfamilien in den großen Städten. Die jungen Frauen wollten nicht mehr auf Befehl ihres Vaters mit Männern verheiratet werden, die sie kaum vorher gesehen hatten. Die jungen Frauen wollten nicht mehr das Handelsgut der Männer sein. Sie wollten selbst bestimmen, wen sie küssen und von wem sie sich küssen lassen.

Auch die jungen Männer erlebten es als eine Befreiung, dass sie bei der Suche nach einer Partnerin von der Bevormundung durch die Eltern und älteren Geschwister befreit waren. Sie hatten vor allem auf den Vorteil der Familie und auf das Ansehen bei den Nachbarn geschaut. Ob die ausgewählte Frau eine war, bei der man sich vorstellen konnte, sie zu küssen oder von ihr geküsst zu werden und ob man sich sogar danach sehnte, interessierte die Eltern und die älteren Geschwister nicht. Endlich konnten die jungen Männer selbst entscheiden, wen sie nett und attraktiv fanden.

Nach und nach breitete sich die neue Freiheit aus; zuerst in der Stadt von den Arbeiterschichten in die kleinstädtischen und bürgerlichen Schichten. Sie breitete sich in den Fünfzigerjahren des 20. Jahrhunderts auf die mittleren und kleineren Städte in Westdeutschland aus. Zuletzt erreichte sie das Land, die Dörfer, in denen noch heute manchmal Szenen zu erleben sind, wie ich sie geschildert habe.

In der DDR verkündete der Staat die neue Freiheit. Inzwischen ist sie in Ost wie West eine Selbstverständlichkeit. Beinahe alle jungen Männer und Frauen probieren sich heute aus und treffen viele verschiedene Gleichaltrige, merken bei wem es funkt und bei wem nicht. Daraus entstehen dann die Partnerschaften, wie wir sie heute kennen.

Mit dem Satz „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ wird versucht, die Zeit zurückzudrehen – aber nur für die ausländischen jungen Frauen und Männer. Sie sollen wie vor über hundert Jahren nur unter ihresgleichen wählen dürfen. Niemand, der diese Forderung für Ausländerinnen und Ausländer aufstellt, würde eine solche Einschränkung für sich selbst gelten lassen. Sie würden möglicherweise eine Beziehung zu einer ausländischen Person weit von sich weisen, wenn sie sich aber verlieben, gilt nur noch die Liebe. Auf einmal ist egal, was sie selbst einmal gesagt haben oder was die Freunde und Freundinnen sagen. Wie kommt es, dass eine solch altmodische Forderung heute zum Beginn des 21. Jahrhunderts wieder aufkommt und im Jahr 2003 immerhin von einem Viertel der Thüringer gutgeheißen wird?

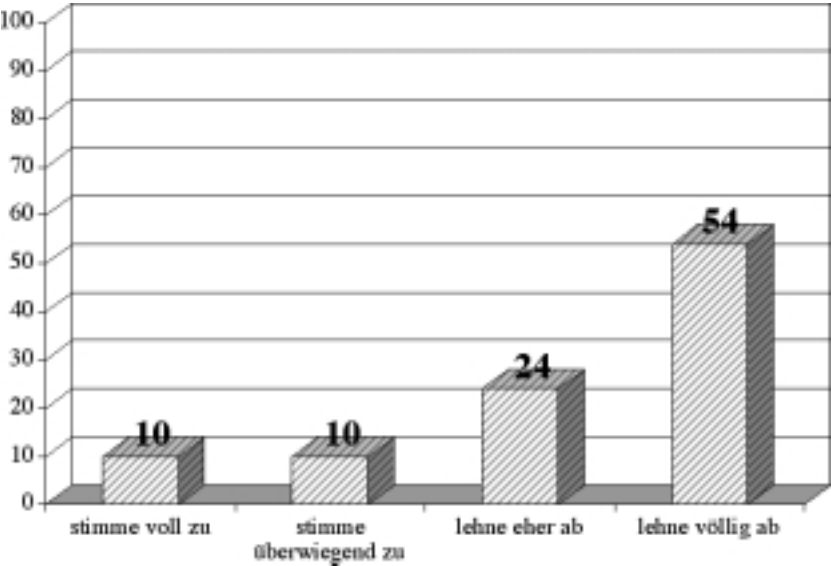
Auch die Forderung „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ ist vermutlich ein Versuch, eine Bedrohung abzuwehren. Dafür spricht, dass in Thüringen Frauen dieser Aussage deutlich häufiger zustimmen und sie seltener völlig ablehnen als Männer. Das Fremde wird als bedrohlich empfunden. Ein Annäherungsversuch, der sonst als harmlos gewertet und mit einem Lachen abgewehrt würde, erscheint plötzlich unerhört, wenn er von einem Ausländer kommt. Dabei spielt häufig auch die Angst vor den missbilligenden Blicken der Anderen eine Rolle, die Frauen erleben, wenn sie mit erkennbar ausländischen Männern zusammenleben. Es ist nicht einfach, sich zu so einer Liebe zu bekennen. Deshalb wird häufig schon jede Möglichkeit dazu heftig abgewehrt.

Bei Männern spielt die Konkurrenz eine wichtige Rolle. Es ist ein wenig wie bei den Hirschen. So wie die Dorfburschen versuchen, die Konkurrenz aus dem Nachbardorf von den Mädchen des Dorfes fernzuhalten, so halten Hirsche die anderen Hirsche von ihrem Rudel fern, um als Platzhirsch der einzige Partner zu sein. Das Gleiche versuchen die Befürworter dieses Satzes. Ausländische Männer sollen schon gar nicht als Mitbewerber auftauchen können. Denn Fremde erscheinen nur zu leicht als größere Konkurrenz und Bedrohung als Einheimische, weil man sie nicht kennt. Man kann auf sie alle möglichen Vorzüge und Eigenschaften projizieren und glauben, dass sie für das andere Geschlecht viel attraktiver sein könnten als man selbst. Bei solchen Vorstellungen ist es nur zu verständlich, dass diese Konkurrenz gefährlich erscheint und man sie sich vom Leibe halten will.

Solche irrationalen Ängste erzeugen ein Abwehrverhalten, das sich in seiner Wirkung gegen Freiheit überhaupt wendet. Denn die Forderung, Ausländer sollen nur unter sich heiraten, bedeutet einen Rückfall in vormoderne, feudale Zeiten, denn in einer Demokratie und einem Rechtsstaat gelten für alle die gleichen Regeln. Darum ist die Forderung ein Eigentor. Wer ihre Umsetzung erlauben würde, würde damit zur alten Unfreiheit zurückkehren, als der Fürst oder der Patriarch bestimmt haben, mit wem man zusammen sein durfte und wem nicht. Dahin will niemand ernsthaft zurück.



Diese Ängste erzeugten im Thüringen-Monitor von 2006 folgendes Meinungsbild:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht/ keine Angaben %
Aussage 16	Insgesamt	1.000	10	10	24	54	2
Geschlecht	Männer	486	6	10	24	59	1
	Frauen	514	15	11	23	49	2
Alter	18–24 Jahre	111	9	9	14	67	1
	25–34 Jahre	137	4	8	21	67	0
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	26	17	25	29	4
	10. Klasse	442	9	12	22	55	1
	Abitur	127	0	3	18	79	1

Ein Fünftel (20 %) der wahlberechtigten Thüringer stimmt dieser extrem diskriminierenden Aussage zu. Auffällig ist, dass über doppelt so viele Frauen (15 %) voll und ganz zustimmen als Männer (6 %). Bei den Befragten mit dem niedrigsten Bildungsabschluss stimmen beinahe die Hälfte (43 %) dieser ausländerfeindlichen Aussage zu, über ein Viertel (26 %) sogar voll und ganz. Die Jungen (18 % bzw. 12 %) und Gebildeten (3 %) zeigen die geringste Zustimmung und mit über zwei Drittel (79 %) lehnen sie die Aussage am stärksten völlig ab.

## **Aussage 17: „Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“**

Als ich vor vielen Jahren in der Aufnahmeprüfung zum Gymnasium saß, fühlte ich mich als ob darüber entschieden würde, ob ich ein wertvolles oder unwertes Leben habe. Nach den Erwartungen meiner Mutter musste ich die Prüfung schaffen. Als ich bestanden hatte, kam ich mir als etwas Besseres vor. Ich schaute auf diejenigen, die durchgefallen waren oder sich erst gar nicht für das Gymnasium beworben hatten, wie von weit oben herunter.

Aber ich war schlecht im Gymnasium. Französisch lag mir nicht. In Mathematik mochte ich den Lehrer nicht. Für Latein war ich zu faul. Jedes Jahr drohten mir die Lehrer, mich zu Ostern nicht in die nächste Klasse zu versetzen. Meine Mutter sagte, wenn ich nicht versetzt würde, werde sie mich von der Schule nehmen und in eine Lehre stecken. Das war für mich eine schreckliche Drohung. Ich hatte schon mal auf dem Bau geholfen, um mein Taschengeld für die Ferien aufzustocken. Und da hatte ich erlebt, wie hart dort gearbeitet wurde, wie weh es tat, die scharfen Steine per Hand zu setzen und die schweren Eimer mit dem Gips über die Gerüste zu schleppen. Dort hatte ich auch erlebt, dass mich der Polier als unwert sah. Ich leistete in seinen Augen nichts. Ich war ein Schwächling, wehleidig und ohne Durchhaltevermögen. Er hatte mir seine Verachtung offen ins Gesicht geschrien. Da wollte ich auf keinen Fall wieder hin. In der Schule taugte ich nicht, auf Arbeit erst recht nicht. Ich fühlte mich scheußlich in meinem zwölf Jahre alten Leben, war nicht mehr Kind und noch nicht erwachsen und von allen abgelehnt und als unwert betrachtet. Oft habe ich damals daran gedacht, mich von einem Turm zu stürzen oder mich sonst wie umzubringen. Glücklicherweise habe ich es nicht getan. Bewertungen und damit auch Entwertungen erleben wir im Sport, in der Schule, in der Wirtschaft, in der Disco, beim Werben um eine Partnerin oder um einen Partner. Auf den ersten Blick entspricht die Aussage, es gebe wertvolles und unwertes Leben, der Alltagserfahrung. Genauer betrachtet geht es aber in dem Satz um etwas anderes als in

den genannten Beispielen. Der Satz behauptet, dass es Gruppen von Menschen gibt, die es nicht wert sind zu leben. Es sind nicht ihre Leistungen, ihr Verhalten, das sie in den Augen der Befürworter dieses Satzes „unwert“ macht, sondern das, was sie sind: Behinderte, Kriminelle, Juden oder wer auch immer unter das vernichtende Urteil gestellt wird. Denn die Folge, als des Lebens „unwert“ bezeichnet zu werden, ist die Vernichtung. Deshalb gilt der Satz „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ als sozialdarwinistisch, d. h. dass für Menschen die gleichen Regeln gelten wie für Tiere. Denn es bedeutet einen Unterschied ums Ganze, ob man die Einstufung von Menschenleben in wertlos und wertvoll bejaht oder ob man bedauernd und entsetzt feststellt, dass immer noch und immer wieder in der Wirklichkeit Menschen so behandelt werden, als ob einige wertvoll und andere unwert wären.

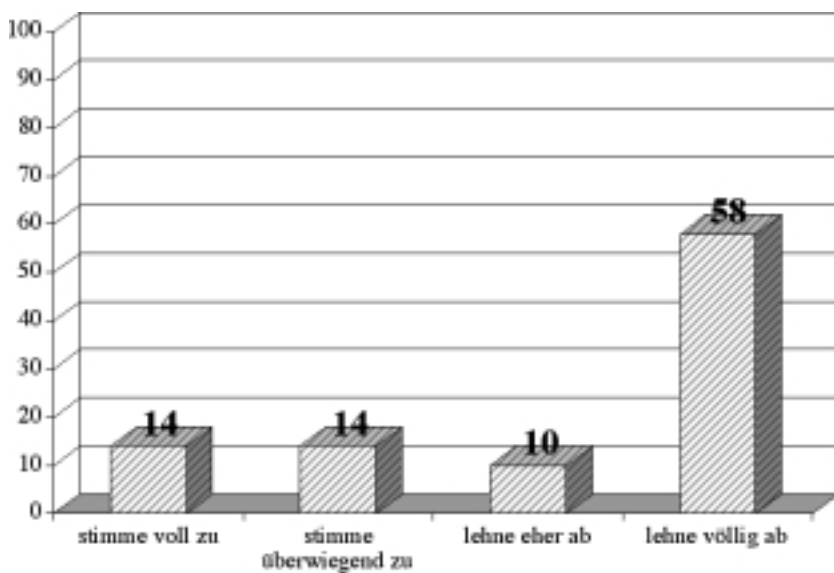
Und es ist noch einmal ein riesiger Unterschied, ob man meint, man könne den Wert eines Menschen daran ermessen, was er leistet und an Geld verdient oder ob man die Menschen nach ihrer Geburt in wertvolle und des Lebens unwerte Gruppen einteilt. Der Einteilung nach Leistung kann man durch gute Leistung entkommen. Der Einteilung nach Geburt kann man sich nie entziehen. Schon vor der Geburt ist man in den Augen der Anhänger vom wertvollen und unwerten Leben verurteilt – man kann leisten so viel überhaupt nur denkbar ist. Der Verurteilung kann man sich dennoch nie entziehen. Alle diese Überlegungen haben dazu geführt, dass in allen Verfassungen demokratischer Staaten Menschenrechte verankert wurden, in denen das Recht eines jeden Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit festgelegt und die Würde eines jeden Menschen gegen staatliche Eingriffe geschützt wurde.

Die Nationalsozialisten kannten die allgemeine Menschenwürde nicht an. Sie stuften aufgrund ihres Rassismus die Menschen nach ihrer Zugehörigkeit zu verachteten Gruppen von Geburt an in wertvolles und unwertes Leben ein. Sie schickten geistig behinderte Kinder als unwertes Leben in den Tod. Sie stuften „Zigeuner“ und Juden und viele Osteuropäer als unwert ein und taten alles um sie zu

vernichten. Sie fielen zurück in die Barbarei und unterschieden zwischen den eigenen „Volksgenossen“, denen hoher Wert zuerkannt wurde, und den Untermenschen, die man vernichten durfte und sollte.

Seither gilt jemand, der es für richtig erklärt, zwischen wertem und unwertem Leben zu unterscheiden, als Parteigänger der Nazis und als ein Feind der Menschenwürde. Denn Menschenwürde heißt, dass jede Person, gleichgültig, was sie leistet, wie sie aussieht, wo sie herkommt, in gleicher Weise in ihrem Lebensrecht Schutz genießt. Selbstverständlich bedeutet das nicht Gleichstellung oder Gleichheit. Die moderne Gesellschaft konnte nur entstehen, weil es Leistungsunterschiede gab, und weil diese Unterschiede auch zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben. Wer viel leistete bekam auch viel. Doch in all den Unterschieden blieb immer ein Kernbestand an Gemeinsamkeiten aller Menschen bestehen – einfach durch ihr Menschsein. Das ist die Menschenwürde. Die Menschenwürde schützt die seelisch, geistig und körperlich Behinderten, die Andersartigen, die Schwachen davor, als unwertes Leben eliminiert zu werden. Das ist ein Schutz, den alle Menschen notwendig haben, da sie nie sicher sein können, ob sie nicht durch irgendeinen Umstand in die Position der Andersartigkeit, der Schwäche oder der Behinderung geraten.

Im Thüringen-Monitor 2006 stellt sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung in Thüringen wie folgt dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht/ keine Angaben %
Aussage 17	Insgesamt	<b>1.000</b>	14	14	10	58	3
Geschlecht	Männer	486	12	14	10	62	3
	Frauen	514	17	14	11	54	4
Alter	18–24 Jahre	111	8	13	17	60	2
	25–34 Jahre	137	10	15	7	65	3
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	25	24	13	29	9
	10. Klasse	442	16	15	9	58	2
	Abitur	127	6	10	10	75	0

Über ein Viertel (28 %) der Thüringer stimmt dieser klar rechts-extremen Aussage zu. Wieder stimmen die Frauen mit 31 % deutlich stärker zu als die Männer mit 26 %. Bei den Jungen (21 und 25 %) gibt es weniger Zustimmung als in der Gesamtbevölkerung. Wieder ist es die Bildung, die den größten Unterschied macht: Unter der Wahlbevölkerung mit dem niedrigsten Bildungsabschluss stimmen beinahe die Hälfte (49 %) dieser rechtsextremen Aussage zu. Mit Abitur als höchstem Schulabschluss stimmen nur noch 16 % zu und drei Viertel (75 %) lehnen völlig ab. Diejenigen, die am ehesten selbst Opfer dessen werden könnten, was in der Aussage gefordert wird, stimmen ihr am meisten zu. Möglicherweise ist es gerade ihre uneingestandene Angst, selbst für unwert erklärt zu werden, die sie dazu bringt, besonders „stark“ gegen andere aufzutreten. Jedenfalls scheint Bildung gegen solche Ängste zu wappnen.

## **Aussage 18: „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“**

Schlimmes hat häufig auch gute Seiten. Als ich innerhalb von zwanzig Minuten zwei Autounfälle verursacht hatte und danach in Depressionen verfallen bin, hatte auch das eine gute Seite: Ich bin danach fünf Jahre lang nicht mehr selbst Auto gefahren und habe dadurch sehr viel Geld gespart. Wenn man nur lang genug danach sucht, kann man allem eine gute Seite abgewinnen nach dem Motto „Das Gute im Schlechten“. Entscheidend ist jedoch die Gesamtbilanz. Und die fällt für den Nationalsozialismus verheerend aus.

Wenn man anschaut, was die Nationalsozialisten leisten wollten und was sie dann tatsächlich geleistet haben, ist das Ergebnis katastrophal: Der Nationalsozialismus trat an mit dem Anspruch, ein „tausendjähriges Reich“ zu begründen und endete bekanntlich bereits nach zwölf Jahren in einer totalen, völligen, nicht zu überbietenden Niederlage. Nichts von dem, was er hatte erreichen wollen, war erreicht – im Gegenteil: Es war alles schlimmer geworden. Der Nationalsozialismus hatte im nationalen Interesse der Deutschen handeln wollen. Von Deutschland war am Ende des Nationalsozialismus nichts mehr übrig. Jeder Quadratmeter war von fremden Truppen besetzt. Die Mehrzahl der deutschen Städte, viele von ihnen mit einst mittelalterlichen Stadtzentren, waren zerbombt, niedergebrannt, zerstört. Ich erinnere mich selbst noch an das zerstörte Frankfurt. Es hat mich sehr beeindruckt als Kind: Die Ruine des Doms stand inmitten eines riesigen Trümmerfeldes von völlig zerstörten Häusern. Man hatte wohl die noch stehenden Wände wegen der Einsturzgefahr abgerissen, so dass aus den Trümmern nur noch die Schornsteine ragten. Der Wind pfiß über sie weg und erzeugte in ihnen Töne wie auf gigantischen Flöten.

Die Nationalsozialisten hatten versprochen, Deutschland groß zu machen. Als sie abtraten, war Deutschland so klein wie nie zuvor und dazu noch geteilt. Die Nationalsozialisten hatten versprochen,



Deutschland zum angesehensten Land der Welt zu machen. Als sie kapitulierte hatten, war das Ansehen Deutschlands in der Welt schlechter als je zuvor. Nach dem Ende des Nationalsozialismus galt es als das Land der Verbrecher, der Menschenschlächter, der gewissenlosen Völkermörder, als das Land der Folterer, Geiselmörder, Menschenschinder und Weltzerstörer. Mit industrieller Perfektion war die Vernichtung von Millionen Menschen organisiert worden, die niemandem etwas getan hatten, die nichts von anderen Menschen unterschied als die Zugehörigkeit zu etwas, was die Nationalsozialisten „Rasse“ nannten. Man kann nicht tiefer stürzen als die Nationalsozialisten im Frühjahr 1945 gestürzt sind. Doch nur etwas über zwei Jahre zuvor, im Spätsommer 1942, waren sie zusammen mit ihren Bündnispartnern noch die Herren der Welt. Sie hatten mit beispielloser Waghalsigkeit ein Land nach dem anderen überfallen und mit ungeheurem Glück besiegt. Ihre Art der Politik kann man am besten vergleichen mit einem verrückten Kartenspieler, der ständig sein Blatt überreizt und darauf vertraut, dass die Gegner es nicht merken. Beim Poker nennt man das Bluff. Schon bei den Wahlkämpfen in den Dreißigerjahren hatte Hitler ständig geblufft und sich als stärker präsentiert als er war. Der Bluff gelang. Der bürgerlich-konservative Reichspräsident und seine adligen Unterstützer betrauten Hitler, den sie eigentlich als Aufsteiger aus kleinsten Verhältnissen verachteten, mit dem Amt des Reichskanzlers zu einem Zeitpunkt, als der Stern der Nationalsozialisten bereits am Sinken war. Der Bluff ging weiter. Ein Einzelgänger hatte den Reichstag in Brand gesteckt, um so gegen die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zu protestieren. Die Nationalsozialisten machten daraus eine kommunistische Weltverschwörung und schafften „zum Schutz Deutschlands“ die Demokratie ab und warfen den Großteil ihrer Gegner ins Gefängnis und dann in eigens eingerichtete gesetzeswidrige Lager, Konzentrationslager genannt.

Mit großem Tamtam wurden Programme zur Arbeitsbeschaffung, etwa der Bau der Autobahnen, aufgelegt und so getan, als ob die Wende in der Wirtschaftsentwicklung auf sie zurückzuführen sei. Tatsächlich hatte aber längst zuvor ein allgemeiner weltweiter

Wirtschaftsaufschwung eingesetzt. Es war dieser Aufschwung und die deutsche Rüstungsproduktion, die ein Ende der Massenarbeitslosigkeit herbeiführten, nicht die Autobahnen.

Der hauptsächliche Bluff der Nationalsozialisten war aber immer, dass sie eine militärische Stärke und Fähigkeit, einen großen Krieg anzufangen und durchzuhalten, vorspielten, die sie so zu keinem Zeitpunkt hatten. Im Frieden von Versailles war die deutsche Seite des Rheinlandes zur entmilitarisierten Zone erklärt worden. Die Nationalsozialisten marschierten dort mit ihren Truppen zu einem Zeitpunkt ein, an dem sie keine Chance gehabt hätten, gegen den gemeinsamen Militäreinsatz der Briten und Franzosen zu gewinnen. Sie setzten darauf, dass bei den Alliierten niemand wegen des Rheinlandes einen zweiten Weltkrieg anfangen würde. Und sie behielten Recht. Und ermutigt durch den ersten gelungenen Bluff, folgte einer nach dem anderen: Die Besetzung Österreichs, der Anschluss des Sudetenlandes, der Einmarsch in der Tschechoslowakei. Immer war die Karte völlig überreizt. Aber immer wieder klappte es, weil niemand darauf bestand, die Karten zu sehen. Immer ließen sich die Alliierten einschüchtern und gaben nach.

Erst als die Nationalsozialisten wieder einen besonders plumpen Bluff einsetzten und eigene Soldaten in polnische Uniformen steckten, um so zu tun, als ob Deutschland von Polen angegriffen worden sei und nun lediglich „zurückgeschossen“ würde, fielen die Alliierten Mächte Frankreich und England nicht mehr auf den Bluff herein. Sie erklärten Deutschland den Krieg. Wären sie dann auch gleich gegen Deutschland losmarschiert, hätten die Nationalsozialisten kaum eine Chance auf Sieg gehabt. Denn die Nationalsozialisten hatten mit dem Angriff auf Polen wieder ihre Karten überreizt. Der Vorrat an Rohstoffen, insbesondere Stahl und Benzin, hätte für einen Zweifrontenkrieg nicht gereicht. Die Alliierten vertrauten jedoch auf ihre für unüberwindlich gehaltenen Befestigungen gegen Deutschland und warteten auf den Angriff der Deutschen.

Doch wie jeder in Bedrängnis gedrängte Spieler erhöhten die Nationalsozialisten ihren Einsatz, setzten auf noch mehr Risiko – und hatten Glück. Während man sich an der Westfront wartend gegenüberstand, wagten die Nationalsozialisten unter Bruch aller Verträge die plötzliche Besetzung Dänemarks und Norwegens und sicherten sich so über Norwegen den Nachschub an Eisenerz, der im Ruhrgebiet mit der dortigen Kohle zu Stahl für Panzer, Geschütze und Flugzeuge verarbeitet wurde. Von der Sowjetunion, mit der zur Überraschung der ganzen Welt, weil die Nationalsozialisten zuvor die Sowjetunion zum Hauptfeind erklärt hatte, ein Nichtangriffsvertrag geschlossen worden war, kamen die notwendigen Erdöllieferungen.

Ermutigt durch diese Erfolge spielten die Nationalsozialisten immer weiter auf Sieg, überreizten ihre Karten durch immer höhere Einsätze. Schließlich waren die deutschen Truppen und ihre wenigen Verbündeten über ein riesiges Gebiet verteilt, das von der Wolga im Osten bis an die französische Küste und weit hinaus auf den atlantischen Ozean im Westen und vom Nordkap bis an die Sahara reichte. In ihrem Größenwahn meinten die Nationalsozialisten, es müsse auch weiterhin alles gelingen. Zusammen mit Japan strebten sie die Weltherrschaft an und erklärten leichtfertig der größten Industriemacht der Welt, den Vereinigten Staaten von Amerika, den Krieg. Statt der Weltherrschaft hatten sie nun tatsächlich beinahe die ganze Welt zum Gegner. Jede Schwierigkeit war durch noch mehr Einsatz bewältigt worden. Jetzt aber war die Grenze erreicht. Der Bluff funktionierte nicht mehr, denn jetzt stand die ganze materielle Macht der Welt gegen das kleine Deutschland.

Gegen diese absolute Übermacht an Menschen und Material war ein Sieg unmöglich. Ein Verhandlungsfrieden hätte vielleicht noch das Schlimmste verhindern können. Doch mit ihrer Bluff-Technik und ihrem Bruch aller Verträge und Versprechungen hatten die Nationalsozialisten alles Vertrauen verspielt und niemand war mehr bereit, mit ihnen zu verhandeln. Nur die bedingungslose Kapitulation würde dem Krieg ein Ende setzen. Die nationalsozialistische Füh-

rung setzte aber selbst angesichts der Truppen vor den Toren Berlins bis zuletzt auf Sieg. Sie meinte, die Westalliierten würden angesichts des Vorrückens der Roten Armee bald mit ihnen zusammen gegen die Sowjetunion ziehen und ihnen doch noch zu einem ehrenvollen Sieg verhelfen. Als auch diese Fantasieblase der Unfehlbarkeit und Unbesiegbarkeit platzte, beschloss die nationalsozialistische Führung: Wenn sie schon untergehen musste, dann sollte auch das ganze deutsche Volk mit ihr zusammen untergehen. So kam der schlimmste Bankrott der deutschen Geschichte zustande.

„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ ist nach alledem ein schwer verständlicher Satz. Und dennoch ist es ein Satz, den viele Millionen Menschen in Deutschland und in vielen Teilen der Welt lange geglaubt haben und manche auch noch heute glauben. Um das zu verstehen, muss man den Satz ergänzen durch eine Frage: „Für wen hatte der Nationalsozialismus gute Seiten?“

Ich bin im letzten Kriegsjahr geboren und in einer typischen Familie von Aufsteigern aufgewachsen. Meine Großmutter war noch ein Bauernkind und musste auf dem Feld und im Stall schuften. Sie hasste es und wollte weg vom Dorf. Sie traf einen schicken Unteroffizier mit strammem Oberlippenbart, Helm und Uniform. Mit ihm schaffte sie den Aufstieg. Zwar war er Katholik und sie Protestantin. Aber er hatte Geld, kaufte ein Haus und wurde nach der Soldatenzeit auf eine Beamtenstelle gesetzt. Sie, die typische protestantische Aufsteigerin, war für die Nationalsozialisten. Denn die versprachen ihnen große Chancen zu einem weiteren, schnelleren Aufstieg. Sie wollten die Juden aus den gehobenen Positionen vertreiben und sie an Nichtjuden geben. Sie wollten das „raffende Kapital“ enteignen und die Plätze frei machen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Für solche Aufsteiger wie meine Großmutter hatte der Nationalsozialismus nur gute Seiten. Vom Krieg bekam sie nicht viel mit. Hunger – wie im Ersten Weltkrieg – musste sie nicht leiden, weil die Nationalsozialisten bis zum Schluss alle eroberten Länder brutalst ausbeuteten, um nur in der Heimat keine Unzufriedenheit aufkommen zu lassen. Kurz vor Kriegsende leite-

ten sie zum Beispiel alle Nahrungsmittel, die für Holland bestimmt waren, nach Deutschland um und ließen in Holland Zehntausende verhungern. Für die Holländer hatte der Nationalsozialismus keine guten Seiten, aber für meine Großmutter durchaus.

Für meinen Großvater war das ganz anders. Er war frommer Katholik und sehr an Geschichte interessiert. Damals gab es eine eigene katholische Partei: das Zentrum. In den Zwanzigerjahren wurde sie zu einer Stütze der Demokratie und der Weimarer Republik bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten. Die katholische Kirche rief ihre Mitglieder von Anfang an auf, für das Zentrum und gegen die Nationalsozialisten ebenso wie gegen die Kommunisten zu stimmen. In überwiegend katholischen Wahlbezirken hatten die Nationalsozialisten kaum eine Chance. Mein Großvater hielt in den Wahlkämpfen vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten feurige Reden gegen die Nationalsozialisten. Er prophezeite, dass sie Deutschland in einen neuen, verhängnisvollen Krieg führen und dass sie das internationale Ansehen Deutschlands ruinieren würden. Das verziehen sie ihm nie. Er wurde drangsaliert. Dem Gesetz, dass man nun mit „Heil Hitler“ zu grüßen habe, kam er nie nach. Auf das „Heil Hitler“ der anderen antwortete er nicht mit dem vorgeschriebenen zackigen Gegengruß „Heil Hitler“, sondern listig mit dem katholischen Gegengruß „In Ewigkeit, Amen“. Mehrfach verhafteten sie ihn deswegen und wegen seiner kritischen Äußerungen und steckten ihn für Wochen in Untersuchungshaft. Wegen seines Blutkrebs entließen sie ihn schließlich und ließen ihn daheim unbehelligt sterben. Für ihn hatte der Nationalsozialismus keine guten Seiten. Im Gegenteil, es war das Schlimmste, was ihm passieren konnte. Denn seine beiden Söhne waren fanatische Anhänger des Nationalsozialismus. Beide waren Aufsteiger, wie ihre Mutter. Der eine ging zur Polizei und machte dort Karriere. Der andere spezialisierte sich auf Baumwolle und stieg schnell im Industrieverband Baumwolle auf. Beiden half ihr Eintreten für die Nationalsozialisten schon vor der Machtergreifung. Beide waren Mitglieder in der Partei. Doch beide betonten auch noch nach dem verlorenen Krieg, dass sie dies nie aus materiellen Gründen getan hätten, etwa um bes-

sere Posten zu erlangen. Sie sagten, es sei aus „Idealismus“ geschehen. Meine Mutter, die wegen der ständigen Streitereien daheim über Politik eigentlich unpolitisch war, bestätigte dies: Alle ihre Freunde und Freundinnen seien aus „Idealismus“ Anhängerinnen und Anhänger des Nationalsozialismus gewesen. Was meinte sie mit diesem Wort „Idealismus“? Meine Mutter und ihre Geschwister waren damals knapp über zwanzig. Sie entsprachen in allem dem Idealbild des Deutschen, wie es die Nationalsozialisten überall entwarfen. Sie waren jung, gesund, stark und unternehmenslustig. Meine Onkels hatten als junge Männer blaue Augen und helles, beinahe blondes Haar. Sie trieben Sport und waren groß, aufrecht und selbstbewusst. Ihnen sagten die Nationalsozialisten: „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“ Sie wurden von den Nationalsozialisten zu den natürlichen Herrschern der Welt erklärt. Sie würden die Welt erobern und die Menschheit zu einer glänzenden, neuen und heldenhaften Zukunft führen. Das war der „Idealismus“ der meisten Mitglieder meiner Elterngeneration. In ihnen bestärkte der Nationalsozialismus jede denkbare pubertäre Größenphantasie und erklärte sie zur Staatsräson, zum unverrückbaren Ziel des tausendjährigen Reichs.

Für sie hatte der Nationalsozialismus im Prinzip nur gute Seiten. Ihr „Idealismus“ bestand darin, dass sie zu nie geahnter Größe, nie erträumter Bedeutung und ungeheurer Macht gelangten. Sie brachten dafür auch große Opfer. Die Generation meiner Onkels war während des ganzen Kriegs an allen Fronten eingesetzt und viele von ihnen starben unter schlimmen Bedingungen. Meine Mutter hatte als Erzieherin bei einer Familie mit sechs blonden Söhnen gearbeitet. Alle sechs Söhne starben an der Front. Und meine Mutter war entsetzt, als noch beim letzten Sohn in der Zeitung in der Todesanzeige stand: „In stolzer Trauer“. Diese Art Härte gegen sich selbst, diese Unterdrückung aller weichen, sanfteren Regungen, das war der „Idealismus“, der die Nationalsozialisten befähigte, auch gefühllos gegen andere zu sein. Das galt damals nahezu für alle jungen Menschen aus Bauernfamilien, aus der unteren und obe-

ren Mittelschicht und auch für viele Millionen aus der alten Führungsschicht.

Für Millionen Ingenieure, Ärzte, Juristen, Lehrer und Professoren, Geschäftsinhaber und Industrielle hatte der Nationalsozialismus vor allem gute Seiten. Viele störten sich zwar an den „Auswüchsen“ der Nationalsozialisten, wie sie das nannten. Sie fühlten sich durch die brutalen Schlägerkommandos der SA abgestoßen. Sie missbilligten die ungesetzlichen Verhaftungen und Verschleppungen, sie waren entsetzt über den Einsatz von Folter und Sippenhaft. Sie störte der protzige, grobschlächtige und Größenwahnsinnige Stil. Manche – bei weitem nicht alle – störte auch der militante Antisemitismus. Doch mit dem Satz „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten“ zogen sie für sich eine positive Bilanz und unterstützten ihn. Die angesehensten Leute – wie etwa der weltberühmte Philosoph und Rektor der ehrwürdigen Universität Freiburg, Martin Heidegger – haben sich mit dem Satz „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten“ zum Nationalsozialismus bekannt. Selbst der Papst ließ sich nach der Machtergreifung und der bald offensichtlich sattelfesten Diktatur der Nationalsozialisten mit dem Satz „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten“ auf ein Bündnis mit ihm ein und übte fast bis zum Schluss oft nur inhaltenden und symbolischen Widerstand. Auch die Bischöfe der protestantischen Kirchen unterstützen in ihrer großen Mehrheit den Nationalsozialismus mit dem Satz „Der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten“. Es waren gute Seiten für die große Mehrheit der Deutschen, insbesondere für den Mittelstand und die Industrie. Denn für sie hatte der Nationalsozialismus lange Zeit nur Vorteile: Er sorgte mit seiner Aufrüstung für Großaufträge an die deutsche Industrie, sorgte für niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten. Für viele Angehörige des Mittelstands bot der Nationalsozialismus einmalige Aufstiegschancen, denn die Nationalsozialisten vertrieben deren jüdische oder zu Juden erklärte Konkurrenten aus ihren Stellen, aus ihren Geschäften und Fabriken, aus ihren Wohnungen und Häusern und nicht-jüdische Mitbürger und Mitbürgerinnen übernahmen alles.

Aber auch für die Mehrzahl der einfachen Deutschen hatte der Nationalsozialismus seine guten Seiten. Denn er speiste ihre Größenphantasien, ließ sie größer und mächtiger erscheinen. Man konnte sich auch als einfacher Deutscher als etwas ganz Besonderes fühlen. Da hatte der Nationalsozialismus nur noch gute Seiten. Nur so ist erklärbar, dass die deutschen Soldaten noch in den Straßen von Berlin für ihre nationalsozialistische Führung kämpften und starben, sogar noch als nur noch der Tiergarten und das Regierungsviertel in deutscher Hand waren. Im Ersten Weltkrieg hatten die deutschen Soldaten bei einem Frontverlauf weit im Westen die Sinnlosigkeit des Krieges eingesehen und gegen ihre Führung revoltiert. Im Zweiten Weltkrieg dagegen starben noch viele alliierte Soldaten beim Kampf um Eisenach, Rosenheim und in den Alpen. Und die meisten Deutschen blieben gehorsam bis zum Schluss.

Für alle, die der Nationalsozialismus zu Gegnern und Opfern erklärt hatte, war der Nationalsozialismus jedoch eine fürchterliche, unüberbietbare Katastrophe und hatte keine einzige gute Seite. Am schlimmsten war es für die Menschen, von denen die Nationalsozialisten behaupteten, sie gehörten einer minderwertigen „Rasse“ an. Es gab nämlich zwei grundsätzlich verschiedene Opfergruppen im Nationalsozialismus: Die erste Opferkategorie hatte vom Nationalsozialismus Schlechtes zu erwarten, weil sie das neue Regime und seine „Bewegung“ mehr oder weniger offen bekämpfte oder kritisierte. Dazu gehörten vor allem die Kommunisten, viele Sozialdemokraten, aber auch Christen und bürgerliche Pazifisten bis hin zu einzelnen konservativen Großbürgern und Adeligen. Trotz des Wissens um die Brutalität und Unbarmherzigkeit der Nazis wagten sie Leib und Leben für ihre Überzeugungen. Sie hatten sich aus Überzeugung gegen das Naziregime entschieden und das Risiko der Verfolgung auf sich genommen, weil für sie der Nationalsozialismus keine guten Seiten hatte. Für sie war es ein so abscheuliches, menscheitsfeindliches Regime, dass sie sogar bereit waren, ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus zu riskieren. Aber im Unterschied zu der anderen Opferkategorie hatten sie die Wahl.



Die zweite Gruppe wurde von den Nationalsozialisten verfolgt, gequält und ermordet, nur weil sie diejenigen Menschen waren, als die sie geboren waren. Ohne ihr Zutun und ohne dass sie etwas gemeinsam hatten, außer dass die Nationalsozialisten sie zu Angehörigen einer auszurottenden Rasse erklärt hatten, brach eine unbarmherzige Verfolgung und extrem brutale, rücksichtslose Zerstörungsmaschinerie über sie herein, der sie ausgeliefert waren gleichgültig welches Alter sie hatten, ob sie Frauen oder Männer waren, welchen Beruf sie ausübten, ob sie böse oder gute Menschen waren. Sie konnten nichts tun, um sich der Verfolgung zu entziehen, außer vor dem Nationalsozialismus zu fliehen.

Wer jüdische Großeltern hatte, galt für die Nationalsozialisten als Jude oder Jüdin und wurde verfolgt und vernichtet, gleichgültig wie sich die so definierten Menschen verhielten. Der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie konnten sich Menschen, die Angehörige des jüdischen Glaubens waren oder von den Nationalsozialisten zu Juden erklärt worden waren, nur durch Flucht, aber nicht durch Wohlverhalten entziehen. Es war ein grauenhaftes Schicksal, weil die Zuordnung zur Gruppe der Verfolgten so willkürlich und ohne irgendwie nachvollziehbaren Grund geschehen war. Es war, wie wenn heute eine deutsche Regierung alle, die abstehende Ohren haben, zu Feinden des deutschen Volkes erklären würde und sie aus den Schulen ausschließen, mit Berufsverbot belegen, enteignen und schließlich vernichten würde.

Am schlimmsten traf es die Juden und solche Menschen, die zu Juden erklärt worden waren, weil ein Teil ihrer Vorfahren jüdischen Glaubens gewesen war. Sie hatten keine Möglichkeit, sich der Verfolgung und Vernichtung zu entziehen außer durch die Flucht in ein Land, das die Deutschen nicht erobern konnten. Sie wurden im gesamten von den Nazis beherrschten Raum zusammengetrieben, in Ghettos oder Konzentrationslager gesperrt und systematisch ermordet. Weniger systematisch und noch willkürlicher in der Entscheidung, wer dazugehörte und wer nicht, verfolgten die Nationalsozialisten diejenigen Menschen, die sie als „Zigeuner“ einstufen.

Zu der Opfergruppe, die keine Wahl hatten und nichts durch ihr Verhalten beeinflussen konnten, gehörten auch geistig und körperlich Behinderte, die nicht von ihren Familien geschützt wurden. Das galt ebenso für große Teile der Völker, die von den siegreichen deutschen Truppen im Osten erobert worden waren. Auch sie waren von den Nationalsozialisten als „rassisch“ minderwertig eingestuft und darum zur Vernichtung frei gegeben worden. Sie wurden nicht wie die Juden und als Juden Eingestufte gejagt, in Lager eingeliefert und dann systematisch ermordet. Aber man ließ sie in großer Zahl verhungern, arbeitete sie als Zwangsarbeiter zu Tode, erhängte oder erschoss sie aus nichtigem Anlass oder als Geiseln zur „Vergeltung“ für Angriffe von Partisanen.

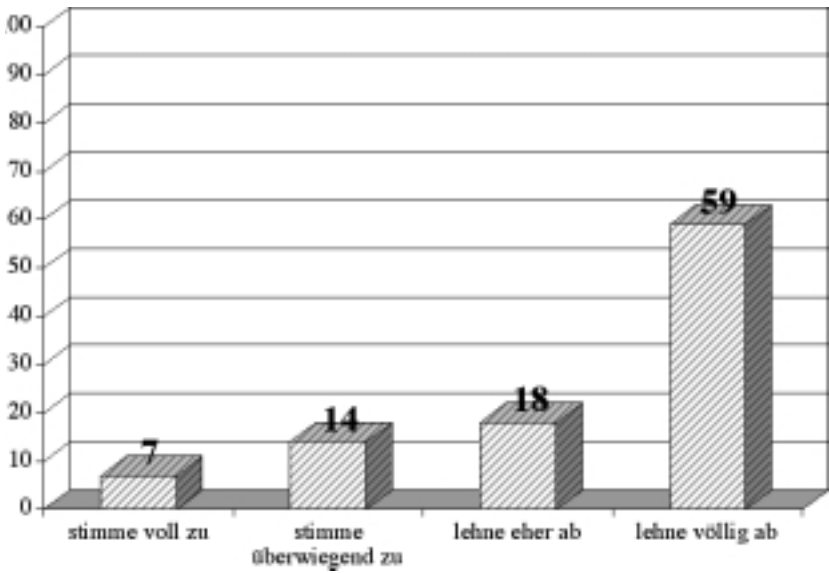
Als letzte Gruppe wurden die Angehörigen der italienischen Streitkräfte zu einer solchen Opfergruppe erklärt. Dies geschah, als eine neue italienische Regierung nach dem Sturz des Diktators Mussolini sich gegen Nazi-Deutschland gestellt und Deutschland den Krieg erklärt hatte. Hitler erklärte alle italienische Soldaten zu Verrätern und ließ sie unbarmherzig verfolgen. Bei dem geringsten Widerstand wurden sie ermordet. Leisteten sie keinen Widerstand, wurden sie in Konzentrationslager gesperrt und dort als Verräter behandelt, nur weil sie Italiener waren.

Für alle diese Menschen hatte der Nationalsozialismus wahrlich keine guten Seiten. Alle, die in die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie gerieten, kamen von einer Hölle in eine weitere, immer noch schlimmere Hölle. Da gab es nichts Gutes im Schlechten.

Der Satz „Der Nationalsozialismus hatte auch seine gute Seiten“ stimmt also nur für eine relative kleine Gruppe von Menschen in der damaligen Welt. Und auch sie mussten für ihre Vorteile schwer bezahlen. Ihr Land und ihre Städte waren zerstört und besetzt. Ihr Land hatte alles Ansehen in der Welt verloren. Sie mussten lange Jahre der Entbehrungen und des Hungers durchstehen, bevor es wieder aufwärts ging mit ihrem Land. Es blieb fünfzig Jahre lang

geteilt. Die Bilanz ist also selbst für diejenigen Menschen, die einst vom Nationalsozialismus profitiert haben, letztlich negativ. Darum sagt niemand, der über ein wenig Geschichtskenntnisse und Verstand verfügt, dass der Nationalsozialismus auch gute Seiten gehabt habe.

Im Thüringen-Monitor 2006 zeigt sich die Verteilung der Zustimmung und Ablehnung wie folgt:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 18	Insgesamt	<b>1.000</b>	7	14	18	59	3
Geschlecht	Männer	486	6	11	21	60	1
	Frauen	514	8	16	15	58	4
Alter	18–24 Jahre	111	14	21	23	41	1
	25–34 Jahre	137	7	20	23	49	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	12	20	17	47	4
	10. Klasse	442	10	17	20	51	2
	Abitur	127	0	8	19	71	2

Jeder fünfte wahlberechtigte Thüringer (21 %) stimmt dieser problematischen Aussage mit rechtsextremer Tendenz zu. Bei den Frauen gibt es mehr (24 %) Zustimmung als bei den Männern (17 %). Bei der jüngsten Gruppe ist das Bild Besorgnis erregend. Es ist mit 35 % und 27 % mehr Zustimmung als in der Gesamtbevölkerung. Die völlige Zustimmung ist bei den 18–24 Jährigen mit 14 % die höchste unter allen hier aufgeführten Gruppen und die völlige Ablehnung ist die mit 41 % die niedrigste unter allen Gruppen.

Lediglich bei den Thüringern mit Abitur ist die vollständige Zustimmung null und der Prozentsatz, der die Aussage völlig ablehnt, mit über zwei Drittel (71 %) am höchsten.

## **Aussage 19: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“**

Da die Nationalsozialisten und ihre willigen Helfer alle Juden ermordet haben, deren sie habhaft werden konnten, gibt es heute in Deutschland kaum noch Juden, die man kennen lernen könnte. Darum ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass ich erst mit über fünfzig Jahren zum ersten Mal eine Jüdin kennen lernte, die in Deutschland aufgewachsen war und jüdische Eltern aus Deutschland hatte, die den Holocaust überlebt hatten. Es war bei einer Tagung in einem Jagdschloss südlich von Berlin. Sie war eine sehr freundliche, lebhafte und intelligente junge Frau, die sich äußerlich oder in ihrer Sprache in nichts von den anderen jungen Teilnehmerinnen unterschied. Die Tagung hatte die Begegnung von Menschen aus einander fremden Kulturen zum Thema.

Der Leiter der Tagung hatte uns dazu eine Aufgabe gestellt: Alle sollten wir – zuerst jeder und jede für sich allein – uns vorstellen, wir sollten einer Person in einem fremden, fernen Land erklären, was typisch deutsch ist. Dazu sollten wir auf Zettel, die nachher an der Wand aufgehängt werden sollten, aufschreiben, was wir für typisch deutsch hielten. Damit sollten einem – vorgestellten – Fremden die Merkmale der Deutschen übersetzt und erklärt werden. Wir nahmen die Aufgabe nicht sehr ernst, weil wir alle nicht so recht an typische Nationaleigenschaften glaubten. Darum kamen viele eher witzig gemeinte Zettel zusammen: Mercedes-Benz, Kindergeburtstag, Gartenzwerge, Ordnung, Sauberkeit, Christbaum, Adventskranz, Schweinebraten, Probleme wälzen, Waldsterben, Himmelfahrt und Männertag, Sauerkraut, Volkswagen, Maibaum, Kindergarten, Sommerfrische usw. Der Leiter fragte dann ernsthaft bei jedem Zettel: „Ist das wirklich typisch deutsch?“

Zu meiner Überraschung zeigte uns die deutsche Jüdin, dass wir viele Dinge tatsächlich für typisch deutsch erklärt hatten, die eigent-

lich nur typisch christlich sind – wie Weihnachten, Christbaum, Himmelfahrt, Schweinebraten. In ihrer Familie, die seit Menschen-  
gedenken deutsch war, gab es kein Weihnachten, keine Himmelfahrt  
und selbstverständlich keinen Schweinebraten. Und doch war sie so  
deutsch wie wir. Mein spontanes Verständnis von „typisch deutsch“  
schloss alle Nicht-Christen, seien sie Atheisten, Juden, Moslems  
oder Angehörige irgendeiner anderen Religion aus dem Deutsch-  
Sein aus. Ich, der ich mich für besonders tolerant und aufgeschlos-  
sen hielt, hatte – ohne es zu merken – nach dem Satz gehandelt:  
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an  
sich und passen nicht so recht zu uns.“ Ich hatte sie aus großen  
Teilen des „typisch deutsch“ ausgeschlossen. Was ist also an die-  
sem Satz richtig, was ist falsch?

Dazu muss man den Satz auseinander nehmen. Denn der Satz „Die  
Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich  
und passen nicht so recht zu uns“ besteht eigentlich aus zwei Sätzen.  
Im ersten wird behauptet, die Juden hätten etwas Besonderes und  
Eigentümliches an sich. Im zweiten wird behauptet, die Juden wür-  
den nicht so recht zu uns passen. Das sind zwei Aussagen, die man  
nacheinander untersuchen muss.

Die erste Aussage, „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und  
Eigentümliches an sich“, hat einen richtigen Anteil, wenn man ihn  
auf die jüdische Religion, nicht aber auf die jüdischen Menschen  
bezieht. Denn jede Religion hat etwas Besonderes und Eigentüm-  
liches. Das gilt für „die Juden“ wie für „die Katholiken“ oder „die  
Hindus“ oder „die Moslems“. „Eigentümlich“ im Wortsinn heißt,  
dass etwas aus dem Eigenen kommt und dass es nur aus diesem und  
nicht von außen zu verstehen ist. Religionen erschließen sich nicht  
von außen. Man kann sie nicht mit Logik und Verstand verstehen,  
denn sie berufen sich auf eine göttliche Offenbarung. Man muss an  
sie glauben, dann kann man ihre Aussagen über Gott und die Welt  
nachvollziehen und akzeptieren.

Dieser Teil der Aussage gilt also für alle fremden Religionen und Kulturen. Sie galt aber nicht für die Menschen. Es ist ein großer Unterschied, ob ich sage: „Die jüdische Religion hat einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich“, oder „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich“. Im ersten Satz ist es der Inhalt eines Glaubens, dem ein Mensch anhängen kann oder auch nicht. Im zweiten Satz sind es die Menschen selbst, die man zu wesensmäßig Andersartigen und Fremden stempelt. Damit wird der erste Satzteil zur Begründung für den Zweiten und macht die gesamte Aussage doch zu einer in sich zusammenhängenden antisemitischen Äußerung. Doch schauen wir uns dennoch den zweiten Teil genauer an. Hier wird behauptet, die Juden würden nicht so recht zu uns passen. Solche Aussagen, dass jemand nicht so recht zu einem passt, kann man nur machen, wenn man die so abgelehnte Person oder Personengruppe sehr gut kennt. Die Menschen in Thüringen haben aber in der Regel noch nie in ihrem Leben einen Menschen kennen gelernt, der Mitglied einer jüdischen Religionsgemeinschaft ist. In Thüringen gibt es zur Zeit über zwei Millionen Einwohner. Nur 560 von ihnen sind Mitglied der jüdischen Gemeinde, also unter ein Promille. Die Chance, eine Person jüdischen Glaubens kennen zu lernen, ist also außerordentlich gering – besonders auf dem Land, wo es keine jüdischen Gemeinden mehr gibt, weil alle von den Nationalsozialisten vertrieben oder ermordet worden sind.

Und selbst bei denen, die Menschen mit jüdischem Glauben kennen, gibt es nur wenige, die auch nur im Ansatz wissen, was die jüdische Religion ausmacht, welche Richtungen es in ihr gibt, welche Regeln in ihr gelten und was ihre wichtigsten Aussagen sind. Die meisten Menschen in Thüringen wissen so gut wie nichts über das Judentum und wollen davon auch nichts wissen. Doch sie könnten es wissen. Denn es gibt sehr viele Berichte zu dem Thema in allen Medien. Wenn man heftig ablehnende Aussagen, wie die hier über die Juden, über eine Menschengruppe macht, von der man eigentlich nichts Genaues weiß, handelt es sich nicht mehr um eine Meinung oder eine Einsicht oder ein Urteil, sondern um ein Vorur-

teil. Vorurteile gegen Juden nennt man Antisemitismus. „Anti“ ist griechisch und heißt „gegen“. Semiten ist eine Bezeichnung für die Angehörigen einer Sprachengruppe aus dem Nahen Osten, die sich im letzten Jahrhundert als Bezeichnung für die Juden durchgesetzt hat. Die Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ ist ein Musterbeispiel für ein antisemitisches Vorurteil. Im ersten Teil wird nicht über Andersartigkeit der jüdischen Religion geurteilt, sondern über die jüdischen Menschen insgesamt eine Andersartigkeit behauptet, die dann als Grund dafür dient, diese Menschen als ganze Gruppe abzulehnen.

Beim Antisemitismus wird besonders deutlich, wie das Vorurteil funktioniert. Im antisemitischen Vorurteil werden „den Juden“ körperliche Merkmale wie eine ausgeprägte Nasenform, schwarze Haare und eine allgemeine Erscheinung zugeschrieben, wie sie im Nahen Osten oft anzutreffen sind. Aus dieser Region stammen die Juden, die heute in der ganzen Welt leben. Seither haben sich die Menschen mit jüdischem Glauben in die Gesellschaften, in denen sie leben, integriert und sind Teil dieser Gesellschaften geworden, sodass sie außer der Religion nichts von den anderen Mitgliedern der Gesellschaft unterscheidet. Zu behaupten, sie hätten aus jener Zeit Eigenschaften oder Körpermerkmale bewahrt, ist so als ob man behauptet, den Deutschen sehe man heute noch ihre Herkunft aus der Völkerwanderung aus Asien an. Es gibt keinerlei gemeinsames körperliches Merkmal unter den Angehörigen des jüdischen Glaubens, außer bei Männern die Beschneidung. Aber in den USA sind beinahe alle Männer beschnitten, sodass es dort nicht einmal diesen Unterschied gibt. Es ist schlichter Unsinn zu behaupten, es gebe typisch jüdische körperliche Merkmale oder Eigenschaften. Dennoch stirbt die Behauptung nicht aus. Warum? Weil es beim Vorurteil nicht um eine Beschreibung des Verhaltens oder der Eigenschaften derjenigen geht, über die das Vorurteil besteht. Es geht beim Vorurteil um die Bedürfnisse derjenigen, die das Vorurteil haben und es verbreiten.



In allen menschlichen Gruppen gibt es Konflikte, Enttäuschungen, Ärger, manchmal sogar Hass. Wenn die Kultur es verbietet, solche Gefühle innerhalb der Familie oder im Freundeskreis zu äußern, entsteht das Bedürfnis, jemanden zu finden, gegenüber dem es erlaubt ist, diese Gefühle zu zeigen. Die Juden in Deutschland waren fremd und abgesondert genug, dass man ihnen gegenüber solche abfälligen Gefühle ohne Risiko haben und äußern konnte.

Beim Antisemitismus geht es also nicht um die Juden, sondern um das Bedürfnis der Antisemiten, jemanden zu haben, den sie hassen können. Antisemiten geben die Schuld an allem den Juden, wenn etwas nicht so ist, wie sie sich das wünschen. Und darüber hinaus können sie sich den Juden gegenüber überlegen fühlen. Je ausgeprägter das Harmoniegebot in der Familie und im Freundeskreis ist, desto mehr muss man alles Unerfreuliche Gruppen anlasten, die möglichst weit außerhalb des Harmoniegebotes stehen. Wer eignet sich besser dazu als eine Gruppe, die – wie das in Thüringen der Fall ist – kaum jemand kennt und die zahlenmäßig kaum ins Gewicht fällt und von der man gleichzeitig weiß, dass sie schon immer schief angeguckt und verfolgt worden ist. Dann wird schon etwas dran sein, sagt sich das Vorurteil, und lädt „den Juden“ auch die Schuld am Untergang der DDR und der hohen Arbeitslosigkeit in Thüringen zur Last. Sie können sich nicht wehren. Und wenn so viele Andere auch daran glauben, wird es schon stimmen.

Der Satz „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ hat zusätzlich zu seiner Funktion als Vorurteil eine blutige Geschichte, die weit schlimmer ist als das bloße Vorurteil. Es ist die Geschichte des Rassismus. Da geht es überhaupt nicht mehr um Religion oder Kultur. Da wird behauptet, in der Menschheitsgeschichte gehe es darum, welche „Rasse“ sich durchsetze, welche die Oberhand gewinne. Vor über hundert Jahren war das modern. Da glaubte man, das Wohl und Wehe der Menschheit hänge von den angeborenen Fähigkeiten, den Genen der Menschen ab. Man glaubte damals, Kriminalität genauso wie Armut sei ein Ergebnis der Vererbung, denn man traf sie gehäuft

bei Kindern an, deren Eltern selbst einmal arm gewesen oder kriminell geworden waren. Wie in der Tierwelt gebe es auch unter Menschen gute und schlechte Rassen. Zwischen ihnen herrsche genauso ein Kampf ums Überleben. Wie in der tierischen Natur, setze sich nur die Stärkste und genetisch beste „Rasse“ durch. Eine Vermischung mit schlechten „Rassen“ müsse demnach eine Schwächung und den drohenden Untergang bedeuten. Darum schien es im Überlebenskampf der Rassen nicht nur gerechtfertigt, sondern unverzichtbar, die für „schlecht“ und darum „gefährlich“ erklärten Rassen zu bekämpfen und die für „gut“ und „nützlich“ gehaltenen Rassen zu fördern.

Nach ihrem Selbstverständnis waren die Nazis Idealisten, die mit dem Kampf gegen die „schlechten“ Rassen die Welt vor dem Untergang retten wollten. In ihrem Selbstverständnis begingen sie all die Morde und Untaten nicht aus Freude am Quälen, sondern – wie sie meinten – zum Wohle der zukünftigen Menschheit. Der Chef der SS, Heinrich Himmler, hat im Krieg vor der SS in einer geheimen Rede die ganze Menschenfeindlichkeit dieses „Idealismus“ auf den Punkt gebracht. Er sagte, er wisse, was die SS-Sondereinheiten an dem Tag durchgemacht hätten und wie schwer ihnen ihre Arbeit gefallen sei. Das koste große Überwindung, und es sei schwer, dabei anständig zu bleiben. Dies sagte er zu SS-Soldaten, die tagelang unschuldige, unbewaffnete, wehrlose jüdische Frauen, Kinder und Männer zu Zehntausenden mit Genickschuss am Rand von Massengräbern ermordet hatten.

Das antisemitische Vorurteil, das dem Bedürfnis dient, jemand Fremdem für alles Mögliche die Schuld aufzubürden und ihn dafür hassen zu können, hat sich im Rassismus zur systematisch ausgeübten mörderischen Gewalt im Namen einer besseren, weil „rassereinen“ Zukunft gesteigert. Heute hat die Entschlüsselung des menschlichen Genoms gezeigt, dass das damalige Programm nicht nur unmenschlich, sondern auch unsinnig war: Rassen gibt es bei Menschen nicht. Die genetischen Informationen, auf die jene wenigen sichtbaren Unterschiede zurückzuführen sind, aus denen die

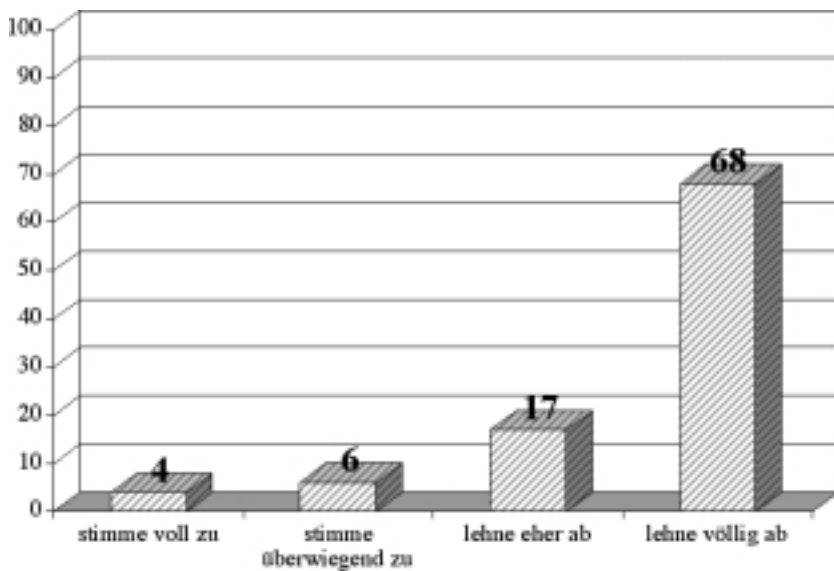
Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Rasse“ abgeleitet wird, also die Hauptpigmentierung, die Augenstellung, die Form der Nase oder Ähnliches, machen nur einen winzigen Bruchteil der gesamten genetischen Informationen aus. Die genetischen Unterschiede zwischen Geschwistern sind um ein Vielfaches größer als die genetischen Unterschiede, aus denen sich die Unterschiede zwischen den „Rassen“ ergeben. Diese Unterschiede haben aber keinen Einfluss auf die Verhaltensweisen und Eigenschaften, die für das menschliche Zusammenleben wichtig sind wie Intelligenz, Kultur oder Leistungsfähigkeit.

Rassismus als Grundlage für die Einteilung von Menschen in Gruppen ist genauso klug und berechtigt, wie wenn man Nahrungsmittel nicht nach ihrem Geschmack und ihrem Nährwert, sondern nach ihrer Farbe einteilen wollte. Es ist so, als ob man Rote Grütze, rote Paprika, Erdbeeren, Rote Beete, Rotwein und Rotkohl in eine „Essensrasse“ packt und Weißwein, Weißkohl, Milch, Quark, Rettich, Vanilleeis, Hühnerbrust und Meerrettich in eine andere und meint, alle roten Nahrungsmittel seien gut und alle weißen schlecht und darüber den Unterschied zwischen Meerrettich und Vanilleeis bei den weißen Nahrungsmitteln und den Unterschied zwischen Rotkohl und Erdbeeren bei den Roten vergisst. Genauso absurd wie diese Betrachtung der Lebensmittel nur nach ihrer Farbe ist die Unterscheidung der Menschen nach ihrer Hautfarbe, Nasen- oder Augenform.

Der Grund, dass es auch heute noch Anhänger der Lehre von der unterschiedlichen Wertigkeit von „Rassen“ gibt, liegt also nicht in wissenschaftlich haltbaren Aussagen über genetische Unterschiede zwischen Menschengruppen und deren Folgen für die Leistungsfähigkeit von Menschen, sondern an den Bedürfnissen der Rassisten. Denn der Rassismus ist nur ein mit scheinwissenschaftlichen Argumenten daherkommendes Vorurteil und erfüllt die gleiche Funktion wie dieses. Rassisten brauchen jemanden, dem sie die Schuld an allem Möglichen zuschieben, den sie dafür hassen und dem gegenüber sie sich überlegen fühlen können. Wer also dem Satz „Die

Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ nicht voll widerspricht, zeigt damit, dass er nicht mit Konflikten und den daraus entstehenden Gefühlen umgehen kann, dass er eigene Unsicherheiten ausgleichen muss, mit dem Gefühl des Hasses und der Überlegenheit gegenüber einer Gruppe von Menschen, von denen er eigentlich nichts Richtiges weiß und die er noch nie wirklich getroffen hat. Eigentlich stellen sich alle, die dieser Aussage nicht voll widersprechen, selbst ein Armutszeugnis aus.

Im Thüringen-Monitor stellt sich die Zustimmung und Ablehnung unter den wahlberechtigten Thüringer Bürgerinnen und Bürger so dar:



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 19	Insgesamt	<b>1.000</b>	4	6	17	68	6
Geschlecht	Männer	486	3	5	17	71	4
	Frauen	514	4	7	18	65	7
Alter	18–24 Jahre	111	7	8	20	63	3
	25–34 Jahre	137	1	7	19	71	3
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	8	12	20	51	8
	10. Klasse	442	3	5	19	67	6
	Abitur	127	2	2	20	72	4

Die Zustimmung zu dieser eindeutig antisemitischen Aussage liegt zwischen 4 % (mit Abitur) und 20 % (unter 10. Klasse als Bildungsabschluss). In der Gesamtbevölkerung sind es 10 % der Wahlberechtigten, die der Aussage zustimmen. Man könnte sagen, das ist wenig. Und in der Tat ist es unter den 20 hier präsentierten Aussagen diejenige, die am wenigsten Zustimmung erhält. Das kann jedoch kein richtiger Trost sein, denn eigentlich sind alle, die diese Aussage nicht völlig ablehnen, – also zwischen 24 % (mit Abitur) und 40 % (unter 10. Klasse) – antisemitisch eingestellt.

**Aussage 20: „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“**

Diese Aussage scheint auf den ersten Blick richtig zu sein. Denn im Sport, in der Wirtschaft und in der Politik setzt sich der Stärkere tatsächlich durch. Und überall, im Fernsehen und in den Zeitungen wird das Prinzip angepriesen, dass Leistung entscheidend ist. Wer wenig leistet, wird auch wenig bekommen. Wer viel leistet, der soll entsprechend Vorteile haben. Die Moral scheint klar: Der Bessere soll sich durchsetzen! Wo, also, ist das Problem?

Auf den zweiten Blick stimmt der Satz nicht einmal in der Natur. So extrem unanschauliche und schwache Lebewesen wie die Hausstaubmilbe, die Filzlaus, der Bandwurm oder die Amöbe sind sicherlich keine Lebewesen, zu denen man bewundernd aufschaut. Sie haben sich in der Natur dennoch durchgesetzt. Sie bestehen noch heute und sind den Menschen ein fortgesetztes Ärgernis. Die Dinosaurier dagegen waren ganz sicherlich die stärksten Tiere, die es je gab. Und doch sind sie verschwunden. In der Natur setzt sich offensichtlich nicht der Stärkere durch, sondern derjenige, dem es gelingt, in der Nahrungsversorgung eine Lücke zu finden, die er besser ausnutzen kann als alle Konkurrenten: Die Hausstaubmilbe hat den trockenen Hausstaub als Reichtum entdeckt. Die Filzlaus hat als Nahrungslücke die gut versorgten Blutgefäße um die Geschlechtsteile entdeckt und dauerhaft besiedelt. Die Amöbe hat alles, wo es feucht ist, besiedelt und wo es organisches Material gibt und sich dabei so rasant vermehrt, dass kein Feind mit der Vernichtung der Nachkommen mitkam. Und sie hat bis heute überlebt und ist uns ein stetiger Begleiter.

Den Dinosauriern dagegen hat vermutlich der Einschlag eines riesigen Meteoriten die Nahrungsversorgung geraubt. Er wirbelte für viele Jahre so viel Staub und Rauch auf, dass sich die Sonne verdunkelte und nicht mehr genügend Grünes wuchs, um die giganti-

schen Tiere zu ernähren. Zuerst starben die Pflanzenfresser und dann die Raubdinosaurier, die vom Fleisch der Pflanzenfresser gelebt hatten. Währenddessen lebten die Milben, die Läuse und die Amöben fröhlich weiter. Nicht die Stärksten hatten sich durchgesetzt, sondern diejenigen, die am anspruchslosesten waren und unter Umständen überleben konnten, die von Veränderungen der großen Welt unbeeinflusst blieben. Nicht die Stärksten, sondern die Un auffälligsten siegten.

Das will aber nichts heißen. Denn die Natur ist nach dem Prinzip des Zufalls organisiert. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keine ordnende Hand. Es setzt sich also vor allem durch, wer Glück hat, wem der Zufall zu Hilfe kommt beim Überleben. Die Dinosaurier hatten den Zufall gegen sich. Das war ihr Pech. Aber genau so gut hätte auch ein Virus die Milben, Läuse und Amöben vernichten können. Das Überleben in der Natur ist keine Frage des Verdienstes, sondern des Glücks.

Natürlich ist es auch in der Gesellschaft so, dass sich durchsetzt, wer das Glück auf seiner Seite hat. Wer das Glück hat, als Kind reicher Eltern aus besser gestelltem Haus in einem Industrieland wie Deutschland geboren zu werden, der hat die besten äußeren Voraussetzungen sich durchzusetzen. Wenn er dann noch das Glück hat, männlichen Geschlechts zu sein und körperlich und geistig wenigstens durchschnittliche Fähigkeiten hat, dann liegt die Wahrscheinlichkeit in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung in eine Spitzenposition zu kommen höher als bei einem durchschnittlichen Arbeiterkind.

Wenn sich weder in der Natur noch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzt, weshalb gilt dann die Aussage „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ als rechtsextrem? Das liegt nicht am – wie wir bemerkt haben – unsinnigen Inhalt der Aussage. Es liegt an ihrer Geschichte. Es liegt daran, wer sie früher zu welchem Zweck eingesetzt hat. Das waren nämlich die Nationalsozialisten und ihre Vorläufer. Sie nahmen die Erkenntnisse Darwins über die Entwicklung der Arten in der Natur

und verfälschten sie in eine Aussage über die notwendigen und naturgemäßen Entwicklungen in der Gesellschaft. Man nannte das „Sozialdarwinismus“, auf die Gesellschaft angewandter Darwin. Was ist damit gemeint?

Vor etwa hundertfünfzig Jahren entdeckte der englische Naturwissenschaftler Charles Darwin, dass sich die gleichen Tierarten auf abgeschiedenen Inseln im Pazifik weitab vom Kontinent anders entwickelt hatten als in ähnlichen Lagen auf dem Festland. Auf den fernen Inseln gab es manche Jagdtiere nicht – wie etwa Raubvögel –, die auf dem Festland alle Tiere, die nicht schnell genug waren oder zu auffällig aussahen weggingen. Weil es diese Jäger auf der Insel nicht gab, konnten sich dort langsame und auffällige, schlecht getarnte Formen der gleichen Tierarten entwickeln, die es auf dem Festland mit der dort herrschenden stärkeren Konkurrenz um die Nahrungsmittel gar nicht gab. Aus diesen Beobachtungen entwickelte Darwin seine Theorie von der Entwicklung der Arten durch natürliche Zuchtauswahl. So wie der Mensch beim Züchten jeweils den Bullen auswählt, dessen Samen die besten Milchkühe hervorbringt, so wählt der Wettkampf um den besten Zugang zu Nahrungsmitteln diejenigen aus, die sich unter den jeweils herrschenden Umständen am meisten vermehren können. „Survival of the fittest“ war die englische Kurzformel, auf die Darwins Erkenntnis gebracht wurde. Darwin meinte damit „das Überleben der am besten Angepassten“ und nicht „das Überleben der Stärksten“. Doch in Deutschland und auch anderswo wurde daraus der Satz gemacht: In der Natur überleben nur die Stärksten und darum muss man die Schwachen vernichten, damit man von ihnen nicht behindert wird.

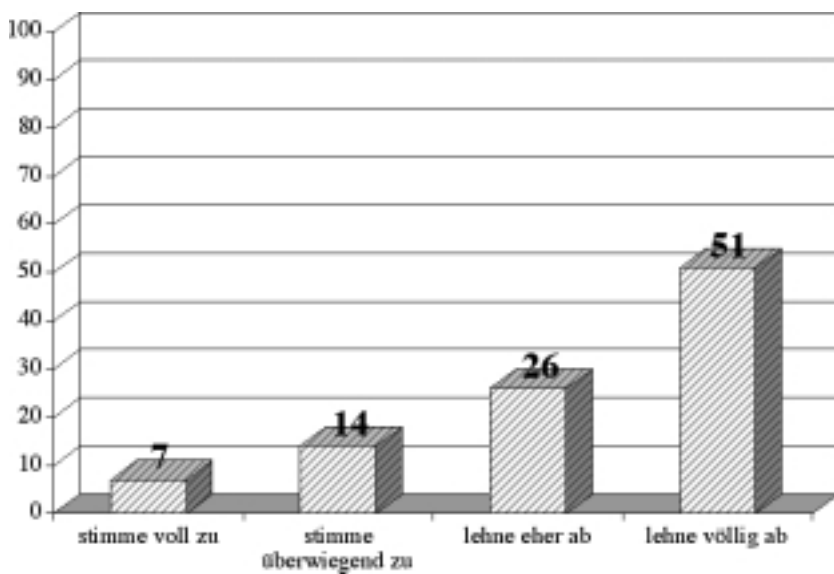
Dass das Unsinn war, zeigte die Vorherrschaft des Menschen über alle Arten. Er war nicht der Stärkste oder der Beste unter allen Arten. Die meisten Tiere haben bessere Augen als der Mensch. Die meisten Tiere haben einen besseren Geruchssinn als der Mensch. Und die meisten Tiere können bezogen auf ihre jeweilige Körpergröße größere Lasten bewegen, weitere Sprünge machen und



schneller rennen als der Mensch. Der Mensch hat mit seinem Hirn die größte Anpassungsfähigkeit von allen Tieren erreicht und er kann sich seine eigene Umwelt bauen und so die Gefahren der natürlichen Umwelt abwehren.

Aber schon damals war das den Darwinisten – ganz anders als Darwin selbst – egal. Für sie war der Triumph des Menschen der Beweis, dass er der Stärkste war, denn nur die Stärksten überleben. Sie verwandelten ihre falsche Sicht der Natur in eine gleich falsche Sicht der Gesellschaft: Wenn in der Natur nur die Starken überleben und Schwachen ausgerottet werden, dann müssen auch in der Gesellschaft die Schwachen untergehen. Man darf sich demnach keine Schwäche erlauben. Man muss alles Schwache und Bedürftige an sich selbst und in der Gesellschaft bekämpfen. Daraus entstehen Lebensweisheiten wie diese: „Gelobt sei, was hart macht. Was uns nicht umbringt, macht uns stark.“ Es erscheint dann nur folgerichtig, wie es angeblich in der Natur geschieht, alles Schwache, alles Hilfsbedürftige in einer Gesellschaft zu eliminieren, zu vernichten, auszumerzen. Wer dieser Aussage zustimmt, muss aufpassen, dass er nicht selbst unter das Urteil fällt, zu den Schwachen und Hilfsbedürftigen zu gehören und ausgemerzt zu werden.

Im Thüringen-Monitor von 2006 ergab sich folgendes repräsentative Bild über die Verteilung der Zustimmung zu dieser Aussage: Am höchsten ist die Zustimmung bei den Befragten mit dem niedrigsten Bildungsabschluss (34 %). Es ist grotesk. Gerade die gesellschaftlich am schlechtesten bezahlten und versorgten Gruppen stimmen einer Aussage zu, die sie, würde sie auf sie selbst angewandt, ins Verderben stürzen würde.



Aussagen und Ergebnisse aus dem Thüringen-Monitor 2006	Rubrik	Zahl der Befragten	stimme voll und ganz zu %	stimme überwiegend zu %	lehne eher ab %	lehne völlig ab %	weiß nicht / keine Angaben %
Aussage 20	Insgesamt	<b>1.000</b>	7	14	26	51	1
Geschlecht	Männer	486	5	13	24	56	2
	Frauen	514	9	14	29	47	1
Alter	18–24 Jahre	111	3	17	30	50	0
	25–34 Jahre	137	2	19	26	52	2
Höchster Schulabschluss	unter 10. Klasse	215	16	18	26	38	3
	10. Klasse	442	7	11	27	54	0
	Abitur	127	3	17	27	51	1

Beinahe ein Viertel (21 %) aller Wahlberechtigten stimmen dieser sozialdarwinistischen Aussage zu, mehr Frauen (23 %) als Männer (18 %). Bei den Jungen und den Gebildeten ist die volle Zustimmung am geringsten. Sie hat auch in den letzten Jahren stetig abgenommen. Die Menschen scheinen zunehmend zu verstehen, dass ihr Menschsein darin besteht, dass sie den Schwachen helfen anstatt sie zu vernichten wie das viele Tiere tun.

## **Zusammenfassung und Fazit:**

Beinahe alle Aussagen, die wir auf den vergangenen Seiten untersucht haben, haben auf den ersten Blick etwas Einleuchtendes, Überzeugendes. Wenn man sie aber genauer untersucht, zeigt sich schnell, dass die Wirklichkeit viel komplizierter, vielschichtiger und vielfältiger ist, als die Aussagen glauben machen wollen.

Wenn man sich eine einfache Welt vorstellt, in der man nur unter seinesgleichen ist und die Wahrheit klar und offensichtlich ist, dann sind die Aussagen meist stimmig. Es ist eine Welt, in der es keinen Streit über die richtige Lösung gibt, in der es keine Fremde gibt, in der klar ist, wer Schwerverbrecher ist und wer das Richtige tut, so dass das Ergebnis stimmt. Und weil klar ist, was gut ist für das Land und wer es tut, gibt es keine Opposition, keinen Streit und keine Sonderinteressen, die das allseits bekannte Allgemeinwohl gefährden könnten.

Die wirkliche Welt ist aber nicht so. Sie ist voll von einander fremden Menschen, die unterschiedliche Religionen, Ziele, Wertvorstellungen und Vorstellungen davon haben, wie die Welt aussehen sollte und wer gut und wer böse ist. Es ist eine Welt, in der niemand sagen kann, was das richtige Ergebnis, was das Gemeinwohl ist, schon allein deshalb, weil die Menschen sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was das Beste für sie ist. Es ist auch eine Welt, in der man nicht vorhersagen kann, was morgen ist, weil sie von so unendlich vielen Handlungen von Menschen auf der ganzen Welt beeinflusst wird, dass man nur noch grobe Entwicklungstendenzen vorhersagen kann.

All dies macht Konflikte und Irrtümer unvermeidlich. Das Gemeinwohl ist nicht erkennbar. Man muss in dieser Welt seine eigenen Vorstellungen vom Gemeinwohl als das eigene Interesse erkennen und vertreten. Man schließt Bündnisse mit Menschen und Gruppen mit ähnlich gelagerten Vorstellungen von einer guten Welt. Und

man verhandelt und schließt Kompromisse mit Menschen und Gruppen, die andere Vorstellungen haben, die man aber braucht, um die eigenen Vorstellungen wenigstens teilweise Wirklichkeit werden zu lassen. Am Ende stehen Kompromisse. Das Ergebnis ist unvollkommen. Aber es ist das Beste, was unter den gegebenen Umständen zu erreichen war. Dennoch wird es sofort wieder in Frage gestellt, denn die Kräfteverhältnisse wandeln sich ständig, so wie sich die Wirklichkeit ständig wandelt. Damit entstehen neue Probleme und neue Herausforderungen, neue Lösungen zu finden.

Menschen, die dazu neigen den hier behandelten Aussagen überwiegend zuzustimmen, drücken damit die Sehnsucht nach einer einfachen, heilen und konfliktfreien Welt ohne Fremdheit aus. Sie zeigen damit zugleich, dass sie sich von der wirklichen Welt mit all ihrer Fremdheit, ihrer verwirrenden Vielfalt und ihren Konflikten bedroht fühlen. Sie wünschen sich halb bewusst, halb unbewusst eine starke Hand, die sie durch das bedrohliche Chaos führt, ohne dass sie die Anstrengung auf sich nehmen müssen, selbst eine Orientierung zu finden. Sie vergessen dabei jedoch, dass sie mit einer solchen starken Hand wieder zum unmündigen Kind werden, das nur noch die Freiheiten hat, die ihm die führende Hand zugesteht. Darum lohnt es sich, erwachsen zu werden, und die Freiheiten zu nutzen, die unser Gesellschaftssystem bietet. Die einfachen Antworten verschließen den Weg zu einer aufregenden, spannenden Welt voller Vielfalt, voller Überraschungen und voller Möglichkeiten.